

# Politische Berichte



5. September 1986  
Jg. 7 Nr. 18

G 7756 D

Preis:  
2,50



Libyen/USA-EG: Kriegsvorbereitungen auf vollen Touren. BRD beteiligt. NATO-Manöver Seite 4



Landtagswahlen in Bayern: CSU siegessicher wie nie zuvor – Aussichten der Grünen? Seite 8



Türkisch-Kurdistan: Die türkische Armee bombardiert kurdische Dörfer, Spezialeinheiten kommen zum Einsatz Seite 14

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 64 42  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 16 58. Preis: 2,50 DM

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

**Libyen/USA-EG:** Die Kriegsvorbereitungen laufen auf vollen Touren. Die BRD ist beteiligt. NATO-Manöver im Mittelmeer. ... 4

**Asylgesetze:** IG Metall bietet Ausgangspunkt für Gegenwehr. ... Antrag zum IGM-Gewerkschaftstag; Keine Änderung des Asylrechts. .... 7

**EG/Mittelmeerstaaten:** EG-Imperialisten verstärken Vorherrschaft im Mittelmeer. .... 7

**Landtagswahlen in Bayern:** CSU: "Bayern-vorn"-Parole und siegessicher wie nie zuvor – Aussichten der Grünen? .... 8

## Auslandsberichterstattung

**Blockfreienbewegung:** Interview mit Premierminister Mugabe: Eine Revolution bringt die nächste hervor. .... 10

**Israel:** Zionistische Rüstungsindustrie und -exporte abhängig von den Imperialisten. .... 12  
Militärische Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika. .... 13

**Schweden:** Carlsson steht unter Druck für Boykott. .... 13

**Kurdistan:** Türkische Armee bombardiert kurdische Dörfer. .... 14

**Spanien:** Spanisch-französische Einkreisungsversuche gegen die ETA. .... 14

**Zaire:** Wie lange kann sich Mobuto noch halten? .... 15

**Atomvertrag BRD-Brasilien:** BRD-Kapital zur Durchsetzung entschlossen – Brasilien will Neuverhandlung. .... 15

Internationale Meldungen. .... 16

## Aus Verbänden und Parteien

**Veröffentlichungen:** BDI will zweites Beschäftigungsförderungsgesetz. .... 18  
Friedensliste zur Programmdiskussion. .... 18  
Mit der Nacht- und Schichtarbeit leben? .... 18

**Teilzeitarbeit:** BDI&BDA wollen mehr Teilzeit, um die Flexibilisierung voranzutreiben. .... 19

## Polizeiprovokation gegen kurdischen Arbeiterverein

**Hamburg.** Die Polizeiversion: Sie habe einen Tip bekommen, die PKK plane ein Sprengstoffattentat auf den türkischen Konsul und habe daraufhin die Post des Arbeitervereins aus Kurdistan überprüft und einen Schließfachschlüssel gefunden. Man habe im Schließfach eine Bombe entdeckt, dem Arbeiterverein einen anderen Schlüssel geschickt und den Kurden verhaftet, der das Fach dann geöffnet hat; "einer der größten Erfolge der Hamburger Polizei in letzter Zeit". Nur war das Auffinden der angeblichen Bombe mit einer einstündigen Schließung des Hauptbahnhofes verbunden, über die BILD berichtete. Wer geht sich nach solcher Bekanntgabe noch seine Bombe abholen? Trotz der plumpen Offensichtlichkeit der Provokation wird der festgenommene Kurde immer noch in Haft gehalten. Der neue Innensenator Pawelczyk spricht davon, den Arbeiterverein trotz dessen terroristischer Aktivitäten nicht verbieten zu wollen; im Untergrund sei der noch schlechter zu überwatchen. Setzt Pawelczyk auf Massenabschiebungen der Kurden an die türkischen Militärs im Zuge der Verschärfung der Asylverfahren? Wir dokumentieren nachfolgend die Erklärung des Arbeitervereins aus Kurdistan. –(wal)

### An die demokratische Öffentlichkeit

Der seit langem in Hamburg seine patriotische Arbeit verrichtende Arbeiterverein aus Kurdistan e.V. steht seit dem 15./16.8.86 im Mittelpunkt eines niederträchtigen Komplotts. In diesem Zusammenhang stürmte die Polizei unseren Verein, zerschlug Türen und andere Einrichtungsgegenstände und hinterließ ein Chaos. Schon vorher war der Verein Ziel zahlloser Provokationen gewesen. Hauptbetreiber dieser Provokationen ist das Konsulat der Türkischen Republik mit seinen Agenten, was bei dieser letzten Aktion deutlich wurde.

Ohne Zweifel hat das türkische Konsulat dieses letzte Komplott mit Wissen der deutschen Polizei durchgeführt. Am 15. August erreichte uns per Post ein an den Arbeiterverein adressierter Brief (von dem die deutsche Polizei Kenntnis hatte). In diesem Brief befand sich ein Schlüssel für ein Schließfach und ein Schreiben folgenden Inhalts: "Die Materialien (Zentralstation) im Hauptbahnhof sind im Schließfach. Den Schlüssel schicke ich Euch. Gott helfe Euch." Von wem und zu welchem Zweck dieser Brief geschickt wurde, verstand keiner. Ein

Kurde nahm diesen Schlüssel, ging zu dem genannten Schließfach und wurde von der Polizei verhaftet. Damit war das geplante Komplott vollkommen.

Dieses unvorstellbare Komplott sehen wir als Angriff auf unseren Verein an, der so verstanden werden muß, daß er darauf ausgerichtet ist, unsere Arbeit zu verhindern, was allerdings leicht zu durchschauen ist.

Im Hamburger Raum ist unser Verein mit seiner legalen und demokratischen Arbeit ein wichtiger Anlaufpunkt für viele Arbeiter und Asylbewerber aus Kurdistan. Im Verein suchen diese Menschen Unterstützung bei der Lösung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Außerdem fördert der Verein ihre kulturelle Entwicklung. Eine weitere wichtige Aufgabe unseres Vereins ist es, die viehischen Barbareien in unserem besetzten Vaterland zu enthüllen und die Nationale Befreiungsbewegung zu unterstützen. Wegen unserer erfolgreichen Arbeit richtet der türkische Staat mit seinen Agenten seine Aggressionen gegen unseren Verein. Der türkischen Regierung ist jedes Mittel recht, um unser Volk aus der Geschichte auszuradiieren. Es ist klar, daß die Türkische Republik den Verein, der die Interessen von Tausenden von Kurden vertritt, nicht ertragen kann.

Dies bestätigt auch die Erklärung des Außenministers der Junta Yildirim Akbulut, die besagt: Wir verfolgen die Separatisten auch im Ausland. Außerdem ist bekannt, daß in der letzten Zeit zahlreiche Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT in die BRD geschickt wurden. Durch Denunziation und Verunglimpfungen konnte unsere legale und demokratische Arbeit bisher nicht verhindert werden, und jetzt versucht man es mit Hilfe eines solchen heimtückischen Komplotts. Dies ist allerdings nichts weiter als eine Intrige, die aber bald das wahre schmutzige Gesicht der faschistischen Junta und ihrer Lakaien entlarven wird.

Die Entfaltung des Nationalen Befreiungskampfes in Kurdistan und der aussichtslose Zustand, in den die Türkische Republik hineingeraten ist, bewirkt, daß sie durch ihre Agenten im In- und Ausland solche Komplote durchführt.

Um die von der faschistischen türkischen Junta unternommenen Angriffe und Komplote wirkungslos zu machen, rufen wir die patriotischen Kurden und fortschrittlichen Demokraten auf, wachsam zu sein und sich mit der gerechten Sache unseres Volkes zu solidarisieren.

Arbeiterverein aus Kurdistan, Hamburg  
20. August 1986

## FDP-Wahlprogrammmentwurf: Garant für "Marktwirtschaft"

In dem vom FDP-Präsidium vorgelegten Entwurf für das Bundestagswahlprogramm 1987 bezeichnet sich die FDP als den "sichersten" Garanten der "sozialen Marktwirtschaft". Was sie damit meint, ist: Sie will auch in jeder künftigen Bundesregierung als sicherer Sachwalter der Interessen des großen Kapitals fungieren. Ihr Programm jedoch zielt darauf, hochverdienende Lohnabhängige für die FDP zu gewinnen. Das Wirtschafts- und Sozialprogramm enthält die seit geraumer Zeit von der FDP propagierten Grundsätze zur Unterdrückung der schlechter bezahlten Lohnabhängigen mit Versprechen für die Hochverdienenden, für sie werde schon etwas abfallen, wenn unten kräftig gedrückt wird: Mehr "Differenzierung" bei den Löhnen und Tarifen, flexible Arbeitszeiten und mehr Teilzeit, das Vermittlungsmonopol der Arbeitslosenversicherung soll beseitigt werden zugunsten privater Initiativen, die "nicht gewerbsmäßig" vermitteln. In der Krankenversicherung sollen die Versicherten, die Leistungen in Anspruch nehmen, einen höheren Anteil selbst bezahlen, private Kranken-, Pflege- und Lebensversicherungen sollen gefördert und durch höhere Freibeträge bei der Einkommensteuer für Besserverdienende attraktiver werden. In der Rentenversicherung vertritt die FDP ein hemmungsloses Senkungskonzept. Sie behauptet, das "Versicherungsprinzip" zu stärken, tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Sie will künftig die Bevölkerungsentwicklung direkt bei der Rentenberechnung berücksichtigt wissen, sprich: wenn weniger Leute Beitrag zahlen, wird die Rente niedriger. – Dem möglichen grünen FDP-Wähler winkt die FDP mit dem Eintreten für ein Verbandsklagerecht für

Naturschutzverbände und der Forderung, der Umweltschutz solle als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werden. – Die FDP hat zudem die Beschlüsse der Bundesregierung zur Asylpolitik im Grundsatz in ihren Wahlprogrammmentwurf übernommen. Damit steht fest, daß zumindest sie die Gelegenheit des Bundestagswahlkampfes nutzen will, die ausländer- und arbeiterfeindliche Asylkampagne weiterzuführen. – (uld)

## Grüne begeistert über "Antirassismus" der EG

EG-Kommission, Europaparlament und Europarat haben eine heuchlerische und verlogene "Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" veröffentlicht. Darin beklagen und verurteilen sie "in der Erwägung, daß die Achtung der Menschenwürde und die Unterbindung der Rassendiskriminierung zum gemeinsamen kulturellen und rechtlichen Erbe aller Mitgliedsstaaten gehören ... aufs Schärfste alle Äußerungen von Intoleranz und Feindseligkeiten ... wegen rassistischer, religiöser, kultureller, nationaler und sozialer Unterschiede ... (und) sind entschlossen, die bereits unternommenen Bemühungen zum Schutz der Persönlichkeit und der Würde jedes Mitglieds der Gesellschaft fortzusetzen." Die Erklärung greift die reaktionären Ausländergesetze und die rassistische Praxis der Staatsorgane in allen EG-Staaten gegenüber ausländischen Lohnabhängigen mit keinem Wort an und behauptet stattdessen, daß nicht die Kapitalisten und ihr enger Anhang, sondern die Volksmassen verantwortlich für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit seien. Das wollen die Grünen im Bundestag zur Verabschiedung einbringen. Eine Idee, die sie schnell rückgängig machen sollten. (BT-Fraktion der Grünen, Pressemitteilung v. 15.8. – rül)

## Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

**Kommunalwahlen Niedersachsen:** Weitere Anläufe, Reaktionärstes salonfähig zu machen .. 22

**Duisburger Verhaftungen:** Konstrukt "Illegale Militante der RAF" in Anwendung ..... 22

**Hausbesetzungen:** Große Koalition will freie Bahn für Spekulanten 23

**Kommunalwahlrecht:** Gesetzesentwurf der Grünen im Hessischen Landtag ..... 23

**Hamburg vor der Wahl:** SPD überschlägt sich nach rechts, Deutsche Bank kandidiert auf CDU-Liste..... 24

**Mannesmann AG:** Erpressungen mit Entlassungsdrohungen ..... 25

**15.0. Gewerkschaftstag der IGM:** Wenig Fortschritte in der Lohnfrage..... 25

**Flexibilisierung:** Fichtel & Sachs: Flexible Arbeitsorganisation und Arbeitszeiten. "Noch schneller, präziser, weniger personalintensiv"..... 26  
Schicht- und Springersystem in Lager/Versand ..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

**Kommunalwahlen Niedersachsen:** Volksfront kandidiert in Lüneburg – Aus dem Wahlauf Ruf .. 29

## Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

**Arbeit – Freizeit:** Die Emanzipation der Arbeiterklasse kann nicht über ein größeres Freizeitquantum geschehen..... 30

## Spezialberichte

**Kultuspolitik in Baden-Württemberg:** Kann der schulpolitischen Reaktion Einhalt geboten werden? – Ein Diskussionsbeitrag. 34  
"... eine Tendenzwende, von der man nicht nur spricht, sondern die man auch exekutiert."..... 34  
Disziplinierung oppositioneller Lehrer unter MVs Regie ..... 36  
Mit "Einigkeit und Recht und Freiheit" gegen Nationalismus und Kriegsvorbereitung?.....



Für die deutsche katholische Bischofskonferenz besuchte Kardinal Höfner Polen. Er bekräftigte den Anspruch auf "Deutschtum" in Polen mit der Feststellung "In unserer Kirche gibt es weder Grenzen noch Ausland". Die BRD-Bischöfe wollen weder die Oder-Neiße-Grenze anerkennen, noch von ihrer Forderung nach "Gottesdienst in der Muttersprache" abrücken. – (uld)

Titelbild: Karikatur, psy, Gö.

## Libyen / USA-EG

## Die Kriegsvorbereitungen laufen auf vollen Touren. Die BRD ist beteiligt. NATO-Manöver im Mittelmeer.

Niemand konnte erwarten, daß die Imperialisten ihre Aggressionen gegen die Regierung Ghaddafi mit dem Luftangriff auf zwei libysche Städte am 15. April beenden würden, und niemand hat das erwartet. Die Bombardements hatten den Widerstand Zehntausender in der BRD hervorgerufen. Viele von denen, die damals demonstrierten, hatten die tiefe Befürchtung, daß westeuropäische Staaten, so auch die Bundesrepublik, an der Militärangriff weitaus stärker beteiligt waren, als es aufgrund der vorgebrachten Distanzierungen und spärlich sickernden Informationen nach dem 15.4. scheinen konnte.

Die Befürchtungen wurden zur Gewißheit. Heute kommt es darauf an, einen weiteren Überfall auf Libyen unter noch weitergehender Beteiligung der BRD und anderer EG-Staaten zu verhindern. Die Kriegsvorbereitungen gegen das nordafrikanische Land sind in vollem Gange. Viel Zeit verbleibt nicht.

Der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, General Rogers, der zugleich Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa ist, droht, gegen Libyen "zuzuschlagen" und libysche Städte durch amerikanische B52-Bomber zu bombardieren. Er tut das, wie er sagt, als Privatmann, aber er spricht aus Washington, wo er sich gegenwärtig aufhält – zu welchem Zweck? –, und die US-Regierung pfeift ihn nicht zurück.

Es ist ebenfalls nichts davon bekannt geworden, daß die Bundesregierung gegen die Drohungen Rogers'

protestiert hat. Das bedeutet: Die BRD ist selbst in die Kriegsvorbereitungen voll verstrickt. Die Kriegsvorbereitungen werden auf dem Territorium der BRD getroffen, und wenn die Imperialisten nicht gebremst werden, dann werden auch neuerliche Kriegshandlungen gegen Libyen vom Territorium der BRD ausgehen. Denn die militärische Planung und Leitung des Angriffs liegen bei Rogers, liegen beim zuständigen US-Kommando EUCOM in Stuttgart. Von dort aus hatte EUCOM auch den Luftangriff am 15. April geplant und geleitet. Das ist spätestens öffentlich bekannt, seit es Rogers im Interview bestätigt hat. (FR, 23.4.)

Die Beteiligung der BRD an der US-Militärangriff basiert auf zwei Vertragswerken. Auf entsprechende Fragen der Fraktion der GRÜNEN im Bundestag nach dem 15.4. antwortete die Bundesregierung:

"Rechte und Pflichten der US-Truppen in der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich aus dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag vom 23. Oktober 1954) in Verbindung mit dem NATO-Vertrag vom 4. April 1949 sowie der NATO-Bündnispraxis." (Bundestagsdrucksache 10/5931)

Die Zuständigkeit von EUCOM erstreckt sich über Westeuropa, Mittelmeerraum, Mittelost bis zur iranischen Ostgrenze, Rotes Meer, Persischer Golf. Auch der US-Libanon-Einsatz 1984 wurde von Stuttgart aus kommandiert. Der Aufenthaltsver-

trag, mit dem die BRD den USA gestattet, von ihrem Territorium aus Aggressionskriege zu führen, muß von den Gegnern dieser Aggressionskriege angegriffen werden, und zwar jetzt.

Der zweite Vertrag, mit dem die BRD sich an Aggressionskriegen der USA beteiligt, und zwar durch logistische Unterstützung, ist das Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen. Auch der Angriff auf dieses Abkommen ist heute dringend. Zwar bestritt auf entsprechende Fragen der Fraktion der GRÜNEN die Bundesregierung, daß das WHNS-Abkommen bei der Militärangriff vom 15.4. zur Anwendung gekommen sei, da die Voraussetzungen gefehlt hätten. Aber sie sagte ausdrücklich auch:

"Die im Abkommen vereinbarten Unterstützungsleistungen sehen nur Maßnahmen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Verteidigung gegen einen Angriff vor." (Bundestagsdrucksache 10/5931)

Die logistische Unterstützung der US-Aggression wird also nicht ausgeschlossen, sondern an die "gemeinsame Verteidigung gegen einen Angriff" gebunden. Es ist aber zu befürchten, daß diese "gemeinsame Verteidigung" gerade vorbereitet wird, daß die Bundesregierung auch zur direkten militärischen Unterstützung – durch Bereitstellung der Logistik – einer neuerlichen Aggression gegen Libyen bereit ist.

Dafür spricht: US-Präsident Reagan hatte nach dem Überfall im April in einem Interview versichert (im folgenden wiedergegeben nach dem "Ar-

### Asylrecht: Kohl's Kabinettsbeschlüsse

Am 26. August hat das Bundeskabinett weitere Beschlüsse zur Verschärfung des Asylrechts gefaßt. So wird die Einreise in die BRD aus einer bislang ungenannten Zahl von Ländern u.a. durch Einführung der Visapflicht, hohe Visagebühren und schärfere Vorschriften für Sichtvermerke drastisch erschwert. Das wird dazu führen, daß Asylbewerber aus solchen Staaten künftig überhaupt nicht mehr in die BRD gelangen, weil sie z.B. bei einer der zahlreichen Kontrollen vor dem Abflug bereits verhaftet werden. Die Gesetzentwürfe des Bundesrats und die Kabinettsbeschlüsse vom 25. Juni (Politische Berichte 16, S. 4) sollen noch im Herbst abschließend in Bundesrat und Bundestag verabschiedet werden. Das Auswärtige Amt soll EG-weit die "Harmonisierung" des Asylrechts nach BRD-Standard voran-

treiben. Am 25.9. trifft Kohl mit den Ministerpräsidenten zusammen. Hauptziel dort: Die von der SPD angebotene Zusammenarbeit bei der Abschiebung bereits abgelehnter Asylbewerber, die sich trotzdem noch in der BRD aufhalten, weil ihnen z.B. Folterung droht, in die Tat umzusetzen. – (rül)

### BRD-Kapital Nutznießer des EG-Beitritts Spaniens

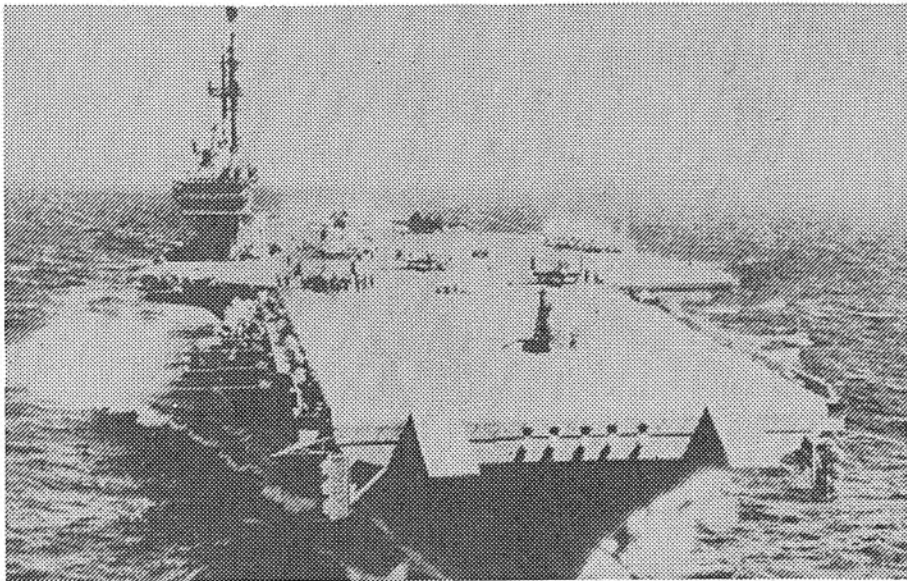
Hatte Spanien im letzten Jahr noch einen Überschuß im Handel mit der EG, so lief bereits im ersten Halbjahr 1986 ein Defizit auf, das im Mai 120 Mio. DM und im Juni schon 160 Mio. betrug. 1985 bezog Spanien ungefähr ein Drittel seiner Importe aus der EG, jetzt sind es fast 50%. Darüberhinaus gehen Teile von EG-Exporten aufgrund von Zollvergünstigungen über Portugal nach Spanien. Nach einem Bericht des spanischen Unternehmerverbandes CEOE sind Frankreich und

besonders die BRD die Länder, die am meisten von dem EG-Beitritt Spaniens seit dem 1. Januar 1986 profitieren. Die BRD-Imperialisten verdrängten die USA nach der ersten 10%igen Zollsenkung am 1. März von der ersten Stelle mit einem Anteil von fast 15% an den spanischen Importen. Die Exporte der BRD stiegen somit um fast ein Drittel im Vergleich zum ersten Halbjahr 1985. 11,4% der spanischen Exporte fließen in die BRD. – (sie)

### Bundespost zensiert DDR-Briefmarken

Bei etwa 4200 Briefen aus der DDR hat die Bundespost die Beförderung verweigert und sie an die Absender zurückgeschickt. Die Briefe waren von Briefmarkensammlern als "Ersttagsbriefe" mit den neuen DDR-Sondermarken zu "25 Jahre antifaschistischer Schutzwall" bzw. zum internationalen Jahr des Friedens und mit Sonderstempeln der DDR-Post versehen.





US-Flugzeugträger Forrester

chiv der Gegenwart" vom 15.5., S. 29891):

"Einige Verbündete hätten in Konsultationen vor dem 15. April angeregt, daß man gemeinsam eine 'größere Aktion gegen Libyen' erwägen soll. Wenn man sich zur Gewaltanwendung entschließe, sollte eine 'breiter abgestützte und uneingeschränkte Anstrengung' unternommen werden. In Washington hieß es, Präsident Mitterrand habe gegenüber Vernon Walters bemerkt, er werde eine Aktion nur unterstützen, wenn sie stark genug sei, um Khadafi zu stürzen. Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Craxi hätten in vertraulichen Gesprächen eine Militäraktion gegen Libyen begrüßt, gleichzeitig aber zu verstehen gegeben, daß sie diese Position nicht öffentlich vertreten könnten."

In Frankreich wurde diese Darstellung indirekt bestätigt. (Spiegel, 28.4.) Die Bundesregierung, von den

GRÜNEN dazu befragt, gab keine Stellungnahme ab. (Bundestagsdrucksache 10/5931) Das spricht Bände.

Weiter: Nach dem 15. April haben die EG-Staaten wirtschaftliche und politische Aggressionen gegen Libyen durchgeführt. Sie haben u.a. das Personal der libyschen Botschaften (Volksbüros) reduziert und die Bewegungsfreiheit der libyschen Diplomaten eingeschränkt. Sie haben z.T. Gelder der Volksbüros beschlagnahmt. Sie haben auf der WEU-Konferenz Ende April "über die Sicherheit im Mittelmeerraum" und ihre eigene Rolle dort gehandelt. (Europa-Archiv, 14/86) Sie haben auf dem sog. Weltwirtschaftsgipfel mit den USA am 5.5. die Koordination ihres Vorgehens gegen Libyen vereinbart. (EA, 12/86) Sie unternahmen den Versuch, die libysche Wirtschaft zu ruinieren: So hat Frankreich seine Öleinfuhren aus Libyen

"drastisch", die BRD um ein Drittel gesenkt. (Archiv der Gegenwart, 30.6.)

Die französische Regierung gibt ihre Bereitschaft zu erkennen, eine militärische Aktion gegen Libyen vom Tschad her durchzuführen. Die USA schlagen eine gemeinsame Aktion vor. (FR, 27.8.) Im Tschad sind französische Truppen stationiert. Libyen unterstützt dort Widerstandsbewegungen im Norden.

Die westdeutsche Bundesregierung und ihre Geheimdienste arbeiten daran, Vorwände für einen Angriff auf Libyen zu liefern. So beruft sich die US-Regierung bei ihren Behauptungen über angeblichen libyschen "Terrorismus" – wieder einmal! – auf westdeutsche Quellen. (SZ, FR, 27.8.)

Diese Politik der wirtschaftlichen und politischen Aggression ermuntert die USA zur militärischen Aggression. Die Vorbereitungen der militärischen Aggression werden von der BRD und auch von anderen EG-Staaten mitgetragen. Für neuerliche Kriegshandlungen gegen Libyen tragen sie volle Mitverantwortung.

Aus diesen, aber auch aus weiteren Gründen ist die Situation heute um einiges bedrohlicher als im April. Schwerwiegend ist auch, daß den Imperialisten gelungen ist, Libyen im arabischen Raum weiter zu isolieren.

Marokko hat in diesen Tagen die Staatenföderation mit Libyen angekündigt, mit Sicherheit unter großem Druck seitens der USA und EG. Ägypten hat sich auf ein gemeinsames See- und Luftmanöver mit den USA Ende August eingelassen, an dessen Zweck kein Zweifel bestehen konnte.

Vor dem 15. April hatte sich Ägypten dem US-Ansinnen eines gemeinsamen Manövers widersetzt mit der ausdrücklichen Begründung, sich an einem feindlichen Akt gegen ein arabi-

Das Postministerium begründet seine Maßnahme mit der westdeutschen Postordnung, wonach Briefe nicht "mit politischen Aufschriften" bedruckt sein dürfen. Die DDR hat gegen die Zensur protestiert. – (uld)

### Neuer Terror gegen politische Gefangene

Über drohende Erklärungen, was "im Falle eines Fluchtversuches geschehen würde", gegenüber den Gefangenen Brigitte Mohnhaupt, Christa Eckes, Ingrid Jakobsmeier und Heidi Schulz berichten die Anwälte der Gefangenen. Brigitte Mohnhaupt ist von Bielefeld nach Stuttgart, Ingrid Jakobsmeier von Stuttgart nach Bielefeld verlegt worden. Bei ihrer Verlegung wurde beiden eine Ansprache gehalten. Die Anwälte erklären: "Das hat es bis jetzt noch nie gegeben, auf keinem Transport, bei keinem Gefangenen. Außerdem wurde auf dem Hin- und Rückflug jeweils

eine Zwischenlandung gemacht. Beide Gefangene konnten sich diese Zwischenlandung nur in Zusammenhang mit der Ankündigung davor über 'Fluchtversuch' erklären – etwa als Test, weil beide die Strecke schon vorher geflogen waren (insgesamt viermal), mit einem gleichgroßen Hubschrauber, ohne daß auf diesen Flügen einmal aufgetankt worden wäre." Mit ihrem Vorgehen schaffen sich die Justizbehörden Freiraum, irgendwann zu vermelden, es sei jemand "auf der Flucht" angekommen. – (Quelle: Presseerklärung der Anwälte vom 21. 8.86 – (uld)

### Weihnachts-Gag mit alter Butter

Erfolgreich werben heißt vorhandene Aufmerksamkeit ausnutzen. Wenn sich in Folge der Regierungspolitik die Straßen merklich mit Wohnsitzlosen und Bettlern füllen und wenn dann in der schönen Vorweihnachtszeit der

Mensch empfindsam wird und sich auch einmal, im Vorübergehen, unwillkürlich fragt: was geschieht eigentlich für jene, dann ist der richtige Zeitpunkt für eine Maßnahme, die zeigt, daß auch in dieser Regierung noch ein Herz pocht. Sozialhilfempfänger werden nämlich in der Vorweihnachtszeit kostenlos Butter erhalten. Hmm, wie das duftet, aber nicht was Ihr denkt, verkaufen für Schnaps und so ist nicht. Die Butter wird nämlich schon etwas älter sein und gleichzeitig für 1.- DM das halbe Pfund für jeden zu kaufen; zum Plätzchenbacken für die sparsame Hausfrau ein echtes Angebot, ein kleine Aufmerksamkeit von der Union. Die Sozialhilfempfänger müssen sich den gealterten Fettstoff also schon selber schmieren. Wer in den nächsten Monaten von Obdachlosen, die zum Plätzchenbacken zu faul sind, mit Butter geschmissen wird, muß sich eigentlich nicht wundern. – (maf)

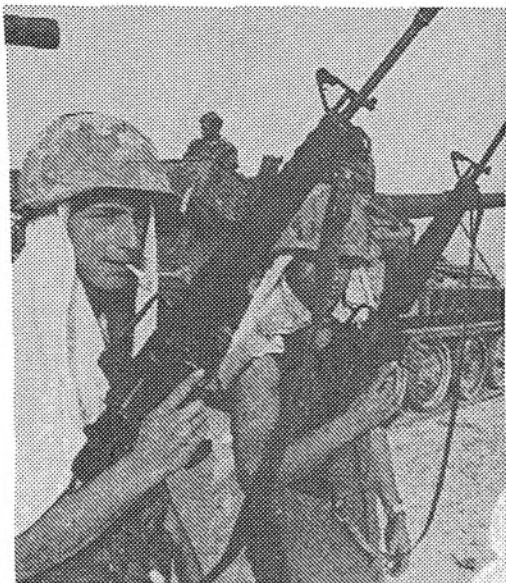


Bild links: US-Soldaten bei Wüstenkriegsübung (Ende der 70er Jahre). Bild rechts: Mit dem WHNS-Vertrag hat die BRD den USA im Fall eines US-Aggressionskrieges u.a. Unterstützung bei Transporten zugesichert.

schen Land nicht zu beteiligen. Laut der "Süddeutschen Zeitung" vom 4.4. hatte die US-Zeitung "New York Times" damals berichtet:

"Washington habe mehrmals versucht, Ägypten zu gemeinsamen Militärmanövern mit den amerikanischen Streitkräften zu bewegen. Ziel der Manöver sollte entweder unmittelbar der Sturz Khadafis oder zumindest dessen Einleitung sein."

Daß das jetzige Manöver als feindseliger Akt gegen Libyen durchgeführt wurde, geht aus seinem Ablauf und den Begleitumständen eindeutig hervor. Geprobt wurden u.a. auch Luftangriffe im Tiefflug über Wüstengebieten. Auf Manöverkarten, die auf einer Pressekonferenz gezeigt wurden, war die libysche Stadt Bengasi durch einen Kreis gekennzeichnet. US-Kampfflugzeuge flogen während des Manövers regelmäßig "Über-

schallflüge entlang der libyschen Grenze und Küste mit harmlosen, aber beunruhigenden Knallgeräuschen". (FR, 28.8.) Auch ohne viel Phantasie kann man sich leicht vorstellen, was passiert wäre, wenn z.B. libysche Jäger die Kampfflugzeuge verfolgt hätten.

Das Manöver ist inzwischen beendet, doch der Aufmarsch gegen Libyen geht weiter:

Der US-Flugzeugträger Forrester, der ursprünglich Israel anlaufen sollte, ist stattdessen auf Patrouillenfahrt vor die libysche Küste beordert. Zwei weitere US-Flugzeugträger ankern vor dem US-Stützpunkt Rota in Spanien. Insgesamt sind inzwischen 14 US-Kriegsschiffe in spanische Häfen eingelaufen (HAZ, 1.9.) – ähnlich wie vor dem 15. April. Bereits am 27. August sind 21 US-Flugzeuge – 18 F-111-Bomber und drei K-10-Tankflug-

zeuge – auf den Luftwaffenstützpunkt Boscombe Down in Südengland verlegt worden. (FAZ, SZ, 29.8.) F-111 hatten auch den letzten Angriff auf Tripolis und Bengasi geflogen.

Am 2.9. beginnen mehrere, aneinander anschließende NATO-Manöver im Mittelmeer, die bis Mitte November andauern und an denen westeuropäische, darunter westdeutsche, und US-Einheiten beteiligt sind. Nach Lage der Dinge sind diese Manöver Einschüchterung und Drohung gegen Libyen und ein womöglich weiterer Versuch, Libyen in Waffenhandlungen zu verwickeln.

Wie vor dem 15. April befindet sich US-Sonderbotschafter Walters in Westeuropa, um die Verbündeten zu kontaktieren. Sollen diese Kontakte, wie schon beim letzten Mal, den Startschuß zur Aggression geben? – (scc)



Am 29.8. begannen die NATO-Herbstmanöver. 200000 Mann sollen offiziell teilnehmen. Das größte Manöver in der BRD findet vom 8. bis 19.9. zwischen Soest, Haaren, Eggegebirge, Beverungen, Solling und Northeim statt. Zusätzlich führt die Bundeswehr mit 57000 Mann östlich von Würzburg "nationale" Manöver durch, die am 26.9. beginnen. Erstmals sind daran 2000 französische Soldaten beteiligt. Westdeutsche und französische Imperialisten demonstrieren so gemeinsame militärische Stärke. – (rül)

### WAA jetzt souverän

Bayern wird im Bundesrat einen Gesetzentwurf einbringen, der nach der Südd. Ztg. eine Erweiterung des Straftatbestandes zum Landfriedensbruch, ein strafbewehrtes Verbot der Vermummung und der passiven Bewaffnung sowie die Strafbarkeit der Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung vorsieht und den Haftgrund der Wiederholungsgefahr auf die Fälle des Landfriedensbruchs erweitert wissen will. Ferner würde geprüft, ob im Versammlungsgesetz eine Ermächtigung an den Landesgesetzgeber zur Errichtung einer Bannmeile um gefährdete Objekte geschaffen werden sollte. – Eine WAA-Bannmeile würde Betrieb und Umgebung unter Ausnahmerecht stellen und das Direktionsrecht der WAA-Betreiber in Richtung von Polizei- und BGS-Aktionen ausweiten. – (alk)

## Asylgesetze

### IG Metall bietet Ausgangspunkt für Gegenwehr

Im Zusammenspiel von Verlegern, Intendanten, Regierung und Verwaltungen wurde die Asylantengefahr stilisiert. Das bot Faschisten und Reaktionsären Gelegenheit, Volksmasse zu mimen. Die CDU konnte sich mäßigend geben und gesetzgeberischen Handlungsbedarf feststellen. Die Presse dachte über Sinn und Unsinn einer Verfassungsänderung nach. Dann sprach sich die CDU, wieder mäßigend, für einen Verfassungsvorbehalt im Asylartikel aus. Das Nähere dazu soll ein Gesetz regeln, das das Asylrecht auf die "wirklich politisch Verfolgten beschränkt".

Auf dem SPD-Parteitag sagte Brandt, man treibe mit den Asylbewerbern ein teuflisches Spiel. Dann deutete er an, es liefen in Berlin Dinge so, wie sie nicht solten, es müsse mit der DDR auf genügend hoher Ebene eine Vereinbarung gesucht werden. Brandt polemisierte nicht gegen menschenfeindliche Bilder wie "Asylantenflut", er lobte sich und seine Partei als Deichbauer aus. Dann erklärte der Parteitag, man halte am Asylrecht für politische Verfolgte fest: Die Dunstfigur vom Wirtschaftsasylanten, der sich in der BRD gute Tage macht, wird akzeptiert. Einschränkend sagte Frau Däubler-Gmelin, es sei mit der SPD "eine Abschaffung des Artikels 16 des Grundgesetzes nicht zu machen". In dieser Position kann Frau Däubler-Gmelin es sich mit Herrn Geißler an jedem Kabinettstisch bequem machen. Er will das Asyl nicht abschaffen, sie will es für "politische Verfolgte" reservieren.

Keineswegs greift die SPD die Haltung einer so großen Arbeiterorganisation auf, wie es die IG Metall ist. Auf Kriterien für das Asylersuchen, wie sie die UNO nennt, die zu den grundlegenden Freiheiten auch die Freiheit vor Not und Furcht zählt, bezieht sich die SPD auch nicht. Wer auf die SPD Einfluß nehmen kann, sollte dafür sorgen, daß in dieser Hinsicht noch wird, was nicht ist. — (alk, maf)

## EG/Mittelmeerstaaten

### EG-Imperialisten verstärken Vorherrschaft im Mittelmeer

Der Handelskrieg zwischen der EG und den USA im Agrarbereich führte zu einem weitreichenden Ergebnis: Die USA mußten die Verträge der EG mit zwölf Mittelmeerstaaten anerkennen. Damit haben die EG-Imperialisten den USA demonstriert, wer im Mittelmeer das Sagen hat.

## Antrag zum IG Metall-Gewerkschaftstag

### Keine Änderung des Asylrechts

#### Antragsteller: Ausländerausschuß beim Vorstand

Der 15. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der 15. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall spricht sich gegen eine beabsichtigte Änderung des Asylrechts aus und fordert die unbedingte Beibehaltung des Grundrechts auf Asyl, wie es im Artikel 16 des Grundgesetzes festgeschrieben ist.

Als der Parlamentarische Rat, der 1949 das Grundgesetz beschloß, den Artikel 16 im Grundgesetz bei den Grundrechten verankerte, hatte dies nicht zuletzt mit den leidvollen Erfahrungen des Naziregimes zu tun. Viele Hunderttausende von Gewerkschaftern, Demokraten sowie rassistisch Verfolgten waren gezwungen, Deutschland zu verlassen, und haben im Ausland um Asyl nachsuchen müssen. Viele Verfolgten konnten nur deshalb überleben, weil andere Länder ihnen dieses Asyl gewährten.

Die Konflikte auf der ganzen Welt sind nicht weniger geworden, sondern spitzen sich in vielen Ländern zu. In vielen Ländern werden Gewerkschaften zerschlagen, Menschenrechte mit den Füßen getreten, politische Todesurteile sind an der Tagesordnung. Auch diese Menschen können oftmals nur überleben, wenn es ihnen gelingt, in einem anderen Land um Asyl nachzusuchen.

Obwohl es sich die Bundesrepublik Deutschland "leisten" kann, Asylbewerber aufzunehmen, wird eine Panikmache in der Bevölkerung betrieben. Es wird von "Scheinasylanten" und "Wirtschaftsflüchtlingsen" gesprochen, da heißt es, "der Asylantenstrom wäre extrem angestiegen" und "die BRD sei nunmehr an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit und der Belastbarkeit ihrer Bürger angelangt". Es ist gespenstisch, mit welchem Vokabular hier vor Menschen gewarnt wird, die in Not um Hilfe und Aufnahme in einem anderen Land suchen.

Vergleicht man die Aufnahmequote der Bundesrepublik mit der der anderen westeuropäischen Länder, so ist der tatsächliche Prozentsatz von Flüchtlingen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verschwindend gering. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung beträgt er in der BRD 0,17 Prozent gegenüber 0,60 Prozent in der Schweiz und 0,35 Prozent in Frankreich und Österreich.

Seit dem Beginn der Asylanerkennungspraxis im Jahre 1953 bis zum 31.12.1984 wurden in diesem Zeitraum insgesamt 96672 Asylbewerber anerkannt. Um die Gewährung des Asylrechts hatten sich im gleichen Zeitraum etwa 50000 Menschen beworben, also 15625 Personen im Jahresdurchschnitt. Diesen Zahlen stehen weltweit, laut Berichten des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, etwa 15 Millionen Flüchtlinge gegenüber.

Diese Zahlen beweisen, daß hier nur eine grobschlächtige Angstmache betrieben wird, denn von einer Asylantenflut kann ebenso wenig die Rede sein wie davon, daß die Bundesrepublik Deutschland mit der Aufnahme der Asylsuchenden überfordert sei. Es wird zudem verschwiegen, daß die unmittelbaren Nachbarn der Länder, aus denen die meisten Asylbewerber kommen, verhältnismäßig weit mehr Flüchtlinge aufnehmen, obwohl sie oft selbst bettelarm sind.

Der Widerstand in der Bevölkerung, der teilweise gegen die Asylbewerber festzustellen ist, kommt nicht zuletzt daher, daß die Asylsuchenden in Sammellagern untergebracht werden, teilweise in Dörfern, in denen dann mehr Asylsuchende leben, als das Dorf Einwohner zählt. Zudem sind die Bürger der jeweiligen Gemeinden und Städte auf die Asylbewerber nicht vorbereitet, sondern werden plötzlich vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Bevölkerung müßte über die neuen Mitbewohner und ihre Situation im Heimatland informiert werden, damit sie sensibel werden für deren Probleme. Sie verkennen oftmals, daß die Asylbewerber ihre Heimat ja nicht gerne verlassen haben und als erste ein Interesse daran haben, daß sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ihres Heimatlandes stabilisieren. Das Unterbringen in Sammellagern, wo oftmals die verschiedensten Nationen auf engstem Raum zusammengepfercht sind, wird oftmals als Bedrohung empfunden.

Der Gewerkschaftstag fordert daher die Aufhebung der Sammellager als Unterkünfte für die Asylbewerber und lehnt ebenso die Massenunterbringung in den Dörfern ab. Zudem sind dort die Voraussetzungen in keinsten Weise gegeben, daß die Asylbewerber in das gesellschaftliche Leben integriert werden. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die Brücken schlagen zwischen der Bevölkerung und den Asylsuchenden, nur so können wir das Aufkeimen eines neuen Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland verhindern.

Mit ihrer "globalen Mittelmeerpolitik" sind sie ihrem Ziel der Schaffung eines EG-Binnenmeeres gefährlich nahe gekommen. Bestandteile dieser Politik waren in den 50er Jahren die Anbindung der französischen Kolonien durch die Römischen Verträge an die EG. Nach ihrer Unabhängigkeit preßten die EG-Imperialisten sie und weitere Anrainerstaaten in Assoziierungsabkommen mit der EG: in den sechziger Jahren die Türkei und Griechenland, später Zypern und Malta. Seit dem Pariser EG-Gipfel 1972 wurden die handelsvertraglichen Bindungen ausgeweitet und intensiviert.

Dem Freihandelsabkommen mit Israel 1975 folgten Handelsverträge mit den Maghreb-Staaten wie Algerien, Marokko und Tunesien und mit den Maschrek-Staaten wie Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien sowie 1980 mit Jugoslawien. Inzwischen sind nach Griechenland auch Spanien und Portugal seit dem 1.1.1986 Mitgliedsstaaten der EG. Bis auf Albanien und Libyen konnten die EG-Imperialisten alle Mittelmeerstaaten und noch einige darüberhinaus im Rahmen der "globalen Mittelmeerpolitik" in die EG-Arbeitsteilung einbinden.

Die EG-Imperialisten über-



schwemmen die Märkte der Mittelmeerstaaten mit ihren Waren, zu meist Maschinen, Kraftfahrzeuge, chemische und elektronische Erzeugnisse, aber auch Garne und Gewebe, die z.B. in Tunesien und Marokko weiterverarbeitet und von dort zurückgeliefert werden. Die Mittelmeerstaaten ihrerseits mußten Rohstoffe, Gemüse, Früchte und Textilien usw. liefern. Nur für solche Waren gewährte die EG Zollvergünstigungen und Kredite. Das Handelsbilanzdefizit der Mittelmeerländer – ausgenommen die erdölexportierenden Staaten Libyen und Algerien – stieg durch die EG-Handelspolitik kontinuierlich an: von 1,88 Mrd. US-\$ 1970 auf über 10 Mrd. 1984. In den achtziger Jahren lag das Defizit dieser Länder jährlich nie unter 10 Mrd. US-\$. Hauptnutznießer der Anbindung der Mittelmeerländer an die EG waren Frankreich, das als alte Kolonialmacht in Nordafrika über traditionelle Verbindungen verfügte, und die BRD. An den Ein- und Ausfuhr der EG 1984 von 38 Mrd. US-\$ bzw. 48 Mrd. sicherte sich die BRD Anteile von ca. 20-30%. Vor allem durch die Öffnung gegenüber der EG sind die Wirtschaften der Mittelmeerländer heute stark exportorientiert. Der Anteil des Exports am Sozialprodukt liegt zwischen über 40% für Malta, 36% für Algerien, 32% für Israel, über 20% für Tunesien, Zypern und Ägypten. Zwischen 30 und über 70% ihrer Exporte gehen in die EG.

Mit dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals verschärft die EG den Druck auf die Mittelmeerländer, besonders auf die Länder wie z.B. Marokko, Tunesien, Malta, Zypern und Israel, die Gemüse, Früchte, Olivenöl in die EG exportieren und nun um Teile ihrer Ausfuhr fürchten. In den 70er Jahren zwang die EG z.B. über 80000 tunesische Bauern, den Weizenanbau zugunsten des Anbaus von Olivenbäumen aufzugeben, mit dem Versprechen, ihnen Olivenöl abzukaufen. Inzwischen sind über 200000 tunesische Lohnabhängige und Bauern in diesem Sektor beschäftigt. Gleichzeitig müssen Länder wie Tunesien und Marokko für einige hundert Millionen US-\$ Weizen einführen. Die EG-Kommission hat die Exportquoten für verschiedene Mittelmeerländer bereits gekürzt bzw. eingefroren und verhandelt einzeln mit ihnen über Produktionsumstellungen, die EG-Belieferung zu Niedrigfestpreisen sowie über Finanzierungs- und Kooperationsabkommen. Die weitere Kreditvergabe machen die EG-Imperialisten von den Verhandlungsergebnissen abhängig. Vor allem aber beabsichtigt die EG, nun endlich noch vorhandene Schranken beim Waren- und Kapitalexport einzureißen und die Ausbeutung der Arbeiterklassen und der Bauern dieser Länder vor Ort selbst zu übernehmen. Quellenhinweis: NZZ und SZ, 13.8.86; NFA Juni/Juli 1986 – (sie)

## Landtagswahlen in Bayern

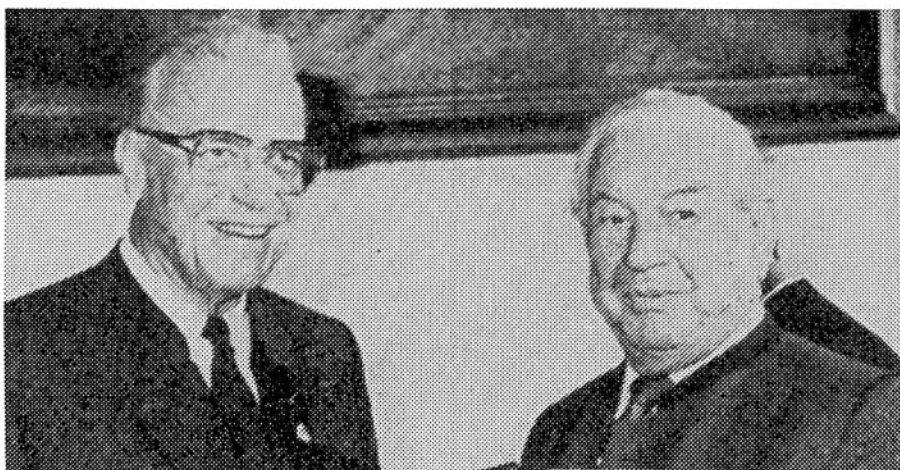
### CSU: "Bayern vorn"-Parole und siegessicher wie nie zuvor – Aussichten der Grünen?

Am 12. Oktober 1986 werden in Bayern die Landtagswahlen stattfinden. Bei den letzten Wahlen 1982 errang die CSU 58,3%, die SPD 31,9%. Die Grünen verfehlten mit 4,6% und die FDP mit 3,5% mehr oder weniger die 5%-Grenze und waren im Bayerischen Landtag deshalb nicht vertreten. Die Parteienlandschaft hat sich gegenüber 1982 eindeutig zu Gunsten der rechten Parteien gewandelt. Die CSU-Abspaltungen Republikaner und die Freiheitliche Volkspartei werden erstmals in allen Wahlkreisen kandidieren und die Propagandakraft der nationalistischen Kräfte verstärken. Der BWK und die DKP, Organisationen also, die sich auf Interessen der Arbeiterklasse bei ihrer Politik berufen und 1982 noch kandidiert haben, stellen sich nicht zur Wahl. Die DKP unterstützt die Mitglieder der Friedensliste, die auf Listen der Grünen einen Platz gefunden haben.

Im Rückblick zu diesen 1982 stattgefundenen Wahlen bewertet das

für ein gutes Abschneiden der CSU vorhanden sein. In der Auseinandersetzung um die WAA Wackersdorf und um den Reaktorunfall in Tschernobyl bemüht sich die CSU und die Bayerische Staatsregierung den Eindruck zu verbreiten, daß ihnen die Sicherheit der Bevölkerung über alles geht und hierzu auch die modernsten Entwicklungen der Technik eingesetzt werden. In Massenwurfsendungen an alle Haushalte wird in einer "BY-Sonderausgabe" zu den Themen Stellung genommen: "Wie die Strahlung in Bayern wirkte", "Messung von Radioaktivität: Nur etwas für Spezialisten", "Wie sieht es mit unseren Lebensmitteln aus?", "Wie sicher sind deutsche Reaktoren?" und "Der Freistaat unterstützt die Suche nach alternativen Energien". Auf der Breite versucht sie Vertrauen in ihre Politik herzustellen – und das wird ziehen.

Sie gibt sich deshalb so siegessicher wie nie zuvor und setzt dabei in erster Linie auf die konjunkturelle Entwick-



Altministerpräsident Alfons Goppel (CSU) hat bei Landtagswahlen schon einmal über 62 Prozent erreichen können. Für die CSU ein Ziel!

CSU-Organ Bayernkurier im Juni dieses Jahres in einer Stellungnahme zum Ausgang der Niedersachsen-Wahl das damals erreichte Wahlergebnis: "Die Art des Wechsels in Bonn, mit der sich auch viele bürgerliche Wähler nicht anzufreunden vermochten, hat seinerzeit ein Klima erzeugt, in dem dann die hessische CDU in dramatischer Weise ihr Wahlziel verfehlen mußte, in dem auch die CSU in Bayern ein in allen Umfragen prognostiziertes Ergebnis nicht schaffte und sich mit – freilich von der CDU nirgendwo erreichten – 58,3 Prozent begnügen mußte."

WAA ein negativer Faktor für die CSU?

1986 dürften kaum negative Faktoren

lung insbesondere in Bayern und die Geldwertstabilität. Damit erhofft sich die CSU eine große Identität von Leuten mit der CSU und Bayern zu erreichen, die in irgendeiner Weise im Besitz von Eigentum sind, einen relativ sicheren Arbeitsplatz haben oder auch im Rentenalter nicht im nackten Elend leben müssen.

Der Wahlslogan der CSU "Bayern vorn" wird nach allen Seiten hin von Gerold Tandler, dem CSU-Generalsekretär, ausgemalt, und so kommt ein weiß-blaues Gemälde zustande, das sich sehen lassen kann. Bayern nicht nur "die geliebte und geschätzte Heimat seiner Menschen", sondern auch das "Traumland unzähliger Menschen außerhalb der weißblauen Grenzen, die nicht das Glück haben, in Bayern



zu leben". Die CSU-Politiker versuchen diesem "Bayern vorn"-Sog noch durch die besondere Betonung des Wirtschaftsstandorts Bayern im nationalen wie im internationalen Rahmen Kräfte zu verleihen. Wirtschaftsführer und Konzernherrscher vom Kaliber eines Peter von Siemens sind dazu berufen, bayerische Geschichte zu schreiben: "Kurz nach Kriegsende (1946) beschäftigte Siemens in Bayern 12000 Mitarbeiter. Heute sind es fast 120000, das ist mehr als die Hälfte der rund 220000 inländischen Mitarbeiter."

Man kann also davon ausgehen, daß die CSU sich bei diesen Landtagswahlen nicht mit 58 Prozent begnügen will, sondern ein besseres Ergebnis angestrebt wird, und den Unkenrufen der Opposition zum Trotz auch für möglich hält. Die CSU scheint sich ihrer Sache auch relativ sicher zu sein. Gegen dieses Konzept der CSU tritt die SPD an als "soziales Gewissen Bayerns" und als "demokratische Alternative zur selbstherrlichen CSU".

#### Etappe auf dem Weg zur Regierungsverantwortung?

So sieht es wenigstens der Spitzenkandidat der bayerischen SPD Karl-Heinz Hiersemann: "... ich will mit meinem persönlichen Einsatz einen kleinen Beitrag dazu leisten, daß den bayerischen Sozialdemokraten bei dieser Landtagswahl ein großer Schritt nach vorne gelingt, über die 35% hinaus. Dies ist das Wahlziel der bayerischen SPD. Ein derartiges Ergebnis bedeutet gleichzeitig, daß die CSU von ihrem hohen Roß herunter geholt wird und an die 50% Grenze gedrückt wird. Ein derartiges Ergebnis bedeutet aber gleichzeitig, daß der Wahlkampf 1990 spannend wird, da dann die absolute Mehrheit der CSU in Gefahr ist..." Die CSU unter 50 Prozent drücken, dies wird von der "rot-grünen" Opposition insgesamt gewünscht, ersehnt und angestrebt. Jedoch kann dies nicht mit einem Kraftzuwachs der rechten und faschistischen Organisationen erreicht werden – also durch eine Stärkung der rechten Parteienlandschaft. Der Fraktionsvorsitzende der Landtags-SPD Helmut Rothemund verrennt sich jedoch zu einer solchen verrückten Strategie und gerät dabei noch nicht einmal unter einen ordentlichen Beschuß aus den eigenen Reihen.

#### SPD-Spekulationen mit den Republikanern und der FVP

Rothemund sieht in den rechten CSU-Abspaltungen Republikaner und Freiheitliche Volkspartei Weggefährten zum ersehnten "Machtwechsel". Die Süddeutsche Zeitung bemerkt hierzu: "Unter dem Blickwinkel, der CSU zwischen einem und zwei Prozentpunkte abzunehmen, wünschte er den Republikanern Franz Schönhubers ausdrücklich Erfolg; ähnliches gelte für

die Freiheitliche Volkspartei des früheren CSU-Abgeordneten. Franz Handlos im Bayerischen Wald." Die Republikaner mit dem Ex-SS-Mann Schönhuber an der Spitze, die mit den Wahlparolen "Gegen rot-grünen Extremismus und schwarzen Filz" ihre Kandidatur begründen und mit politischen Zielsetzungen wie "Deutschland den Deutschen in einem freien Europa", "Für einen demokratischen Patriotismus" auf ihren Wahlplakaten relativ ungestört in Bayerns Metropole München das öffentliche Erscheinungsbild bestimmen, haben zusammen mit der Freiheitlichen Volkspartei und insbesondere mit der NPD das Spektrum von faschistischen und faschistisch befruchteten Organisationen bereichert. Für die CSU ein Problem? Mitnichten. Vielmehr bildet das massierte Auftreten dieser Parteien eine propagandistische Schützenhilfe für die rechten Parteien des bürgerlichen Lagers. Indem sie unverhüllt aggressive, arbeitfeindliche und revanchistische Töne anschlagen und zur Geltung bringen, erleichtern sie es der CSU, sich als Partei der Mitte darzustellen, die freilich auf des Volkes Stimme hört.

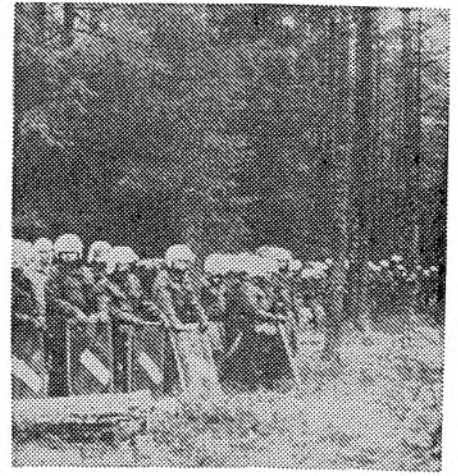
#### CSU-Angriff auf die Grünen

Eines wird vor diesen Landtagswahlen auch deutlich sichtbar: Die CSU läßt sich die Auseinandersetzung mit den Grünen nicht diktieren, sondern sucht sie im Gegenteil. Anlässlich einer am 18. September vom DGB geplanten Diskussion über die "Prüfsteine des DGB zu den Landtagswahlen" erklärte Franz Josef Strauß, daß es für die CSU unzumutbar wäre, gemeinsam mit den Grünen teilzunehmen, weil deren "namhafte Vertreter die repräsentative demokratische Ordnung offenkundig mißachten und ihr Verhältnis zum Gewaltmonopol im unklaren lassen". Diese Angriffe haben System. Die Partei der Grünen wird "verteufelt", die Programmatik der Grünen würde "alle unsere Werte" verneinen, "auch unsere christlichen Werte", unser Staatswesen würde "ins Chaos" geführt.

Das Bekenntnis der bayerischen Grünen in der Präambel ihres Wahlprogramms zu Bayern: "Noch immer ist Bayern ein wunderschönes und lebenswertes Land mit vielen lebendigen Traditionen und einer originären, freiheitlichen Kultur" ist der CSU zu wenig. Die CSU legt es darauf an, daß die Grünen vielleicht doch nicht die nötigen Stimmen aus dem christlichen Wählerspektrum erhalten.

#### CSU-Hetze: Bürgerkrieg und Schwerstverbrecher

Auf den Nenner gebracht verläuft der Angriff über folgende Stationen, die jetzt immer häufiger in Publikationen der CSU auftauchen:



Der WAA-Kampf wird der CSU nicht das Genick brechen.

– "Ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen 218. – Das bedeutet Abtreibung bis zur Geburt und ist unmenschlich.

– Austritt aus der Nato und einseitige Abrüstung der BRD. – Im Anblick des waffenstarrten auf Weltherrschaft ausgerichteten Sowjetblocks. – Das gefährdet unser Leben in Frieden und Freiheit.

– Verzicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. – Unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands sind dann für immer der sowjetischen Herrschaftsmacht ausgeliefert.

– Auflösung der Bereitschaftspolizei und des Grenzschutzes, Abschaffung des Verfassungsschutzes und Entwaffnung der Polizei. – Die Grünen wollen also anscheinend über bürgerkriegsähnliche Zustände an die Macht gelangen.

– weitgehende Abschaffung von Strafvollzugsanstalten. – Wen wundert da noch der Zustrom zur Partei der Grünen in den bayerischen Haftanstalten, wo 107 der 183 'grünen' Häftlinge in der Schwerstverbrecher-Haftanstalt Straubing sitzen!"

Die Diffamierungs-Kampagne der CSU zielt gerade auf solche politischen Inhalte, die den fortschrittlichen Charakter grüner Politik ausmachen, die z.B. ein Zusammenwirken von grüner Opposition und Arbeiterbewegung ermöglichen. Sie zielt auf Einschüchterung besonders im öffentlichen Dienst; das Eintreten gegen Staatsbevormundung für Frauen, gegen Kriegsvorbereitung und Revanchismus, gegen Polizeistaatmethoden soll Existenzrisiko werden.

Quellenhinweis: Landtagswahlprogramme der Grünen, der SPD, verschiedene Ausgaben des Bayernkurier, der Süddeutschen Zeitung, Die Landtagswahl von A bis Z, Veröffentlichung des Bay. Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung, verschiedene Parteitage von Franz Josef Strauß und von Karl-Heinz Hiersemann – (dil)

## Blockfreienbewegung

### Interview mit Premierminister Mugabe: Eine Revolution bringt die nächste hervor

Anlässlich des 8. Gipfeltreffens der Blockfreienbewegung, die derzeit in Harare, Zimbabwe, begonnen hat, führte die Zeitschrift "AfricAsia" in der Augustnummer ein Interview mit dem Premierminister des Gastgeberlandes, Robert Mugabe, durch. Wir drucken das Interview, in dem sich R. Mugabe vor allem über die Lage im südlichen Afrika äußert, in Auszügen und in eigener, unautorisierter Übersetzung nach. — (scc)

Robert Mugabe: Die Durchführung der 8. Gipfelkonferenz der Blockfreienbewegung in Zimbabwe ist eine große Entscheidung, die uns bescheiden macht, weil unser Land erst seit sechs Jahren besteht und noch nicht viel Erfahrung hat. Diese Entscheidung wurde (von den Außenministern im September 1985) in Luanda, Angola, getroffen, in einem Land, das, obwohl älter als unseres, ebenfalls noch relativ jung ist und das seine Unabhängigkeit auf ähnliche Weise wie wir erkämpft hat. — Diese Entscheidung wurde getroffen angesichts unseres revolutionären Kampfes und der Art und Weise, wie wir ihn geführt haben, angesichts unserer Verpflichtung, eine neue Gesellschaft zu errichten, und angesichts der Tatsache, daß wir diese neue Gesellschaft errichtet und aufgebaut haben. Dies haben die Mitglieder der Blockfreienbewegung gewürdigt, daher ist ihre Entscheidung eine Auszeichnung für uns. Es ist eine Auszeichnung, weil sie damit offensichtlich die Hoffnung verbinden, Bedingungen zu schaffen, die dazu führen, daß ein anderes Land im Süden von uns und ein weiteres, Namibia, im Westen von uns ihre eigene Unabhängigkeit erreichen. Denn eine Revolution bringt eine weitere Revolution hervor, und ein Sieg führt zu einem weiteren Sieg. Das ist die Hoffnung...

AfricAsia: Frühere Gipfel der Blockfreienbewegung waren z.B. der wirtschaftlichen Zusammenarbeit oder der Abrüstung gewidmet. Das bevorstehende Treffen wird heute als Gipfel zum südlichen Afrika bezeichnet. Ist das auch Ihre Ansicht?

Robert Mugabe: Ja, ich stimme zu, daß dies in großem Maße ein Gipfel zum südlichen Afrika ist. Nicht nur, weil der Gipfel im südlichen Afrika stattfindet, sondern auch, weil wir hier ein großes Problem haben, das die dringende Aufmerksamkeit der ganzen fortschrittlichen internationalen Gemeinschaft erfordert. Wir hoffen, daß der Gipfel den Problemen in Südafrika, Namibia und im südlichen Afrika allgemein die gebührende Aufmerksamkeit zollt. Dabei gibt es drei Dimensionen: die Lage in Südafrika selbst, mit der Apartheid als Politik zur Unterdrückung der Mehrheit des Volkes; die Situation in Namibia; und schließlich die dritte Dimension, die südafrikanische Destabilisierungspo-

litik. Wir möchten, daß die Blockfreienbewegung diesen Problemen die notwendige Bedeutung beimißt. Doch wenn Sie die übrigen Regionen der Welt betrachten, so sind wir nicht die einzige krisengeschüttelte Region. Da ist der Mittlere Osten mit seinem anhaltenden Problem der Palästina-Frage, das gegenwärtig mit dem Problem im Libanon verbunden ist. Dann gibt es das Iran-Irak-Problem. Weiterhin gibt es die Mittelamerika-Frage im karibischen Raum. Nikaragua sieht sich gegenwärtig sehr gefährdet, weil eine Großmacht das Land und seine Souveränität bedroht. Allen diese Problemen muß deshalb gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir sollten nicht die Probleme vergessen, mit denen Nordafrika konfrontiert ist, auch sie müssen offensichtlich behandelt werden.

Ich muß außerdem betonen, daß die politischen Fragen in diesen Regionen die eine Sache sind; es gibt aber auch wirtschaftliche Fragen. Im letzten Jahr widmete Afrika selbst das gesamte OAU-Gipfeltreffen wirtschaftlichen Fragen, und kürzlich hat die Generalversammlung auf einer Sondersitzung die Wirtschaft von Afrika erörtert. Unsere Schuldenlasten, die zwischen uns und den Gläubigerländern diskutiert werden müssen, sind noch nicht diskutiert worden. Angesichts der Tatsache, daß die meisten Entwicklungsländer unter schwerem wirtschaftlichen Druck stehen, können wir diese Probleme nicht aussparen — sie müssen ebenfalls die gebührende Aufmerksamkeit erhalten.

AfricAsia: Geographisch liegt Zimbabwe in der am meisten krisengeschüttelten Region des Kontinents. Jenseits der Grenze, in Südafrika, geht der Befreiungskampf ins neunte Jahrzehnt. Auf welche Weise kann Zimbabwe einen Beitrag zum Freiheitskampf des südafrikanischen Volkes leisten, angesichts der unmittelbaren Nachbarschaft zum Apartheid-Staat und angesichts dessen, daß Zimbabwe durch die Angriffe und die Destabilisierungspolitik Südafrikas und seiner Verbündeten und Agenten verwundbar ist?

Robert Mugabe: Diese Frage wurde mir schon früher gestellt. Wir in Zimbabwe haben politisch dieselbe Überzeugung wie das Volk von Südafrika. Ferner unterstützen wir den Befrei-

ungskampf, der in Südafrika geführt wird, weil wir unsere eigene Geschichte in Betracht ziehen. Wir haben uns im bewaffneten Kampf selbst befreit, und es wäre eine vollständige Verleugnung unseres eigenen Standpunktes in der Vergangenheit, wenn wir befürworteten, daß das Volk von Südafrika seine Waffen niederlegen und gewaltfrei über eine Lösung verhandeln sollte. Das ist ganz und gar unmöglich unter Bedingungen, daß die Buren ihre Waffen gebrauchen, um sich einzugraben. Um sie zu vertreiben, muß sich das Volk von Südafrika folglich bewaffnen. Natürlich hat Zimbabwe nicht die Fähigkeit, sich gegen das südafrikanische Regime militärisch zu behaupten, und so ist es für uns nicht möglich, den Befreiungsbewegungen von Südafrika Militärbasen anzubieten. Was wir getan haben und tun werden, ist, ihnen hier Büros für ihre politischen Tätigkeiten anzubieten und sie politisch zu unterstützen. Wir zahlen Beiträge an das Befreiungs-Komitee der OAU und helfen ihnen — wonötig — bei bilateralen Beziehungen mit Nationen, die ihnen dringend benötigte materielle Unterstützung geben können. Das haben wir innerhalb solcher Foren wie der OAU, der Blockfreienbewegung, des Commonwealth und der Vereinten Nationen getan. Wir treten für die Unterstützung des Kampfes ein, den sie führen, und für die Verurteilung der Apartheid. Zu dieser Art von Kampf sind wir in der Lage. Zu mehr haben wir weder die Möglichkeit noch die Fähigkeit.

Unser eigener Kampf könnte als Beispiel oder Lehre betrachtet werden. Wir hatten eine koloniale Situation hier, die sehr schwierig, extrem schwierig war, weil sich die weiße Siedlergesellschaft verschanzt hatte und die Kolonialmacht — Großbritannien — nicht willens war, die Herrschaft dieser Siedlergesellschaft zu beenden, obwohl ihre Unabhängigkeit für illegal erklärt worden war. Wir mußten den Krieg beginnen, um diese Siedler-Minderheitengruppe zu vertreiben. Deshalb haben wir heute diese neue Ordnung. In Südafrika und Namibia ist die Situation ähnlich. In Südafrika selbst ist die Gemeinschaft der Minderheit viel größer, als sie hier war, aber die nicht-weiße Gemeinschaft ist — verhältnismäßig zu uns — gleich groß, und weil sie die Mehrheit bildet, kann sie nicht für alle Zeiten unterdrückt werden. Sie kann auf lange Sicht niemals besiegt werden, auf diese Weise ist unser Kampf lehrreich. Wenn wir Erfolg hatten bei der Unterstützung der Dekolonisation Afrikas, so werden auch die Südafrikaner Erfolg haben, ebenso die Namibier.

Eine weitere Lehre ist, daß es nach dem Erfolg, nach dem Sieg keine Rachsucht geben muß. Eine harmonische Gesellschaft wird auf nicht-rassistischer Basis entstehen, eine Gesell-

schaft, die die Widersprüche der Vergangenheit nicht benutzt, um die zu bestrafen, die in dem historischen Prozess unterlegen sind. Die Weißen in Südafrika sollten nicht fürchten, daß die Schwarzen rachsüchtig sind und morgen Revanche suchen – wenn aber der Kampf noch lange andauert, können natürlich Rachsucht und Revanche in Südafrika, wenn der Sieg erungen ist, nicht vermieden werden. Wir glauben, daß jetzt für die Weißen in Südafrika, für das Botha-Regime, die Zeit gekommen ist, sich darüber klar zu werden und dem Beispiel zu folgen, das wir hier gegeben haben.

**AfricAsia:** Die Länder im südlichen Afrika sind gegenwärtig militärisch und wirtschaftlich vom Apartheid-Regime und den Mächten, die es unterstützen, bedroht. Denken Sie, daß eine inter-afrikanische Antwort, möglicherweise in Form einer gemeinsamen Verteidigungsstreitmacht, möglich und ratsam ist? Haben Sie diesen Gedanken mit den anderen Frontstaaten erwogen?

**Robert Mugabe:** Ja, das ist ein alter Gedanke. Nkrumah hatte ihn bereits, und andere nach ihm. Auch ich bin dafür. Wir brauchen in der Tat eine afrikanische Armee, die jedes afrikanische Land, das durch eine auswärtige Aggression bedroht wird, verteidigen kann, und deshalb verfolgen wir den Gedanken.

Wir hatten hier das Treffen der Verteidigungskommission der OAU-Minister, und sie erörterten die Frage von Friedenstruppen und ebenso einer Sondertruppe zur Verteidigung eines Landes, das unter einem Aggressionsakt leidet. Ich will diese Frage mit den Frontstaaten während unseres Treffens hier behandeln, und ich hoffe, ich kann sie auch bei der OAU aufwerfen. Ich denke, so wie die Dinge stehen, ist es ein lebensfähiger Gedanke, wenn man auch nicht erwarten kann, daß jedes Land einen Beitrag leisten kann – vielleicht können es Freiwilligen-truppen sein. Offensichtlich gibt es Probleme, die hier berücksichtigt werden müssen. Wir kommen nicht aus den gleichen Regionen, wir sprechen nicht die gleiche Sprache, und vielleicht haben wir auch unterschiedliche militärische Doktrinen. Eine solche Truppe ist nicht so leicht aufzustellen.

Wie auch immer, ich meine, wir haben allen Grund zu begreifen, daß Apartheid ein teuflisches System auf unserem Kontinent ist, daß der Prozeß der Dekolonisation Afrikas nicht vollendet werden kann ohne eine solche Truppe, die Länder in der Nachbarschaft Südafrikas verteidigt. Die Situation rechtfertigt das. Persönlich bin ich der Auffassung, daß die Hürden bzw. offensichtlichen Probleme mit der Zeit überwunden werden können.

**AfricAsia:** Ich meine, Zimbabwe hat durch die Entsendung von Soldaten nach Mosambik, die dort den Frieden sichern zu helfen, ein gutes Beispiel gegeben. Was ist Ihre Auffassung über das, was Sie tun können, um Mosambik in seinem Kampf gegen die MNR (eine reaktionäre, von Südafrika und den USA unterstützte Widerstandsbewegung – Red.) zu unterstützen, und wie lange werden Ihrer Auffassung nach Ihre Truppen in diesem Land bleiben?

**Robert Mugabe:** Mosambiks Schicksal ist auch unser Schicksal. Wenn Mosambik fiele, wären wir in einer schwierigen Lage. Unsere Handelswege wären in Gefahr, weil Südafrika einen verfügbaren Agenten hätte – durch ein neues Regime in Mosambik –, uns dort zu blockieren. Wenn wir nur die Routen durch Südafrika be-

nutzen in Pretoria – Apartheid, Aggression gegen seine Nachbarn, die Besetzung unabhängiger Staaten und regionale Destabilisierung – und der Politik des Regimes in Tel Aviv. Was meinen Sie dazu?

**Robert Mugabe:** Wir haben das Botha-Regime immer mit dem Zionisten-Regime in Israel verglichen, und für uns gibt es überhaupt keinen Unterschied zwischen ihnen. Apartheid bezieht seinen Beistand aus der philosophischen Anschauung, der falschen Anschauung, daß die Weißen eine höhere Rasse sind, und der Zionismus bezieht in ähnlicher Weise seinen Beistand und seine Kraft aus der Auffassung, daß er eine höhere religiöse Ideologie ist und daß die Juden deshalb eine höhere Rasse sind. Beide versuchen, sich auf die Bibel zu berufen.



nutzten, wären wir in seiner Gewalt. Südafrika würde mit uns machen, was es mit Lesotho gemacht hat. Deshalb ist der Krieg, den Mosambik führt, auch unser Krieg. Wir haben außerdem eine historische Verpflichtung, Mosambik war unser Verbündeter und hatte uns großartig unterstützt, indem es uns erlaubte, sein Territorium als Hinterland zu benutzen. Wir haben eine Verpflichtung, zu seiner Unterstützung zu kommen, wenn es Zimbabwe um eine solche Unterstützung ersucht. Auf einem kürzlich stattgefundenen Treffen mit Präsident Samora Machel haben wir ein Resümee unserer Operationen gezogen. Was nötig ist, ist mehr Koordination – natürlich – zwischen unseren Truppen und denen der mosambikanischen Regierung, und wir werden in der Tat viel mehr zusammenarbeiten...

**AfricAsia:** Oft wird ein Vergleich gezogen zwischen der Politik des Regi-

Hinsichtlich ihrer Politik sind sie unterdrückerisch. Das Botha-Regime unterdrückt die Nicht-Weißen, das Zionisten-Regime unterdrückt die Palästinenser in Palästina. Ihnen ist die politische Macht verwehrt, und sie haben nicht dieselben politischen Rechte wie die Zionisten. Sodann sind beide Regime in den Beziehungen zu ihren Nachbarn aggressiv, und beide führen grenzüberschreitende Angriffe durch.

In den gegenwärtigen Aggressionen des Botha-Regimes gegen Zimbabwe, Sambia und Botswana sehen wir die gleiche Politik, wie sie Israel vorher gegen den Libanon, gegen Syrien, gegen Jordanien und Ägypten usw. durchgeführt hat. Das ist genau das gleiche. Beide Regime unterdrücken die Mehrheit des Volkes. Beide Regime haben eine undemokratische Philosophie. Beide Regime halten sich nur durch militärische Stärke. Und beide Regime werden durch die Westmächte am Leben erhalten.

## Israel

## Zionistische Rüstungsindustrie und -exporte abhängig von den Imperialisten

Die Rüstungsindustrie ist der größte israelische Produktionsbereich und beschäftigt auch die meisten Lohnabhängigen. Die Rüstungsexporte Israels sind im letzten Jahrzehnt sprunghaft angestiegen. Dennoch kann die Rüstungsindustrie ohne finanzielle, wirtschaftliche und technologische Unterstützung durch die Imperialisten nicht existieren.

### Aufrüstung Israels durch die Imperialisten

Seit dem Bestehen des Zionistenstaates 1948 haben die Imperialisten Israel als Bollwerk und ständigen Aggressionsherd gegen die Staaten des Nahen Ostens ausgebaut und auferüstet. Zu den ersten und entscheidenden Unterstützern gehörten zweifellos die BRD-Imperialisten – immer unter dem Deckmantel der Verschwiegenheit und zuweilen der "Wiedergutmachung". Die BRD rüstete sowohl die Marine als auch die Armee Israels in den fünfziger und sechziger Jahren mit wichtigem Militärgerät aus, so z.B. 1956/57 zwei Schnellboote und 1968/69 zwölf weitere Schnellboote zweier Bremer Werften sowie zwei in Großbritannien für Israel gebaute U-Boote, die mit Motoren aus der BRD ausgerüstet wurden. 1960 vereinbarten Adenauer und Ben Gurion eine BRD-Militärhilfe von 200 Mio. DM, die Erhard 1964 bereits auf 320 Mio. DM aufstockte. 1964 lieferte die BRD ausgerüstete M 48 Panzer der Bundeswehr nach Israel. 1965 betrug die Militärhilfe 570 Mio. DM. Viele israelische Offiziere absolvierten Lehrgänge bei der Bundeswehr oder bei den NATO-Verbänden. Daneben unterstützt die BRD durch die Vergabe von Krediten an Israel die Finanzierung der zionistischen Militärmaschinerie.

Die USA lieferten bis 1982 allein über 700 Kampfflugzeuge, 2100 Panzer, 5700 Schützenpanzer, über 500 Artilleriepanzer, viele tausend Raketen, Massen von Munition, Elektronik und Rüstungstechnologie. Sie finanzierten rund 37 % des israelischen Rüstungshaushalts 1982. Für das Haushaltsjahr 1986 erhielt Israel von den USA 1,8 Mrd. US-\$ an Militärhilfe, 1,2 Mrd. nichtgebundene "Wirtschaftshilfe", weitere 0,8 Mrd. als "Nothilfe" und 0,5 Mrd. zusätzliche Militärhilfe verteilt auf zwei Jahre, Gesamtsumme über vier Mrd. US-\$. Zwischen 1960 bis 1981 zahlten die US-Imperialisten allein etwa die Hälfte der israelischen Militärausgaben in Höhe von 52 Mrd. US-\$.

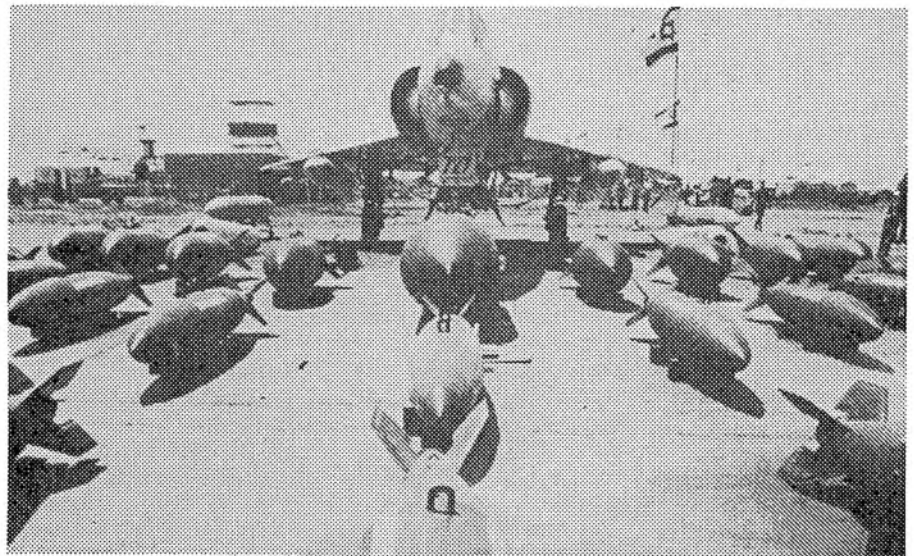
Die starke Abhängigkeit und somit die eingeschränkte Operationsfähigkeit Israels wurde während des Okto-

ber-Krieges 1973 deutlich und war Ausgangspunkt dafür, einen größeren Teil der Rüstungsgüter in Israel zu produzieren. Bereits nach zehn Tagen fehlten den Zionisten Nachschub und Munition. Die USA lieferten über eine Luftbrücke 90 Flugzeuge sowie insgesamt 22600 Tonnen Kriegsmaterial nach Israel und verhinderten dadurch u.a. eine Niederlage der Zionisten, denn ihre Verluste waren mit ca. 150 Flugzeugen und bis zu 800 Panzern hoch.

### Die israelische Rüstungsindustrie

Die Rüstungsindustrie begann 1948 mit 1000 Beschäftigten. Bis in die sechziger Jahre produzierte Israel hauptsächlich Handfeuerwaffen, von denen die "Uzi" (Maschinenpistole) und die "Galil" (Sturmgewehr) u.a. in die NATO-Staaten exportiert wurden. Die Hauptaufgaben blieben jedoch die Wartungs- und Reparaturarbeiten an importiertem Militärmaterial. Mit der Ausweitung der Expansionspolitik seit dem "Sechs-Tage-Krieg" 1967 begannen die Zionisten von den Imperia-

Heute verfügt der militärisch-industrielle Komplex über 800 Betriebe mit über 200000 Beschäftigten, mehr als die Hälfte der Industriearbeiter Israels. Die Rüstung verschlingt jährlich etwa zwei Drittel der Staatsausgaben. Verträge über Lizenzen und gegenseitige Zulieferungen verbinden Israel mit entsprechenden imperialistischen Konzernen. 15000 US-Firmen haben direkte und indirekte Verbindungen zur israelischen Rüstungsindustrie oder beliefern die zionistische Kriegsmaschinerie. Den Großteil israelischer Rüstung und fast 90 % der Rüstungsexporte bestreiten die Konzerne IAI, IMI, Koor Industries of Israel sowie Tadiran und Elron. 1984 produzierte die gesamte Rüstungsbranche Militärgüter im Wert von umgerechnet 2,5 Mrd. US-\$, 50 % des Umsatzes der metallverarbeitenden Industrie und der Elektronikbranche. Militärgerät für über eine Mrd. US-\$ wurde exportiert, zu über 70 % nach Südafrika und in die USA: im Inland entwickelte und produzierte Waffen; Flugzeuge und Panzer, die nach wie vor überwiegend mit Getriebe, Motoren und anderen Komponenten aus NATO-Staaten ausgestattet sind; ausgemusterte Waffensystem, die überholt und aufgemöbelt werden sowie die von Syrien, Ägypten und der PLO erbeuteten Waffen sowjetischer Produktion.



Israelisches Kampfflugzeug "Kfir" mit Bomben. Die Luftwaffe ist neben der Panzerwaffe Kernstück ihrer Aggressionsarmee gegen arabische Staaten.

listen unterstützt, ihre Rüstungsindustrie verstärkt aufzubauen. Hinzukam die Umrüstung von importiertem Kriegsmaterial sowie von erbeutetem sowjetischer Herkunft auf die besonderen Erfordernisse der Blitzkriegsstrategie der Zionisten, die ihre waffentechnische Überlegenheit u.a. auch angesichts wachsender gesellschaftlicher Widersprüche im Innern des Siedlerstaates sichern mußten. Zum Ende der 70er Jahre stiegen z.B. die Desertationen auf über 15000 pro Jahr an.

Mitte 1986 war Israel mit über 30 Mrd. US-\$ bei den Imperialisten verschuldet und hatte damit die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Welt. Im Haushaltsjahr 1984/85 betrugen die Militärausgaben knapp 30 %, die Zinszahlungen bereits 34 % der laufenden Ausgaben. Die Tilgungszahlungen, die 87 % des Sonderhaushalts "Entwicklungsausgaben" ausmachten, stiegen im gleichen Haushaltsjahr auf fast das Doppelte der Rüstungsausgaben. Ohne Zustimmung der Imperialisten würde Israel keine Waffe exportieren kön-

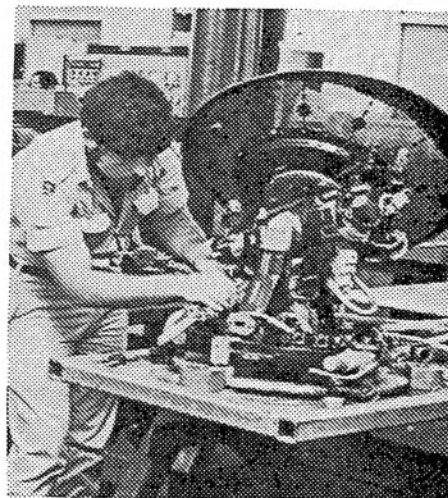


nen.

Als "israelische Produktion" werden vielfach der Panzer "Merkava", der Jagdbomber "Kfir", das Raketen-schnellboot "Reshef", die Schiffsrakete "Gabriel" und die taktische Rakete "Jericho" sowie das sich noch in der Entwicklung befindliche Kampfflugzeug "Lavi" genannt. Der Merkava-Panzer hat einen US-amerikanischen Motor; das Kfir-Flugzeug ist aus der Mirage-III entwickelt und mit dem J-79 Triebwerk des Phantoms ausgerüstet. Die Elektronik liefern US-Konzerne. Bei dem israelischen Schnellboot handelt es sich um einen Nachbau des französischen Raketenbootes der Cherbourg-Klasse, die vier Motoren liefert die westdeutsche MTU. Daneben bestehen verschiedene Lizenzverträge für Kanonen, Elektronik usw. Desweiteren sind die US-Imperialisten direkt an israelischen Rüstungsfirmen beteiligt. An der Motorenfabrik Beit Shemesh Engines (6000 Beschäftigte) hält der US-Konzern Pratt & Whitney 49% der Aktien. Der

größte israelische Elektronik-Konzern, Tadiran, (12500) Beschäftigte gehört zur gewerkschaftseigenen Koor Industries und zu General Telephone & Electric (USA). Tadiran fertigt u.a. wichtige Rüstungselektronik in Lizenz. An dem bisher größten Militärvorhaben Israels, dem Bau des Kampfflugzeuges Lavi, das ca. 5,5 Mrd. US-\$ kosten wird, sind natürlich die US-Imperialisten direkt beteiligt. Den Motor liefert Pratt & Whitney. Der Flügel und den Rumpf produzieren israelische Firmen nach US-Lizenzen. Von den bisherigen Entwicklungskosten in Höhe von 1,5 Mrd. US-\$ steuerten die USA über eine Mrd. zu.

Der Ausbau des Rüstungsbereich in Israel wird unterstützt von Teilen der Bourgeoisie und der neuen Mittelklasse. Dies ist insofern von Bedeutung, da 22% aller Arbeitskräfte in Israel eine Hochschulausbildung haben. Ihr Anteil in der Rüstungsindustrie liegt in manchen Bereichen noch höher, z.B. sind bei der Israel Aviation Industry (IAI) fast 1/3 Akademiker. Hunderte von



Über 4000 Beschäftigte beim IAI-Konzern arbeiten allein in der Wartung und Reparatur eines Teils der israelischen Militärmaschinerie.

Ingenieure wurden speziell für den Bau des Lavi-Kampfflugzeuges ausgebildet.

Quellenhinweis: Kampf Magazin, Sondernummer 1982, Israels neuer Mergava; Militär Forum, Spezialausgabe, Israelische Luftwaffe 1981; Defence Update Nr. 36, 55, 61; Israel Year Book, 1985; Y. Karmon, Israel, 1983; E. Berglas, Defense and Economy: The Israeli Experience, 1983; Pressedokumentation Rüstungsindustrie Israels beim HWWA - (sie)

### Militärische Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika

In diesen Tagen konferiert eine hochrangige israelische Delegation in Südafrika über die Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen. Seit ihrem offiziellen Abkommen von 1976 arbeiten die beiden Rassistensysteme nicht nur politisch und wirtschaftlich eng zusammen, sondern insbesondere auf militärischem und atomarem Gebiet. Entgegen allen internationalen Sanktionen verstärkten Israel und Südafrika bereits seit Beginn der 70er Jahre ihren Waffenhandel. Trotz wiederholter Dementis und gefälschter offizieller Statistiken ist klar, daß Südafrika heute Israels größter Waffenkunde ist. Israel tritt auch als Zwischenhändler für Waffen z.B. aus der BRD auf.

1976 unterstützte Israel Südafrika bei der Planung der Invasion nach Angola, auch 1981 hielt sich zur Zeit des Angriffs auf Angola Sharon im "Operationsgebiet" in Namibia bei südafrikanischen Truppen auf. 200 bis 300 israelische Experten bilden ständig die südafrikanische Armee im Anti-Guerilla-Kampf aus.

1977 vergab Südafrika einen Auftrag über 100 Mio. Rand an die israelische Rüstungsindustrie. U.a. lieferten die israelischen Firmen Tadiran, Elvit und IAI die Materialien für ein System von elektronischen Zäunen entlang der südafrikanischen Grenzen: Elektrozäune, Anti-Guerilla-Alarmsystem, Kommunikationssysteme, Nachsichtgeräte. Tadiran baute ein Werk für militärische Kommunikationssysteme in Südafrika. 1980 verfügte die südafrikanische

Marine über sechs Reshef-Schnellboote mit Gabriel-Raketen und sechs Dabur-Küstenpatrouillenboote (Lizenzproduktion); die Luftwaffe bestand im wesentlichen aus 72 französischen Mirage, die in Südafrika selbst gebaut waren, nach Plänen, die die israelische Spionage verschafft hatte. Wartung und Ersatzteile wurden von Israel gestellt. 1983 wurde in Mosambique ein in Lizenz gebautes israelisches Spionageflugzeug ("Drohne") abgeschossen. Auch für Uzi-Maschinenpistolen, Galil-Sturmgewehre und Gabriel-Seeraketen hat Südafrika Lizenzen. Den in den USA entwickelten Scorpion-Hubschrauber produzieren Südafrika und Israel gemeinsam. Seit 1980 hilft Südafrika bei der Entwicklung des Lavi-Flugzeuges, das vollständig in Israel gefertigt werden soll und deshalb keinen Handelsbeschränkungen unterliegt.

Seit 1977 mehren sich die Presseberichte über die atomare Zusammenarbeit beider Staaten: Israelische Technologie gegen südafrikanisches angereichertes Uran. 1977 scheiterte ein südafrikanischer Atomtest, der nukleare Sprengkopf war mit israelischer Unterstützung gebaut worden. 1979 und 1980 wurden weitere geheime Atomtests unternommen. 1982 wurde über die Fortschritte des israelisch-südafrikanischen Atomprogramms berichtet: die beiden Länder hätten eine Neutronenbombe entwickelt und arbeiteten jetzt an einer Cruise Missile mit einer Reichweite von 2400 km und einem Nukleargewehr. Quellenhinweise: A. Hürter (Hrg.), Israel und Südafrika, Bonn 1983; Palästina Bulletin 34/86 - (bar)

### Schweden

#### Carlsson steht unter Druck für Boykott

Nachdem im Spätherbst letzten Jahres in Schweden bereits Teilsanktionen gegen das Siedlerregime in Südafrika beschlossen waren, zeichnete sich im Laufe der Zeit immer mehr ab, daß die Maßnahmen keinerlei Wirkung zeigten. Zuviel hatte die Regierung ausgeklammert, wie Nichteisenmetalle. Nur Agrarerzeugnisse sollten nicht eingeführt werden und keinerlei Neu- oder Ersatzinvestitionen zugelassen werden. Grund hierfür ist der schwedische Exportboom von 45% im Jahre 1984. Die Regierung unter dem neuen Chef Ingvar Carlsson macht alles, um diesen Exportboom an keiner Stelle zu gefährden. Die Wirtschaftstheorie der Sozialdemokratie führte im Land zu relativ hoher Beschäftigung, worauf andere Staaten neidisch blickten. Nur ist bei solcher Politik kein Spielraum für wirtschaftliche Sanktionen, wie im Falle der RSA. So ist Schweden im Nordischen Rat (Zusammenschluß der skandinavischen Länder) am striktesten gegen Sanktionen. Das NATO- und EG-Land Dänemark hat am 15. Juni einen totalen Handelsboykott mit der RSA im Parlament beschlossen. Dies sollte im

Rat auf Skandinavien ausgedehnt werden. Nur Norwegen folgte, während sich Schweden massiv widersetzte. Dadurch kam kein einheitliches Vorgehen des Nordischen Rates zustande. Dies wurde besonders von Sozialdemokraten Dänemarks und Norwegens kritisiert. Ende Juli ruft in Schweden das Südafrikakomitee zum Boykott der in der RSA verwickelten Shell-Gesellschaft auf. Innerhalb von Tagen registrieren die Tankstellen der Kette einen Umsatzverlust von 15 bis 20%. Den beklagen sie öffentlich. Vor dem Hintergrund wächst in der sozialdemokratischen Partei und Presse die Opposition zu Carlssons Politik. Dies kurz vor der in Solna stattfindenden Tagung der Bruderschaftsbewegung. Deren Vorsitzender Evert-Svensson fordert den Boykott. Ingvar Carlsson findet nur aus den Reihen der Opposition Unterstützung, hier von der Partei der Moderaten und der Volkspartei. Die Kommunistische Fraktion (VPK) fordert ebenfalls Sanktionen, und Carlsson wird von Führern der schwarzen Kirchen kritisiert. Die Presse konstatiert; die Schonzeit für Carlsson ist vorbei. Den sieben in der RSA verwickelten Betriebe aus Schweden soll geholfen werden, da diese selbst einschätzen, dort nicht überleben zu können. Sie sehen wie Carlsson, Westerberg von der Volkspartei und Söder vom Zentrum, das Problem der Zukunft ihrer Betriebe in Südafrika. Westerberg sagt, ein Boykott wäre der Preis für die Zukunft. Söder schlug vor, die Verluste vom Staat tragen zu lassen. Endgültig soll am 10.9. entschieden werden. Quellenhinweis: Dagens Nyheter versch. Ausgaben. – (uwb)

## Kurdistan

### Türkische Armee bombardiert kurdische Dörfer

Mit mindestens 10 Phantom-Kampflugzeugen bombardierte das faschistische Regime der Türkei am 15. August sechs Dörfer im türkischen und irakischen Teil Kurdistans. Zahlreiche Menschen, darunter Frauen und Kinder, wurden bei dem Überfall im Morgengrauen getötet. Türkische Zeitungen meldeten 150 bis 300 Tote. Der Einsatz von Napalm-Bomben beweist, daß der Überfall nicht nur der Kurdischen Befreiungseinheit (HRK) galt, sondern Angst und Schrecken unter Zivilbevölkerung auslösen soll. Daß mit der grausamen Napalm-Bombardierung 100 Befreiungskämpfer getötet worden sein, wie die Regierung vorgibt, ist unwahrscheinlich. Ministerpräsident Özal bezeichnete die Luftbombardierung als einen "Vergeltungsschlag" gegen die Rebellen, nachdem einige Tage zuvor bei einem Anschlag auf einen türkischen Mili-

tärkonvoi zwölf türkische Gendarmen getötet wurden. Mit der gleichen Begründung wurden alle 400 männliche Einwohner, darunter Jugendliche und Kinder, des Dorfes Balli in Ost-Türkei von der Armee deportiert. Sie werden jetzt vermutlich in der Stadt Siirt festgehalten. Die Ernte hat das Militär vernichtet.

Diese grausame Bombardierung und Deportation war nur der Beginn einer verstärkten Mobilmachung gegen das kurdische Volk. An Stelle der wenig erfolgreichen türkischen Truppen sollen der Widerstand und die Anschläge des kurdischen Volkes jetzt mit mobilen Spezialeinheiten – Fallschirmjäger und Gebirgskommandos – verhindert und zerschlagen werden. 1300 Mann sind bereits ausgebildet, bis Ende des Jahres sollen weitere 5000 eingesetzt werden. Die Bundesregierung ist an dieser Politik beteiligt. Ein Teil dieser Truppen wurden in der Bundesrepublik ausgebildet. In einer Kleinen Anfrage (Drucksache 10/5880, vom 25.07.86) fragt die Bundestagsfraktion der Grünen die Bundesregierung in acht Fragen u.a.: "Trifft es zu, daß ein Teil der Ausbilder dieser Sondereinheiten, die in der türkischen Presse als 'Schwarzer Käfer' bezeichnet werden, auf ihre Ausbildungsaufgaben in der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet worden sind bzw. immer noch vorbereitet werden?"

Die BRD hat mit dem Besuch des Bundespräsidenten von Weizsäcker als erstem ausländischen Staatsoberhaupt nach dem Putsch von 1980 das Regime in der Weltöffentlichkeit von jeglichem Terror freigesprochen, politisch aufgewertet und so dazu beigetragen, daß das Regime mit noch größerem Terror gegen das türkische, aber insbesondere gegen das kurdische Volk vorgehen kann.

Die Türken, ihr ständiger Ratgeber, die BRD, und die NATO verfolgen auch außenpolitische Ziele mit der Unterdrückung und dem Terror gegen die Kurden. Die Verfolgung von Kurden soll immer wieder als Vorwand dienen, in Gebiete des Irak, Syriens oder des Iran einzudringen. So rechtfertigt das türkische Regime die Bombardierung auf irakisches Gebiet mit dem irakisch-türkischen Abkommen vom Oktober 1984, in dem die beiden Länder ein "Verfolgungsrecht" vereinbarten. Da der Irak Krieg mit dem Iran hat, will er keinen Konflikt mit der Türkei. Pressebeobachter gehen davon aus, daß die Türkei jetzt eine "diplomatische Offensive" gegen Syrien startet und verlangen wird, daß Syrien jegliche Hilfe an die kurdische Befreiungseinheit und die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) einstellen soll.

Quellenhinweis: FAZ 14. und 16.8.86; Bonner General-Anzeiger 18.8.86; taz 23. und 27.8.86; Tages-Anzeiger 12.8.86, Pressematerial des Kurdistan Komitees i.d. BRD, Hansaring 64, 5000 Köln 1, Tel. 0221/125264. – (jöd)

## Spanien

### Spanisch-französische Einkreisungsversuche gegen die ETA

Am 12. Juli hat die ETA mit einem Granatwerferangriff gegen das spanische Verteidigungsministerium mitten in Madrid ihre Operationsfähigkeit außerhalb des Baskenlandes demonstriert. Umgehend nahm die französische Regierung diesen Anschlag zum Anlaß, der spanischen Regierung ihre uneingeschränkte Unterstützung in der Verfolgung und Zerschlagung der ETA zu erklären.

Nach dem Wahlsieg der PSOE 1982 und mit Intensivierung der Vorbereitungen für einen EG-Beitritt Spaniens änderte die französische Regierung ihre Asylpolitik gegenüber



Chirac und Gonzales, eng verbunden, weitere Entfesselung droht. (Karikatur El Pais)

den spanischen Basken. 1984 wurden die ersten baskischen Asylbewerber aus Frankreich nach Afrika und Lateinamerika deportiert, bis Februar 1986 34. Im September 1984 folgten die ersten Auslieferungen an die spanische Regierung. Anfang August '86 deportierte die französische Regierung den Führer der ETA Txomin Ilturbe nach Gabun. Das Produkt der spanisch-französischen Zusammenarbeit in der Verfolgung der ETA sind aber auch die Todesschwadronen der GAL, die mit Duldung der spanischen und französischen Polizei operieren und bisher mindestens 22 ETA-Mitglieder ermordet haben.

Nach dem EG-Beitritt Spaniens wurde die spanisch-französische Zusammenarbeit "europäisiert". Am 5. August fand ein Ministertreffen im Anschluß an eine EG-Antiterrorkonferenz statt. In dem gemeinsamen Kommuniqué werden die gemeinsamen spanisch-französischen und gesamteuropäischen Sicherheitsinteressen gegen den Terrorismus proklamiert. Anschließend fanden in Spanien "Expertentreffen" zur Frage der Angleichung spanischer und französischer Antiterrorgesetze im Rahmen

der Schaffung eines "europäischen Rechtsraumes" (El Pais) statt.

Die Verfolgung der ETA begleitet die spanische Regierung derzeit mit täglich wechselnden halboffiziellen Verlautbarungen und gleichzeitigen Dementis über angebliche Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern und der ETA. Die ETA hat mehrfach ihre Verhandlungsgrundlagen und -bedingungen genannt: öffentliche Verhandlungen und Anerkennung der fünf Punkte der Alternative KAS durch die spanische Regierung: Amnestie, Zulassung aller Parteien, Rückzug aller spanischen Polizeikräfte, Verbesserung der Lebensbedingungen der baskischen Werktätigen, ein wirkliches Autonomiestatut. Der spanische Ministerpräsident erklärte am 12. August: "Es gab keine Verhandlungen, und es wird keine Verhandlungen geben". Seine Forderung: Unterwerfung.

Während die spanische und französische Regierung ihren Druck auf die ETA zu verstärken suchen, wurden im Baskenland die Aktionen zur Freilassung der Gefangenen, gegen Deportation und Auslieferung ausgeweitet. Im Juli fand ein einwöchiger Protestmarsch statt. Anfang August kam es in mehreren baskischen Städten zu Straßenschlachten wegen der Auslieferung von ETA-Mitgliedern durch die französische Regierung. Der Wahlerfolg von Herri Bartasuna und die Wahlniederlage der bürgerlich-nationalistischen PNV haben inzwischen zu einem Differenzierungsprozeß im baskischen bürgerlichen Lager geführt. Die von der PNV gestellte baskische Regierung hat inzwischen die Zentralregierung öffentlich zu tatsächlichen Verhandlungen mit der ETA aufgefordert und läßt mitteilen, daß es bereits Gespräche mit der ETA gäbe. Vertreter der baskischen Regierung protestierten gegen die Deportation Xomins.

Quellenhinweis: El Pais; NZZ, 8.8.86; Arbeiterkampf, 25.8.86 - (chc)

griff, das auch weiter verfolgt wurde, als 1974 die Rohstoffpreise zusammenbrachen. Man glaubte in den rohstoffproduzierenden Ländern noch, daß sich die Preise wieder erholen würden. Doch das trat nicht ein. Die Kupferpreise liegen heute um ca. 15% niedriger als 1974.

Für Zaire bedeutete das schnell wachsende Verschuldung. Der Schuldendienst erreicht 1986 60% des Staatshaushaltes und ist so hoch, daß er neue Verschuldung nach sich zieht. Weitere Milliardenkredite verwendet das Regime dazu, die Bergwerksanlagen zu erneuern und die Infrastruktur auszubauen, um den beschleunigten Abtransport der Rohstoffe in die imperialistischen Metropolen sicherzustellen. Die Lage verschärft sich durch die rasante Abwertung der zairischen Währung (Z). Seit 1983 verschlechterte sich der Wechselkurs gegenüber dem \$ von 6 auf über 56 Z.

Zahlen müssen die Arbeiter und Bauern. Mobutu, als "Musterschüler des IWF" bezeichnet, senkt die Löhne, drückt die Erzeugerpreise und steigert die Steuern. Die landwirtschaftliche Produktion ist vielerorts zusammengebrochen, die Bauern fliehen in die Städte und bevölkern die Slums. Über 30% der Erwerbspersonen sind ohne Arbeit und Einkommen. Die Arbeiterlöhne liegen unter denen von 1960 und decken nicht annähernd die Lebenshaltungskosten. Die Imperialisten sorgen sich um die Sicherheit ihres "Musterschülers". Die "Welt" berichtet am 16.6. von "Unruhen, Buschkriegen, Gewaltakten und Terror".

Aber die Unzufriedenheit ergreift auch die Basis des Mobutu-Regimes. Sie beginnt den Rückgang der Exporteinnahmen und die Explosion des Schuldendienstes, mit dem die Exporteinnahmen ins imperialistische Ausland zurückverschwinden, zu spüren. Die "International Herald Tribune" berichtete am 19.6., daß sich die Studenten eines Instituts, in dem die zukünftigen Funktionäre der Staatspartei herangezogen werden, gegen Mobutu gewandt und ihm Personenkult, Machtmißbrauch und undemokratische Wirtschaftsentscheidungen vorgeworfen haben.

Quellenhinweis: Banking Group, Zaire, 1986; African Business, Febr. und Mai 1986 - (scc)

## Atomvertrag BRD-Brasilien

### BRD-Kapital zur Durchsetzung entschlossen - Brasilien will Neuverhandlung

Im Juli 1986 demonstrierten über 5000 Menschen in Angra dos Reis im Bundesstaat Sao Paulo gegen den Bau von Atomkraftwerken und gegen das westdeutsch-brasilianische Atomabkommen. Die Demonstration wurde organisiert von Ökologen sowie von linken Organisationen. Der Gouverneur von Sao Paulo Montoro erklärte das für zwei andere Atomkraftwerke vorgesehene Gebiet zum Naturschutzpark. Umfragen von bürger-

lichen Zeitungen ergaben, daß heute 65% der brasilianischen Bevölkerung gegen das Atomenergieprogramm sind. Getragen wird die Kritik hauptsächlich von Teilen der nationalen Bourgeoisie und der neuen Mittelklasse, die auf das bislang ungenutzte, riesige Wasserkraftpotential verweisen und den "Ausverkauf" an die internationalen Konzerne und die immense Verschuldung kritisieren.

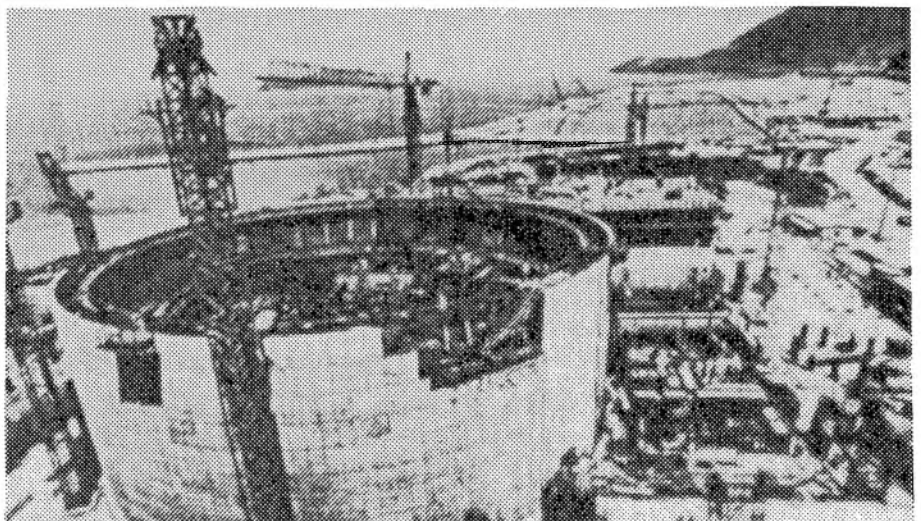
1985 beschloß das Parlament ein

## Zaire

### Wie lange kann sich Mobutu noch halten?

Zaire ist eines der reichsten Länder Afrikas - und völlig ruiniert. Ein Widerspruch?

In Zaire wird neben vielen anderen Rohstoffen v.a. Kupfer gefördert. Die Rohstoffe werden exportiert, hauptsächlich in die EG. Bis in die Mitte der 70er Jahre schien es, als könne Zaire auf der Grundlage seines Rohstoffreichtums die Industrialisierung vorantreiben. Die Weltmarktpreise für Rohstoffe stiegen, und die zairischen Bergwerke steigerten ihren Ausstoß. Das Regime Mobutu nahm ein ehrgeiziges Investitionsprogramm in An-



Baustelle der Atomkraftwerke Angra I und II auf dem "Faulen Felsen", wie die Eingeborenen die Gegend nannten. Das Fundament ruht auf 1600 Pfählen, jeweils 1,20 m Durchmesser und 42 m lang, zum Stückpreis von 50000 US-\$.



Vier Wochen lang wehrte sich die Belegschaft des französischen Reifenmonopols Michelin in Pieton, Belgien, gegen die Schließung des Werks und die Entlassung aller 1034 Lohnabhängigen. Bis zu 100 Lohnabhängige besetzten Tag und Nacht das Werk und verhinderten die Auslieferung von fertiggestellten Reifen. Belegschaften anderer Betriebe unterstützten die Aktion. Am 21. August stimmten die Kapitalisten zu, bis 1.12. die Löhne fortzuzahlen und bis 1.8.87 einen Zuschlag zum Arbeitslosengeld bis zum alten Nettolohn. Außerdem bekommen alle Entlassenen Prämien zwischen 3000 und 12000 DM. Ein kleiner Erfolg, auch wenn die Schließung nicht verhindert werden konnte. — (rül)

### **Südafrika: Konzentrierter Angriff gegen Mietboykott**

Mietboykotte in 31 Townships, die z.T. seit zwei Jahren durchgeführt werden, haben der Regierung bisher 250 Mio. Rand Einnahmeverluste gebracht. Um sie zu brechen, haben sich sog. Joint Management Centers gebildet, in denen kollaborierende Stadträte, Polizei, Militär und Vertreter der Industrie zusammenarbeiten. Erklärtes Ziel ist, die "Sicherheitssituation" in den Townships wiederherzustellen. Als Teil dieser Gegenstrategie haben die Stadträte von Soweto Vigilantengruppen gebildet, die "politisch Abtrünnige" niederschlagen sollen. Am 27.8. wurden Bewohner von Soweto, die seit kurzem die Miete boykottier-

ten, zwangsumgesiedelt. Vigilanten griffen Versammlungen an und töteten 20 Menschen. — (and)

### **Südafrikanischer Justizterror**

Ein südafrikanisches Gericht hat einen Azanier zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil dieser sich weigerte, gegen Angeklagte auszusagen. Er sollte in einem sog. Terroristenprozeß in Kapstadt nach dem Willen des Gerichts sieben Azanier zwischen 17 und 66 Jahren belasten, die des Umsturzversuches angeklagt sind. Ihnen wird vorgeworfen, Leute für die Azanische Volksbefreiungsarmee (APLA), die mit dem Pan Africanist Congress (PAC) verbunden ist, angeworben zu haben. Der Prozeß dauert an. — (scc)

### **Irland: Fitzgerald vor dem Sturz**

Die irische Koalitionsregierung aus Fine Gael und Labour-Partei steht unter heftigem Druck und wird wahrscheinlich bald ihre Mehrheit von nur einer Stimme verlieren. Die Labour-Partei hat bereits deutlich gemacht, daß sie nach einer Wahl die Koalition nicht erneuern würde. Die Lage der irischen Arbeiter hat sich vor allem durch die Haushaltsgesetze mit Steuererhöhungen und Kürzung der Sozialleistungen drastisch verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit beträgt 18%. Fine Gaels Basis auf dem Land wird mit den hohen Verlusten der Bauern zunehmend geschwächt. Außerdem ist die pro-britische Nordirlandpolitik von Premierminister Fitzgerald nicht



populär. Sie hat die versprochenen Erleichterungen für die irisch-katholische Bevölkerung nicht gebracht. Bei der anstehenden Nachwahl für einen Sitz wird ein Sieg der gleichfalls bürgerlichen Opposition unter Charles Haughey erwartet. — (hef)

Gesetz, nach dem ihm alle ergänzenden Änderungen, Akte und Verträge im Zusammenhang mit dem Nuklearabkommen vorzulegen sind. Präsident Sarney beauftragte eine Expertenkommission, die die gesamte Nuklearpolitik überprüfen sollte. Sie sprach sich schließlich für die grundsätzliche Beibehaltung, aber "Streckung" des Atomprogramms aus. Sarney erklärte Mitte August, daß von den acht geplanten Atomkraftwerken bis 1995 nur zwei fertiggestellt werden sollen. Die staatliche Nukleargesellschaft Nuklebras will die Bedingungen des Atomabkommens mit der BRD neuverhandeln. Bei seinem Besuch vom 17.-27.8. in Brasilien zeigte BRD-Forschungsminister Riesenhuber zwar Verhandlungsbereitschaft, erklärte jedoch unumwunden, daß die BRD eine grundsätzliche Änderung des Atomvertrages nicht hinnehmen werde.

Seit 1961 versuchte die BRD über die Europäische Atomgemeinschaft

(Euratom), Brasilien zu einem Atomabkommen zu bewegen. Der Militärputsch beschleunigte schließlich das Zustandekommen eines Abkommens im Jahre 1965. 1975 konnte die BRD den "Jahrhundert-Vertrag" mit Brasilien unter Dach und Fach bringen. Die Vertragsparteien hielten ausdrücklich fest, daß das von ihnen geschlossene Rahmenabkommen das Euratom-Brasilien-Abkommen von 1965 "ergänzt". Die BRD schnappte damit den USA den lukrativen brasilianischen Markt weg und erhielt Zugriff auf brasilianisches Uran. Das über 15 Jahre abgeschlossene Regierungsabkommen zwischen der BRD und Brasilien sah u.a. vor: die Lieferung von bis zu acht Leichtwasserreaktoren vom Typ "Biblis" mit einer Leistung von über 1300 Megawatt; die Suche, den Abbau und die kommerzielle Nutzung brasilianischen Urans, wobei Brasilien sich verpflichtete, 20% des Urans an die BRD zu liefern; die Lieferung einer Fabrik

zur Uranaufbereitung, einer Fabrik zur Herstellung von Brennelementen, einer Urananreicherungsanlage, die nach dem von der Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe entwickelten Trenndüsenverfahren laufen soll, einer Reaktorfabrik und einer Pilotanlage für die Wiederaufbereitung bestrahlter Brennelemente. Das finanzielle Volumen des Atomvertrages sollte sich auf 12 Mrd. DM belaufen.

Bundesforschungsminister Matthöfer schrieb im vierten Atomprogramm (1973-76): "Eines der größten Probleme in Europa im Vergleich zu den USA sind die primären nationalen Märkte." Der Markt war für die BRD-Atomwirtschaft zu eng. Die KWU brauchte, um profitabel zu produzieren, jährlich noch drei zusätzliche Aufträge.

Das Geschäft war auch für die brasilianischen Militärs und einen Teil der mit dem Imperialismus verbundenen brasilianischen Bourgeoisie von Interesse. Sie versprachen sich durch



### Griechenland: Streiks gegen Gebührenerhöhungen

Eine halbe Million Arbeiter und Angestellte protestierten am 20.8. in Athen und sieben weiteren Städten mit einem vierstündigen Streik gegen Miet- und Gebührenerhöhungen. Die Regierung hatte kürzlich einen Teil der Mieterschutzgesetze aufgehoben, was zu starken Mieterhöhungen in den Städten führte; außerdem hat sie die Gebühren für den öffentlichen Nahverkehr, Post sowie Elektrizität angehoben. Der griechische Gewerkschaftsbund hat weitere Protestaktionen angekündigt. — (uld)

### Bolivien: Ausnahmezustand nach Streiks ausgerufen

Am 28.8. hat der Präsident Extensoro den Ausnahmezustand ausgerufen und Gewerkschafter, darunter Führer des Gewerkschaftsverbandes COB, und linke Politiker festnehmen lassen. Polizeieinheiten besetzten die Universität San Andres und Gewerkschaftsgebäude. Die Regierung will damit den für den 29. August angekündigten 48-stündigen Generalstreik des COB sowie die Proteste und Streiks der Zinnminenarbeiter niederschlagen. Der COB fordert u.a. die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter und Lohnerhöhungen im Bergbau, den Verzicht auf die geplante Steuerreform und den Abzug der US-Truppen, die seit dem 14. Juli im Rahmen einer angeblichen "Anti-Drogen-Bekämpfung" in Bolivien eingesetzt werden. Seit über drei Wochen streiken die Zinnminenarbeiter; über 5000 von ihnen beteiligten sich an dem Protestmarsch für "Leben und Frieden". Ihre Proteste richteten sich gegen die Entlassung von über 10000 der insgesamt 24000 Arbeiter der staatlichen Minengesellschaft COMIBOL. Die Regierung hatte die

Massenentlassungen und die Privatisierung der profitabelsten Minen beschlossen, nachdem die Zinnpreise seit letzten Jahres um die Hälfte und dadurch die Deviseneinnahmen um ein Drittel gefallen waren. — (sie)

### Brasilien: EG überschwemmt Agrarmarkt mit Billigexporten

Zum zweitenmal in diesem Jahr liefert die EG 100000 t Rindfleisch aus Lagerbeständen nach Brasilien. Bereits im Juni hatte die EG 100000 t Rindfleisch exportiert. Brasilien muß in diesem Jahr die Importe von Grundnahrungsmitteln wie Reis, Bohnen,

Fleisch, Milch und Mais verflüsslichen. In Uruguay und auf der Konferenz der Lateinamerikanischen Freihandelsvereinigung (Alalc) stießen die EG-Fleischexporte auf große Empörung. Die Subventionspolitik der EG wurde scharf verurteilt, da sie den lateinamerikanischen Ländern großen Schaden zufügt. Uruguay, traditioneller Rindfleischexporteur für Brasilien, erzielte bislang ohnehin nur einen niedrigen Preis von rund 800 US-\$ pro Tonne Rindfleisch. Die EG verkaufte die Tonne Rindfleisch für 420 bzw. 470 US-\$, obwohl die EG-Produzenten 1845 US-\$ erhalten. — (sie)



Vietnam verstärkt seine Truppen in Kampuchea. Darauf hat die gegen die vietnamesische Besatzung kämpfende Regierung des Demokratischen Kampuchea in diesem Jahr mehrfach und jetzt auch ein thailändischer Militärsprecher hingewiesen. Im Juli habe Vietnam 2000 weitere Soldaten nahe der thailändischen Grenze stationiert. Ziel sei es, die Kämpfer des Demokratischen Kampuchea von ihrem Nachschub abzuschneiden. Berichtet wird auch von wachsenden Spannungen zwischen der Bevölkerung Kampucheas und Vietnam infolge der Ansiedlung von 2500 vietnamesischen Familien nahe Phnom Penh. Die Desertationen von Soldaten der mit Vietnam verbündeten Heng-Samrin-Truppen nähmen zu. Vertreter des Demokratischen Kampuchea hatten kürzlich von Meutereien von Heng-Samrin-Truppen in der Provinz Pursat berichtet. — (scc)

Beteiligungen von westdeutschen Firmen hohe Gewinne, die durch die geplanten Exporte von Uran und vollständigen Atomanlagen, insbesondere in Länder der Dritten Welt, noch steigen sollten.

Erste Auswirkungen des Vertrages traf die Mittelklasse, drei Atom-Forschungsinstitute und verschiedene Hochschulstudiengänge wurden geschlossen bzw. reduziert. "Der Atomvertrag war nur gut für die Deutschen", kritisierte Sylvio de Aguiar Pupo, Sprecher des Industrieverbandes der Hersteller von Reaktorteilen, bereits Ende der 70er Jahre. Teile der nationalen Bourgeoisie fühlten sich durch den Atomvertrag übervorteilt. Die BRD-Konzerne verdrängten sie durch Beteiligungen an und Kooperationen mit staatlichen Betrieben, machten sie durch Lizenzverträge abhängig, um sie anschließend als Konkurrenten ganz auszuschalten oder sie aufzukaufen. Der größten brasiliani-

schen Baufirma Odebrecht z.B. wurde ein Zusammengehen mit Hoch-Tief aufgezwungen; die Salzgitter AG kaufte die Kranfirma "Isomonte" auf usw. Die BRD-Konzerne konnten so gigantische Preise durchsetzen. Die Hoch-Tief berechnete z.B. für die von 18 Ingenieuren geleistete technische Assistenz über 50 Mio. DM. Die Kosten stiegen für das Gesamtprojekt auf über 30 Mrd. US-\$ zu Beginn der achtziger Jahre. Von den bis 1985 investierten 4,5 Mrd. US-\$ mußte Brasilien allein 1,3 Mrd. an Zinsen und Tilgungen zumeist an westdeutsche Banken zahlen.

1982 kritisierte die 34. Hauptversammlung der brasilianischen Gesellschaft für den Fortschritt der Wissenschaft, die über 3000 Professoren vertritt, das Atomprogramm. Der Kernphysiker Leite enthüllte die Existenz eines geheimen Forschungslabors mit ca. 1000 Wissenschaftlern und Technikern, das an der Herstellung einer

Atombombe arbeitet. Veröffentlichungen des staatlichen Elektrizitätsunternehmens Electrobras belegten außerdem, daß der Atomstrom dreimal so teuer sein wird, wie der aus Wasserkraft gewonnene.

Die Gewerkschaften hatten in den letzten Jahren mehrfach die Arbeitsbedingungen von zeitweise mehreren tausend Beschäftigten, die in Baracken zusammengepfercht waren, kaum medizinische Betreuung und sanitäre Einrichtungen hatten, angegriffen. Akademisch ausgebildete Fachkräfte staatlicher Unternehmen begannen nach den Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst abzuwandern.

Quellenhinweis: Kurt R. Mirow, Das Atomgeschäft mit Brasilien. Ein Milliardenfiasco, 1980; Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer, Parceiro Economico, 5/84; Der Spiegel vom 15.07.85; FAZ vom 18.08.86; NFA und Handelsblatt vom 20.08.86 — (sie)

## \* Veröffentlichungen \*

### **BDI will zweites Beschäftigungsförderungsgesetz**

Der BDI verlangt ein zweites Beschäftigungsförderungsgesetz. Zur Begründung seiner Forderung führt er eine Umfrage der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) bei 16 Unternehmen an. Danach haben die Kapitalisten etwa die Hälfte aller neu eingestellten Beschäftigten im vergangenen Jahr in befristete Arbeitsverträge gezwungen, in den befragten Betrieben arbeiten inzwischen 3,2 Prozent aller Beschäftigten in Zeitverträgen. Diese Erfolgsbilanz der Kapitalisten nimmt der BDI zum Anlaß, von der Regierung zu verlangen:

"Die Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen muß fortgesetzt werden. Die Bundesregierung bleibt in der Pflicht. Ansätze bieten insbesondere die kostenträchtige Lohnfortzahlung, der weitgehende Kündigungsschutz und die belastenden Sozialplanpflichten. Der BDI hat zudem wiederholt gefordert, die zulässige Befristung von Arbeitsverträgen auf drei Jahre weiter auszudehnen und die Arbeitnehmerüberlassung zu erweitern. Damit sind die Inhalte eines zweiten Beschäftigungsförderungsgesetzes vorgezeichnet."

Zusätzlich zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten fordern die Kapitalisten nun die "Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen", und das heißt die weitgehende Beseitigung von Kündigungsschutz und daraus entstehenden Kosten für die Kapitalisten. Die Arbeitskraft soll in jeder Hinsicht mobil werden. Die Ausweitung von befristeten Arbeitsverträgen und Leiharbeit sehen sie als ersten Schritt auf diesem Weg.

(Quelle: BDI Informationen + Meinungen Nr. 8/86 – uld)

### **Friedensliste zur Programmdiskussion**

Mit der Veröffentlichung von "Handreichungen für den Wahlkampf – Analysen, Dokumente, Materialien, Kritiken, Argumente" hat die Friedensliste eine Broschürenreihe begonnen, die sie in der Zeit des Wahlkampfes als laufende Reihe fortsetzen will. Erschienen sind bisher die Nr. 1 "Die Grünen" und Nr. 2 "Die SPD". Die Nr. 1 "Die Grünen" besteht fast ausschließlich aus einem Manuskript einer IMSF-Arbeitsgruppe, das die Autoren als "Kritische Übersicht zum Programmentwurf der Grünen 'Umbau der Industriegesellschaft. Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung (Entwurf)'" betitelt haben. Den beiden ersten Broschüren merkt man das Dilemma an, in dem sich die Friedensliste befindet. Sie hatte sich zu-

nächst darauf konzentriert, von den Grünen als Bündnispartner und auf offenen grünen Listen zur Bundestagswahl akzeptiert zu werden und sich jetzt dafür entschieden, für die Abgabe der Zweitstimme zugunsten von SPD und Grünen zu mobilisieren. Obwohl die Friedensliste betont, daß es darauf ankommt, "weitergehende Ge-genvorstellungen zur 'Wendepolitik'" zu entwickeln, womit sie zu verstehen gibt, daß die Interessen der Arbeiter-



Der Bundeskongreß der Friedensliste beschließt im Juni, keine eigenen Landeslisten aufzustellen.

und außerparlamentarischen Bewegung in den Programmen von SPD und Grünen nicht aufgehen, ist bisher nicht heraus, welche Interessen die Friedensliste unterstützen, worauf sie vor allem die Kritik richten will. So erliegt die "kritische Überprüfung" in vielen Punkten dem Interesse: Könnte die Friedensliste diese und jene Forderung/Alternativvorstellung der Grünen noch mittragen, ohne die eingangs der Broschüre Nr. 1 selbst formulierten Kriterien als Maßstab für die Stellung der Friedensliste dazu anzuwenden. Als solche Kriterien sind genannt: ob die grundlegenden Interessen der werktätigen Bevölkerung unterstützt werden, ob eindeutig Stellung genommen wird gegen die Absichten der Regierungskoalition oder ob die Grünen vor großkapitalistischen und Privilegieninteressen zurückweichen. In vielen Forderungen wird dem Entwurf der Grünen zu Unrecht bescheinigt, er sei offen für verschiedene Interpretationen und biete die Möglichkeit eines Bündnisses für Arbeiterinteressen. So z.B. zu den gesundheitspolitischen Vorstellungen der Grünen, wo die Kostendämpfung

im Programm steht. Interessant ist der Abschnitt "Theoretisch-analytische Ansätze und Grundargumentationen" der grünen Partei, in dem betont wird, daß nicht die Vorstellung einer ausbeutungsfreien Gesellschaft im Mittelpunkt des Entwurfs der Grünen steht, sondern der Ökologismus. Welchen Beitrag die Friedensliste aber leisten will, damit die Arbeiterinteressen nicht der Möglichkeit eines "Minimalkonsens" geopfert werden, bleibt offen. – (düb)

### **Mit der Nacht- und Schichtarbeit leben ?**

Die Broschüre "Nacht- und Schichtarbeit I" ist in der Schriftenreihe "Forschungsanwendung" der Bundesanstalt für Arbeitsschutz (Dortmund, Postfach 170202) erschienen. H. Hahn befaßt sich mit den gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen und dem Berufsverlauf von Nacht- und Schichtarbeit(ern). Leider ist das meiste Zahlenmaterial bereits von 1975. Ein gutes Drittel der damals ca. 3,5 Millionen Schichtarbeiter muß regelmäßig nachts arbeiten. Auffallend ist die hohe Zahl von 100000 nachts arbeitenden Frauen in Dienstleistungsberufen. Zwar löst die ständige Zunahme der Schichtarbeit (heute fast 5 Millionen) "Beunruhigung" bei damit "befaßten" Personen aus – auch ist der Aufsatz zu gesundheitlichen Auswirkungen eigentlich ein Plädoyer gegen solcherlei Arbeit ("Gewöhnungseffekt bedeutet keine Umkehrung des Biorhythmus" / "Nachtarbeit hat Verstärkerfunktion hinsichtlich der Auswirkungen anderer Belastungsarten") –, aber die Abschaffung der Schichtarbeit sei unrealistisch, da "für das Funktionieren unserer Wirtschaft und die Organisation sozialer Dienstleistungen unverzichtbar". Obwohl als Gründe für Schichtarbeit 50 % "wirtschaftliche", aber nur 10 % "technische" und 40 % "soziale" angegeben werden. Der Verfasser weiter: "Stattdessen sollte man auch in Zukunft davon ausgehen, daß es weiterhin Nacht- und Schichtarbeit geben wird." Und zwar mit steigender Tendenz. So erhalten die folgenden, zum Teil recht interessanten Ausführungen zu fehlenden Langzeit-, Vorsorge- und Folgeuntersuchungen (Selektion von "Geeigneten"), zum Abbau von Mehrfachbelastungen, zu längeren Arbeitspausen und Verkürzung der Arbeitszeit insbesondere nachts (bei Ablehnung von Dauernachtarbeit), zur stärkeren Berücksichtigung von Schichtarbeitern im Reproduktions- und Freizeitbereich, zur zeitlichen Begrenzung der Ausübung von Schichtarbeit (am wenigsten schädlich zwischen 25 und 50!?) trotz des ja schon obligatorischen "auf das notwendigste beschränken" einen bitteren Beigeschmack. Und werden für die Kapitalisten aus ökonomischen Gründen (Intensivierung, Verringerung von Folgekosten) interessant. – (mio)

## Teilzeitarbeit

### BDI & BDA wollen mehr Teilzeit, um die Flexibilisierung voranzutreiben

In der Beschreibung der Wirtschaftspolitik der Koalitionsregierung nach den Bundestagswahlen 1987 haben sowohl die FDP wie auch die CDU eine Offensive für Teilzeitarbeit angekündigt. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Union Wissmann erläuterte Ende Juni, um die Arbeitslosigkeit zu senken, sei auch eine Ausweitung der Teilzeitarbeit notwendig; und der Generalsekretär der FDP Haussmann kündigte an, um die Frauenarbeitslosigkeit zu senken, sei eine Ausweitung der Teilzeitarbeit unumgänglich und die Regierung werde im öffentlichen Dienst Maßnahmen ergreifen, die Teilzeitarbeit auszuweiten.

Die Regierungsfractionen reagieren damit auf Anforderungen, die BDA und BDI stellen, seit die Kapitalisten die Arbeitszeiten flexibilisieren wollen. 1983 legte die BDA "Strategien zum Abbau der Arbeitslosigkeit" vor, von denen eine die Ausweitung von Teilzeitarbeit sein sollte. 1984 stieß der Verband mit der Broschüre "Mehr Beschäftigung durch flexible Teilzeitarbeit" nach, und auch in den jüngst vorgelegten Anforderungen von BDA und BDI an die Politik der Bundesregierung nach den Wahlen verlangen beide Verbände eine Ausweitung von Teilzeitarbeit. Der BDI hat in seinen zehn Thesen "Wirtschaftspolitik in der Pflicht" festgehalten: "Arbeitszeit elastischer regeln ... Mehr Teilzeitarbeit und flexible Schichtenpläne". Die Kapitalisten sehen in einer Ausweitung der Teilzeitarbeit eine weitere Möglichkeit, kollektive Arbeitszeitregelungen zu beseitigen und flexible, an ihre Produktionsbedürfnisse angepaßte Arbeitszeiten durchzusetzen.

#### Sechziger Jahre: Erste Ausweitung von Teilzeit

In den fünfziger Jahren waren nahezu konstant etwa 6% der Beschäftigten, fast vollständig Frauen, teilzeitbeschäftigt, d.h. ihre Wochenarbeitszeit war niedriger als 36 Stunden. Mit Beginn der sechziger Jahre findet eine kontinuierliche Zunahme von Teilzeitarbeit statt. Die niedrigen Löhne zwingen immer mehr Arbeiterfrauen in die Lohnarbeit, die Frauenarbeit nimmt zu. Die Kapitalisten reagieren auf einen dennoch nahezu leergefegten Arbeitsmarkt mit Teilzeitarbeitsangeboten. Sie wollen den "grauen Arbeitsmarkt" erschließen, d.h. die Ausbeutung von Frauen, die Kinder und Familie zu versorgen haben, ausweiten.

Kapitalisten, insbesondere in der Nahrungsmittel- und Textilindustrie, führen sogenannte "Hausfrauen-

schichten" ein, das sind Schichten, die entweder morgens oder abends in einer Dauer von vier bis fünf Stunden täglich stattfinden. Der größte Teil der teilzeitbeschäftigten Frauen arbeitete 1968 im Einzelhandel. Die Industriebetriebe stellen vor allem in den Kantinen und im Verwaltungsbereich Teilzeitbeschäftigte ein. Die Bundespost richtet Teilzeitschichten am frühen Morgen in den Postsortierstellen ein. Die Teilzeitarbeit wird schlecht entlohnt, monotone und schwere Arbeit, wie einfachste Band- oder Packarbeiten, Schreibmaschinenschreiben etc., herrscht vor. Die Arbeit wird nicht nur entsprechend der Teilzeit niedriger, sondern zusätzlich schlechter entlohnt. Ein Einzelhandelskapitalist gibt in einer Umfrage 1966 an, der Grund für die niedrigere Entlohnung sei die "geringere Verantwortung", die die Frauen zu tragen hätten, stellt aber auch fest, daß ihre Arbeitsleistung höher sei als die der Vollzeitbeschäftigten. Die BDA spricht in ihrem Jahresbericht 1965 von "Hausfrauen, die aus persönlichen oder familiären Gründen nicht ganztägig arbeiten können" und deshalb Teilzeitarbeit wünschen, ohnehin nur als "Dazuverdiener" fungierend. Die Kapitalisten treten so auf, als würden sie den Frauen mit Teilzeitarbeit einen Gefallen erweisen, damit die Doppelbelastung von Haushalt, Familie und Arbeit für die Frauen erträglich würde und obendrein die Anschaffung von Waschmaschine und ähnlichen notwendigen Gegenständen der Haushaltsführung ermöglicht. Tatsächlich erreichen sie mit der Auswei-

tung der Teilzeitarbeit zum einen, daß den Frauen weiterhin die Haus- und Erziehungsarbeit aufgehalst werden kann, und zum anderen, daß gesellschaftliche Einrichtungen wie Ganztagskindergärten, Ganztagschulen etc. vermieden werden.

Die Kapitalisten können mit dem Teilzeitangebot die Löhne drücken und die Arbeit intensivieren. Die Teilzeitarbeit erweist sich insbesondere im Einzelhandel als Möglichkeit, flexible Arbeitszeiten durchzusetzen. Hier gibt es bereits in den sechziger Jahren Arbeitsverträge, die Arbeitszeiten von 14 bis 18 Uhr, also in den Stoßzeiten, festlegen oder Arbeit nur am Wochenende, Freitags und Samstags, vorsehen. Bis Mitte der siebziger Jahre können die Kapitalisten die Teilzeitarbeit stetig ausweiten, sie beträgt etwa zwölf Prozent, etwa ein Drittel aller lohnabhängigen Frauen arbeiten Teilzeit. Seither findet keine deutliche Zunahme von Teilzeitarbeitsverhältnissen mehr statt.

#### Ab Mitte der siebziger: "variable Teilzeitarbeit"

1976 veröffentlicht die BDA einen Arbeitsbericht über Frauenarbeit. Dort hält er fest:

"Besondere Überlegungen verlangt die Gruppe der verheirateten berufstätigen Frauen, die mit rd. 6 Millionen heute den größten Anteil (62 vH) an den weiblichen Erwerbstätigen hat. Für sie können vor allem günstige Arbeitszeitregelungen, z.B. variable Arbeitszeit, eine wesentliche Erleichterung der Doppelbelastung bringen."

Gemeint sind damit sowohl Gleitzeitregelung wie auch Teilzeitarbeit, verbunden mit Gleitzeit. Im Einzelhandel werden die ersten kapazitätsorientierten, variablen Arbeitszeitmodelle erprobt. Schnell stellt sich heraus, daß die "günstige" Arbeitszeitregelung vor allem den Kapitali-



Imbissketten: Flexible Teilzeitarbeit ist üblich.



sten nutzt, die die Frauen rufen, wenn viel zu tun ist, und heimschicken, wenn der Laden leer ist. Einer Gewerkschaftsuntersuchung zufolge versuchen die Kapitalisten zunehmend, Teilzeitarbeiterinnen in Überstunden zu zwingen. Die Betriebe umgehen dabei die Betriebsräte, weil die Arbeitszeit von 40 Stunden nicht überschritten wird, und sparen in den meisten Fällen die tariflichen Überstundenzuschläge, die ebenfalls erst bei Mehrarbeit über 40 Stunden gezahlt werden müssen.

1982: Teilzeit, aber flexibel!

1982 berichtet die BDA in ihrem Jahresbericht dann:

"Der Ausschuß befaßte sich im Berichtsjahr (1981, d. Verf.) eingehend mit den Möglichkeiten und Grenzen flexibler Arbeitszeitregelungen. Dabei wurde vor allem auch die Frage der weiteren Ausdehnung der Teilzeitarbeit, auch in der Form des Job-sharing, diskutiert... Auf Arbeitnehmerseite wächst der Wunsch nach mehr Freizügigkeit in der Arbeitsgestaltung. Hinzu kommt, daß mehr Menschen als früher kürzer als sonst üblich arbeiten möchten. Dazu gehören vor allem Frauen, die Beruf und Familie mit Hilfe von Teilzeitarbeit besser in Übereinstimmung bringen möchten. Auf Arbeitgeberseite spielt dabei der betriebswirtschaftliche Aspekt eine Rolle. Steigende Arbeitsplatzkosten fordern eine stärkere Kapazitätsauslastung der Betriebe, die durch Ausdehnung der Betriebszeiten mit Hilfe von Teilzeitarbeit erreicht werden kann... Viele Versuche der Betriebe scheiterten bisher daran, daß teilzeitarbeitsuchende Frauen in ihrem Arbeitsangebot starr sind und z.B. für eine Nachmittagsarbeit nicht zur Verfügung stehen."

Die Berücksichtigung der angeblichen "Frauenwünsche" ist für die Kapitalisten nur insoweit interessant, als sie ihr eigenes Interesse befriedigen können, die Betriebszeiten ihrer Maschinerie auszudehnen. Daß die Anforderungen von Haushalt, Kindererziehung und achtstündigem intensiven Arbeitstag plus womöglich verlangter Überstunden kaum zu schaffen sind, ist für manche Frauen ein Grund, Teilzeitarbeit zu wünschen. Daß angesichts der Überfüllung des Arbeitsmarktes die Kapitalisten selbst bei Verlangen nach – auch unbezahltem – Urlaub für Behördengänge, Arztbesuche etc. mitunter mit der Entlassung winken, ist eine Erfahrung der lohnabhängigen Frauen. Daraus entwickeln die BDA die Behauptung, der "Wunsch nach mehr Freizügigkeit in der Arbeitsgestaltung" mache sich breit. Und gegenüber der gewerkschaftlichen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung erklären sie einfach: Schon möglich, aber dann doch bitte Teilzeit. Und diese Teilzeit dann flexibel.

## Teilzeitarbeit: Von den abhängig Erwerbstätigen normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit zwischen 1 und 36 Stunden (Teilzeitquoten in Prozent)

	1960	1965	1970	1975	1980	1981	1982
Frauen	8,6	16,4	24,4	29,5	28,5	29,7	29,8
Männer	1,5	1,5	1,5	1,9	1,3	1,4	1,3
Insgesamt	3,7	6,6	9,4	12,1	11,4	12,0	12,1

### Teilzeitbeschäftigte in 1.000

	1960	1965	1970	1975	1980	1981	1982
Frauen	601	1.202	1.829	2.371	2.513	2.648	2.673
Männer	199	210	213	261	192	204	190
Insgesamt	800	1.412	2.042	2.632	2.705	2.858	2.863



Gewerkschaftliche Kämpfe gegen die Ausweitung von Teilzeitarbeit. Freiburg, 1. Mai 1982

Morgens, über Mittag oder in den späten Nachmittagsstunden.

1983 führen die BDA – im Rahmen ihrer Flexibilisierungskampagne – die Debatte weiter mit der Feststellung:

"Dabei ist unter flexibler Arbeitszeit nicht nur die bekannte Form der Halbtagsarbeit zu verstehen. Es gibt neue oder weiterentwickelte Formen einer individuell verkürzten und flexibel gestalteten Arbeitszeit mit anteiligem Entgelt, z.B. in Form der Halbwochen- oder Halbmonatsarbeit, des Job-sharing, aber auch der Festlegung einer individuell bestimmten Soll-Arbeitszeit für einen längeren Zeitraum mit der Möglichkeit einer Anpassung an die betrieblichen oder persönlichen Erfordernisse."

Die teilzeitarbeitenden Frauen sollen als Vorreiter in der Durchsetzung allseits flexibler Arbeitszeiten eingesetzt werden. Unter dem Vorwand "persönlicher", individuell angepaßter Arbeitszeit wollen die Kapitalisten die Möglichkeit haben, bei Arbeitspitzen oder unausgelasteten Betriebskapazitäten die Arbeitskraft zu

rufen oder wegzuschicken. Jede kollektive Regelung der Arbeitszeit wird damit unterlaufen. Für die Kapitalisten ist ein wesentlicher Gesichtspunkt der Einführung solcher Arbeitsverhältnisse, daß sie dabei durch kein Gesetz oder Tarif gebunden sind. Weder die geltende noch die geplante Arbeitszeitordnung verbietet die von der BDA beschriebenen Arbeitszumutungen. Die DGB-Gewerkschaften haben bisher kaum Tarifverträge über Teilzeitarbeit abgeschlossen, weil sie befürchteten, den Kapitalisten damit die Möglichkeit zur Einführung und Ausweitung von Teilzeitarbeit zu erleichtern.

Quellenhinweis: Bundesverband der Arbeitgeberverbände, Jahresberichte 1965, 1977, 1982, 1983, 1984, 1985; Bernd Hof, Thomas Vajna, Arbeitszeitpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Deutscher Instituts-Verlag, 1983; Andreas Hoff, Betriebliche Arbeitszeitpolitik zwischen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung – (uld)

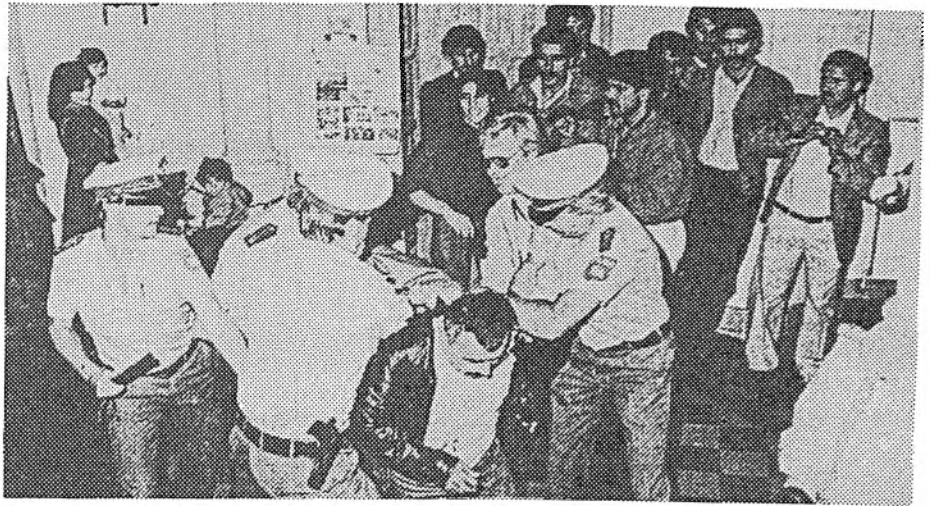


## Kurdistanveranstaltung: Verständigung möglich

**Hannover.** Die seit längerem betriebene Kampagne gegen die PKK bzw. die kurdischen Arbeitervereine mißachtet völlig den Kampf des kurdischen Volkes im türkisch besetzten Teil Kurdistans und trägt dazu bei, einem möglichen Verbot der Organisationen – die Angriffe des BRD-Staates deuten auf diese Absicht hin – zu arbeiten. Unter dem Titel "Koloniale Unterdrückung und nationaler Befreiungskampf" fand am 22.08. eine Veranstaltung, in der u.a. über geschichtliche Hintergründe, aktuelle Entwicklungen, die türkische Linke, die Kurdenfrage und den Kemalismus berichtet wurde, statt. Die Teilnehmerzahl von 120 zeigt das große Interesse an Informationen über Kurdistan und die derzeitigen Auseinandersetzungen. Eine Klärung zur Politik der PKK auf der bisherigen Ebene von Anschuldigungen und Halbwahrheiten hat nicht nur den Kurden geschadet. Die Veranstaltung ist als Beginn einer politischen Klärung zu werten, die eine notwendige Zusammenarbeit gegen die Angriffe des türkischen Regimes als auch die staatlichen Angriffe hier – trotz bestehender Widersprüche – möglich macht. – (edb)

## Blockade gegen Ausländersammellager

**Kiel.** Vom 19.8. an protestierten Bewohner des 200-Einwohner-Dorfes Möchneversdorf in Ostholstein für eine Woche mit einer Sitzblockade gegen den Umbau eines ehemaligen Gutshofes zu einer Sammelunterkunft für 60 Asylbewerber. Ihre Klage dagegen vor Gericht scheiterte am 29.8. Die Argumente sind unterschiedlich: Man habe nichts gegen einige Ausländer, wohl aber gegen die massenhafte Unterbringung; im Vordergrund steht die Verhinderung einer "Überfremdung" durch Ausländer. Die Ausländerpolitik der Reaktion wird nicht angegriffen. Faschisten boten Flugblätter und Waffen an, stießen aber auf Ablehnung. Verantwortlich für eine Aktion wie diese ist die Politik von Bundes- und Landesregierung: Zügellose Hetze gegen Asylbewerber seit Monaten, Internierung von Asylbewerbern in Sammellagern und Unterbringung gerade auf dem Lande in kleinsten Ortschaften fernab von gesellschaftlichen Aktivitäten. Auffällig ist die Reaktion auf die Aktion: Eine Woche lang Sitzblockade ohne das geringste Einschreiten von Polizei, ausführliche Berichterstattung in der Presse, der Landrat signalisiert Einlenken, die Sozialministerin äußert Verständnis; sie wollen Asylbewerber künftig in mobilen Unterkünften auf leerstehenden Industriegeländen einsperren – etwa gestützt auf den "Volkswillen" der o.g. Aktion? – (brb)



**Köln.** In zahlreichen Städten der BRD protestierten Sympathisanten der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK gegen die Bombardierung Kurdistans durch die türkische Luftwaffe und gegen die Unterstützung der Türkei durch die BRD. In Oldenburg (Bild) nahm die Polizei 27 Demonstranten fest, die eine Protestaktion im Rathaus durchführten. – (uld)

## Aktionen gegen "Patenschaft zum Marineschiff "Odenwald"

**Lützelbach.** Der Kapitän und mehrere Besatzungsmitglieder des Marine-Versorgungsschiffes "Odenwald" nahmen an einer Sondersitzung des Kreistags des Odenwald-Landkreises teil. Grund: Es gab was zu feiern – die seit 20 Jahren bestehende "Patenschaft" des Kreises zu dem Kriegsschiff und die seitdem bestehenden "jahrelangen engen Beziehungen der Seeleute zum hessischen Odenwald". Mehrere Initiativen aus dem Kreisgebiet hatten dagegen protestiert. Das "Odenwälder Friedensforum" "begleitete" die Abgeordneten zu diesem Festakt mit Protesten. Gefordert wurde: "Schluß mit jeglicher Unterstützung des Militärs von Odenwälder Kreis- oder Kommunalbehörden" sowie die sofortige Auflösung der Marine-Patenschaft. Der Kreis sei genügend belastet mit militärischen Einrichtungen, Manövern, Transporten und Tieffliegern. Und zudem könne sich "jedermann bessere Werbeträger für den Odenwald vorstellen als ausgerechnet ein Kriegsschiff". – (bef)

## Anzeige gegen BGS und Zimmermann

**Hannover.** Am 20.8. haben die niedersächsischen Grünen beim Landgericht Braunschweig Strafanzeige gegen Innenminister Zimmermann und den Leiter des Grenzschutzamts Braunschweig gestellt. Sie richtet sich gegen die Abschiebepraktiken des BGS – "vorbeugende Vereitelung von Asylanträgen" – in Helmstedt. Neben dem Ignorieren von Asylanträgen soll der BGS rechtswidrig "telefonische Blitzentscheide" über Asylanträge im Bundesinnenministerium eingeholt haben (vgl. PB 16/86).

Schon am 27.8. gab die Staatsanwaltschaft die Einstellung der Ermittlungen bekannt. Auch wenn einge-

räumt wird, daß bei dem großen Andrang Mißverständnisse möglich seien, fehle der Vorsatz zur Freiheitsberaubung. Auch sonstiges strafbares Handeln sei "weder zu erkennen noch nachzuweisen". Die Grünen haben dagegen Beschwerde eingelegt (1 1/2-tägige schlampige Ermittlungsarbeit). – (ard)

## Verhindert das Faschisten- treffen in Schleswig

Im folgenden geben wir Ausschnitte aus einem Flugblatt wieder, das zu Aktionen gegen ein Faschistentreffen in Schleswig aufruft. Dieses wurde unterzeichnet von folgenden Schleswiger Gruppen: Autonome, BWK, Die Grünen, FAU/IAA und Volksfront.

"Vom 5.-8. September wollen sich in Schleswig Faschisten treffen. Der 'Nordische Ring' (veranstaltet) zusammen mit der 'Gesellschaft für biologische Anthropologie' und der 'Northern League' im Hotel 'Waldschlößchen' in Schleswig unter dem Titel 'Vorgeschichtstagung' ein größeres Treffen. Dort sollen von 'Fachleuten' Referate gehalten werden. Es handelt sich bei einigen der Referenten um Vertreter des sogenannten 'Biofaschismus'. Dieser versucht, indem er alles als 'durch die Natur des Menschen bedingt' darstellt, rassistische Ideologie wissenschaftlich zu tarnen. Die Überlegenheit bestimmter Rassen soll vorgespiegelt, eine rassistische Ideologie mit deutscher Tradition vermittelt werden. Als Referent tritt (weiter der bekannte Faschist) Jürgen Rieger auf. Unter den Referenten ist außerdem Dieter Vollmer aus Schleswig. Dieser war u.v.a. nach dem Krieg an der Zeitung 'Der Weg/El Sendero' beteiligt. Dieses ausgesprochen nazistische Organ wurde in Buenos Aires veröffentlicht und in die BRD eingeführt."

Es ist gegen das Treffen eine Demonstration geplant. – (uga)

## Weitere Anläufe, Reaktionärstes salonfähig zu machen

**Braunschweig.** Eine "Unabhängige Wählergemeinschaft Braunschweig (UWG)" des ehemaligen Oberstadtdirektors von Braunschweig, Weber, will zu den Kommunalwahlen kandidieren, da sie fürchtet, daß CDU und FDP bei den Wahlen eine "bürgerliche Mehrheit" aus eigenen Kräften nicht zustande bringen. (BZ 16.8.86) Ein politisches Programm o.ä. hat sie nicht vorgelegt. Klar ist nur, daß die "kommunistisch orientierten 'Grünen'" bekämpft werden müssen. Ihre "Unabhängigkeit" sei daran ablesbar, daß die Initiative "von überparteilichen Verbänden (hier könnte die reaktionär-faschistische "Konservative Aktion" gemeint sein, deren Kuratoriumsmitglied Weber ist, d.V.) ausgegangen sei. Direkt genannt werden die als CSU-nahe geltende Ludwig-Frank-Stiftung

als Oberstadtdirektor am 17. Juni 1977 "bundesweit" die Soziale Demokratische Union (SDU), deren Vorsitzender er wurde. Daß er als Oberstadtdirektor in erster Linie im erlauchten Kreis der besseren Gesellschaft verkehren durfte, erkaufte er sich durch eine geradezu aufopferungsvolle Freizügigkeit gegenüber den Wünschen dieser gesellschaftlichen Schmarotzer. In dem Programm der SDU vertritt er reaktionär-faschistische Positionen: "Die SDU vertritt den Standpunkt, daß Unternehmerqualitäten und Risikobereitschaft entscheidend dazu beitragen ... ein Höchstmaß an sozialen Erwartungen der Gesellschaft zu erfüllen ... Wir halten es für klüger, frühzeitig auf einen Teil unseres immer fragwürdiger werdenden sozialen Besitzstandes

einem 'freiheitlichen Europa' ... Deshalb wendet sich die SDU gegen die Gefahren einer Ausbreitung der Volksfront ... sie fordert die Wiederherstellung eines verschärften Strafvollzugs. Die SDU hält es für Schizophrenie, wenn man unseren Ärzten einerseits die Tötung unschuldigen Lebens im Mutterleib zumutet und sie andererseits zwingt, Schwerstverbrecher gegen deren Willen durch künstliche Ernährung am Leben zu erhalten."

Weber war somit 1977 einer der wenigen, der so offen für Elite, "naturbedingte Pflichten", Staatsterror, Arbeitsdienst, Lohnsenkung usw. eintrat. Die SDU ging zwar ein, aber neue reaktionär-faschistische Organisationen wie die "Konservative Aktion" wurden gegründet, die offen für das Großdeutsche Reich, wie es die 1. Strophe des Deutschlandliedes propagiert, eintreten. (Beistehendes Bild zeigt die von der KA 1983 herausgebrachte "Deutschland, Deutschland über alles"-Schallplatte).

Nach ersten Kontakten gaben sich die staatstragenden Parteien erstmal kühl, aber man hat sich als Gesprächspartner anerkannt. Die Grünen fanden es besonders pfiffig, den Weber und Co. vorzuwerfen, sie wüßten wohl nur aus CDU-Kreisen, was die Grünen wollen, und luden sie zur Information ein. Mit naivem Getue werden diese Reaktionäre wohl nicht zu isolieren sein. — (jeb, hah).

## Das Lied der Deutschen

Deutschland, Deutschland über alles,  
Über alles in der Welt.  
Wenn es stets zu Schutz und Trutze  
Brüderlich zusammenhält,  
Von der Maas bis an die Memel,  
Von der Elbe bis an den Belt -  
Deutschland, Deutschland über alles,  
Über alles in der Welt!

Deutsche Frauen, deutsche Treue,  
Deutscher Wein und deutscher Sang  
Sollten in der Welt behalten  
Ihren alten schönen Klang,  
Uns zu edler Tat begeistern  
Unser ganzes Leben lang -  
Deutsche Frauen, deutsche Treue,  
Deutscher Wein und deutscher Sang!

Endlich: Die Deutsche Nationalhymne  
als Schallplatte

**Konservative Aktion**

(deren Vorsitzender Weber ist), die Paneuropaunion (Otto v. Habsburg, Großdeutschland in Großeuropa) ganz allgemein Landsmannschaften.

Versuche, revanchistische, faschistische und konservative Kräfte zu sammeln, auch bei Wahlen, sind überall zu beobachten. Bei den Landtagswahlen kandidierten z.B. die faschistischen "Patrioten". Jetzt kandidiert in Hannover erstmals die offen faschistische FAP (Kühnen).

Was da für eine erlauchte Gesellschaft als UWG in Braunschweig zur Wahl gestellt werden soll, kann man an einem ihrer "renommiertesten Persönlichkeiten", dem Ex-Oberstadtdirektor Weber ablesen. Nachdem er Mitte der 60er Jahre zum Oberstadtdirektor mit SPD-Mitgliedschaft gewählt wurde, trat er Mitte der 70er Jahre wieder aus und gründete noch

zu verzichten, als bei steigender Arbeitslosigkeit darauf zu pochen ... Die SDU ist für materielle und ideelle Gleichbewertung der Geschlechter im Rahmen der naturbedingten Gegebenheiten und Pflichten ... Dagegen ist eine Hochschulbildung ... für die Zukunft nur noch insofern von Bedeutung, als hochbegabte Absolventen vornehmlich in Wissenschaft und Forschung benötigt und für die sinnvolle Betätigung der Computer gebraucht werden ... Die SDU ist gegen die Züchtung eines intellektuellen Proletariats mit unerfüllbaren Ansprüchen, das nur herumschwadroniert und und sozialistischen Haßparolen als Resonanzboden dient ... In diesem Zusammenhang halten wir ein erzieherisch angelegtes Dienstleistungsjahr für alle Jugendlichen ohne Lehrstelle für sinnvoll ... Die SDU bekennt sich zu

### Duisburger Verhaftungen

#### Konstrukt "Illegale Militante der RAF" in Anwendung

**Duisburg.** Gegen B., N. und T. aus Duisburg wird ermittelt u.a. wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) und wegen des Anschlags auf die BGS-Kaserne in Heimersheim. Aus einer "lokalen" Aktion der Duisburger Polizei (Hausdurchsuchungen wegen Brandanschlägen auf Büros von RWE und Stadtwerken) wurde innerhalb weniger Tage die Festnahme von "mutmaßlichen RAF-Mitgliedern".

Der Verlauf: Aus einem bei N. und B. gefundenen Wecker, von dem die Polizei behauptet, er sei Teil einer Zündvorrichtung, erfolgte Haftbefehl wegen Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens — ohne daß irgendein Hinweis auf eine geplante Tat vorlag. Auf erneute Durchsuchungen durch LKA und BKA erfolgte die Verhaftung von T. Begründung: Angeblicher Fund der Kopie einer Erklärung zum Anschlag auf die BGS-Kaserne. Der Ermittlungsrichter weigerte sich, wegen der Beweislage Haftbefehl auszustellen. Am selben Tag wurde T. nach Karlsruhe geflogen, wo der BGH Haftbefehl erließ. Am 20.8. erließ der BGH

gegen N. und B. Haftbefehl u.a. wegen § 129a StGB. Plötzlich war auch hier die Rede vom Bekenner schreiben, welches zur "Zeit der Durchsuchung noch nirgendwo veröffentlicht" gewesen sei. Allein bei N. und B. sind ca. 18 kg Zeitungen und Papiere beschlagnahmt worden. Die Verhafteten haben alle erklärt, den Bekennerbrief, der auch in keinem Beschlagnahmeprotokoll auftaucht, nicht zu kennen. Fest steht, daß das BKA das Schreiben in dieser Fassung vorher hatte.

Die Bundesanwaltschaft bezeichnete die drei als "illegale Militante der RAF", eine Konstruktion, die auch NRW-Innenminister Schnoor (SPD) als neue "Ebene der RAF" (neben: "Illegale, inhaftierte RAF-Mitglieder, sogenannte 'Legale'") verbreitet. Anzumerken ist, daß T. Zivildienstleistender war und B. und N. lohnabhängig beschäftigt waren. Die drei sitzen im Isolations-Trakt in Köln-Ossendorf und in Bochum. Allen ist ein 25-Punkte-Haftstatut zugestellt worden, das Isolationshaft verordnet.

Die Landeskongferenz der Anti-AKW-Initiativen NRW fordert die sofortige Freilassung. Sie hob hervor, daß die Verhafteten wesentlich zur Entwicklung des Widerstandes gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar beigetragen haben und daß die Verhaftungen im Zusammenhang mit den momentanen Bestrebungen zu sehen sind, jede Form von entschlossenem Widerstand zu zerschlagen. — (scm)

## Hausbesetzungen

### Große Koalition will freie Bahn für Spekulanten

**Freiburg.** Am 19.8. wurde innerhalb kurzer Zeit mit der Erbprinzenstraße 20 ein zweites der letzten vier in Freiburg noch besetzten Häuser gewaltsam geräumt. Die Geschichte des Hauses, seit der Räumung des Schwarzwaldhofs im März 1981 besetzt, ist kennzeichnend für die Versuche der Reaktion, die Bewegung gegen Spekulation und Mietwucher zu vernichten.

Seit 1979 stand das Haus in der Innenstadt leer. Ein Abrißantrag des Besitzers scheiterte an Denkmalschutzauflagen. Der zweite Anlauf zur Realisierung der Spekulationspläne (Umbau zu Kleinappartements) konnte wegen der Stellplatzverordnung (12 hätten nachgewiesen werden müssen) nicht realisiert werden. 1983: Verkauf an eine konkurserfahrene Baufirma, die die Stellplätze durch Fällen eines alten Baums schaffen will. Die Baumschutzverordnung läßt dies nicht zu. Im Verlauf des Jahres 1986 beginnt die CDU unter Federführung des Regierungspräsidenten Nothhelfer eine Hetzkampagne gegen "Chaoten". Immer wieder werden die besetzten

Häuser als ihre "logistischen Zentren" genannt. Im Juli diktiert er der Stadtverwaltung einen "Maßnahmenkatalog", der insbesondere die sofortige Räumung vorsieht. Zaghafte Proteste der SPD-geführten Verwaltung gegen "dirigistische Staatseingriffe". Böhme, der OB, erklärt, auch er wolle keine rechtsfreien Räume und gibt den Spekulanten den Hinweis: Räumung durch die Stadt, sobald alle rechtlichen Voraussetzungen für den Umbau vorliegen. Diese sind in wenigen Wochen geschaffen: Die Ausweisung des Bauvorhabens als "Studentenwohnheim" reduziert die Zahl der nachzuweisenden Stellplätze: Baufreigabe!

Knapp tausend demonstrierten gegen die Polizeiräumung, gegen Spekulation und Mietwucher. Eine Veranstaltung, getragen von einer Aktionsgemeinschaft, die neben Gruppen aus dem alternativen und autonomen Spektrum Grüne, Jusos, DKP und BWK umfaßt, analysiert die Hintergründe der Räumung und das Konzept von Landesregierung und Stadtverwaltung zur weiteren Stadtentwicklung. Über 200 nehmen im überfüllten Saal teil.

Die CDU fordert jetzt auch sofortige Räumung der beiden noch besetzten Häuser. Zynischer Vorschlag: Asylbewerber statt Besetzer. Die Stadt kündigt an, sie wolle eines der besetzten Objekte für 1,75 Mio vom derzeitigen Besitzer kaufen, der es vor der Besetzung 1984 für 1,3 Mio gekauft hatte, um dann allen Mietern zu kündigen und danach das Haus systematisch zwecks Abrißgenehmigung zu demolieren. Vorwurf Böhmers an die Besetzer: sie hätten sich zu Handlungen der Spekulanten gemacht, weil sie durch ihre Sanierung auf eigene Faust den Kaufpreis in die Höhe getrieben hätten.

Die CDU kündigt für den 4.9. die Eröffnung ihres Bundestagswahlkampfes an: Thema "Ist Freiburg eine Chaotenhochburg". Referenten: der Präsident des Landgerichts, der leitende Oberstaatsanwalt und der Chef der Abteilung Sicherheit beim Polizeipräsidenten. Zu Gegenaktionen wurde aufgerufen. — (kuh)

## Kommunalwahlrecht

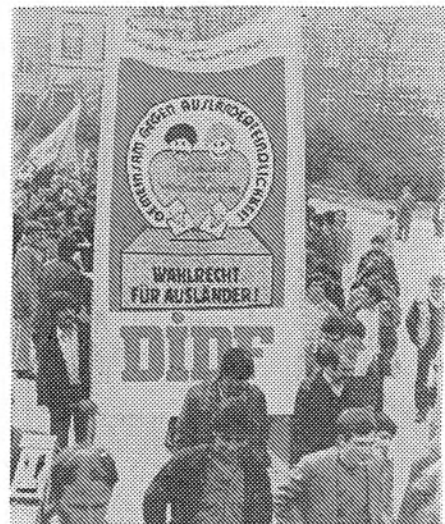
### Gesetzentwurf der Grünen im Hessischen Landtag

**Wiesbaden.** In erster Lesung wurde am 19. August im Hessischen Landtag ein Gesetzentwurf der Grünen zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer behandelt. Der Entwurf fand keine Unterstützung.

Im Juni hatte im Gewerkschaftshaus eine Veranstaltung von DGB, AWO, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen, Caritas u.a. stattgefunden. Die Veranstalter hatten einen Appell an die Landesre-

gierung verabschiedet, in dem sie diese auffordern, "... umgehend die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für die ausländischen Mitbürger zu schaffen. Bei den nächsten Kommunalwahlen in Hessen müssen die Ausländer endlich mitwählen dürfen."

Bereits die erste Lesung machte deutlich, daß keine der bürgerlichen Parteien für irgendeine Art der gleichen Rechte für Ausländer ist. Holger Börner und die Regierungs-SPD ziehen sich darauf zurück, daß eine Verfassungsänderung nötig sei, führen



Ausländer kämpfen für Wahlrecht.

die Einbürgerung ins Feld und bieten ansonsten Ausländerbeiräte an. Für Einbürgerung spricht die CDU auch. Wenn die Ausländer sich nicht dazu entschließen könnten, Staatsbürger zu werden, wären ihre Probleme auch nicht durch kommunales Wahlrecht zu lösen, so Landtagsabgeordneter Hartmut Nassauer. Man muß schon den zu tiefst dringlichen Wunsch und auch das Geld haben, Deutscher zu werden. Die FDP möchte sich ganz still verhalten in der Ausländerfrage — zumindest auf Landesebene — um nicht "emotionale Abwehrgefühle" gegenüber Ausländern zu entwickeln und ausländerfeindlichen Parolen Nahrung zu geben. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Gerade die rechtlose Stellung der Ausländer provoziert die Faschisten dazu, sie als Untermenschen zu kennzeichnen, und Kapitalisten und ihren Anhang dazu, die Ausländer als solche zu behandeln.

Aber auch die GRÜNEN gehen die Sache defensiv an. Man merkt, daß sie sich weniger von den Betroffenen selbst als von karitativen und kirchlichen Organisationen getrieben fühlen. So bezeichnen sie das kommunale Wahlrecht als "ein Integrationsangebot", sprechen davon, daß man einen Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung "wagen" müsse, als ob auch sie im Grunde ihres Herzens um den Bestand der Grundordnung fürchten. — (udi)



## SPD überschlägt sich nach rechts, Deutsche Bank kandidiert auf CDU-Liste

Trotz massiver Proteste innerhalb und außerhalb der SPD, u.a. demonstrieren in Hamburg 40 000, hatte Hamburgs Erster Bürgermeister v. Dohnanyi Mitte Juni durchgesetzt, daß der rücktittswillige Innensenator Lange auf seinem Posten blieb. Mit "auch Politiker können Fehler machen" bügelte er SPD-Kritiker des "Hamburger Kessels" flach. Am 24.06.1986 wurde dann ein Mißtrauensantrag der GAL gegen Lange mit den Stimmen der anwesenden SPD-Abgeordneten bei Stimmenthaltung der CDU abgewiesen. Das wahrscheinliche, leicht ferkelige Motiv von v. Dohnanyi: Law-and-order-Wähler der CDU sollten zur SPD hinübergezogen werden.

Rund sechs Wochen später dann

machen ist; manche CDU-Bundesländer sind in dieser Hinsicht "liberaler".

Die SPD-Rechte setzt nun alles daran, der CDU den Wind aus den Segeln zu nehmen. Neuer Innensenator wurde der alte: Major a.D. Pawelczyk, der bis 1982 amtierte und für die militante Ausrichtung der Hamburger Polizei steht. Das Justizressort übernahm Umweltsenator Curilla. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Verfügung, alle Rechtsanwälte bei Terminen im Untersuchungsgefängnis flughafenmäßig zu durchsuchen. Als Vorwand diente der Verdacht gegen die Anwältin Pinznern, diesen mit Rauschgift und evtl. auch mit der Pistole beliefert zu haben. Proteste aus

daß der SPD-Senat sich dem widersetzen wollte.

Seinen Wahlkampfrener jedoch ließ der CDU-Bürgermeisterkandidat Perschau am 15.08.1986 aus dem Sack. Er präsentierte das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank van Hooven als CDU-Wirtschaftssenator für den Fall eines Wahlsieges. Warum kandidiert so einer, der sich einen wie Perschau gemeinhin kaum als Schuhputzer engagieren würde?

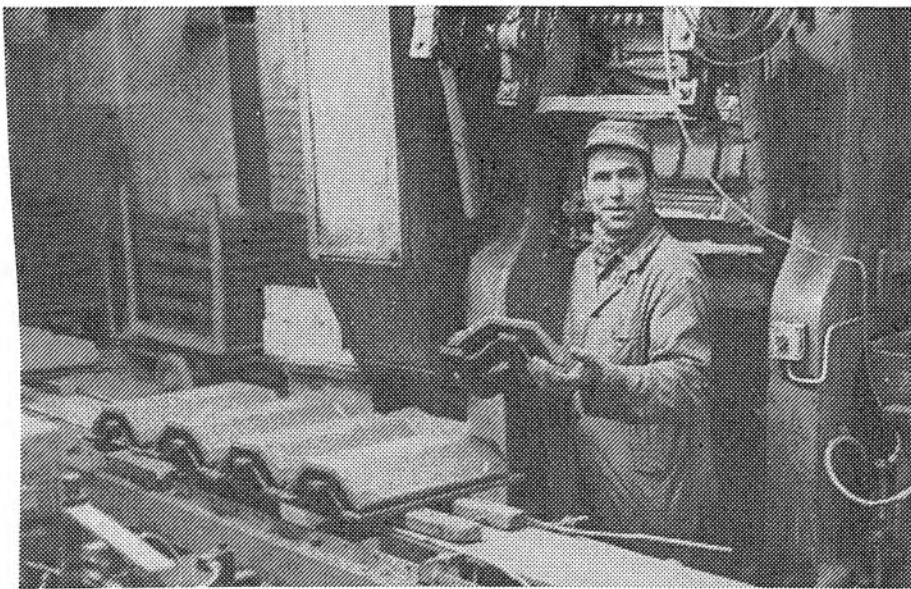
Die Deutsche Bank will der CDU Hamburg den "Leisler-Kiep-Effekt" beschieren, sie soll erneut stärkste Partei in Hamburg werden. So oder so sollen der SPD genug Stimmen abgejagt werden, um sie durch eine CDU/FDP-Koalition aus der Regierung zu verdrängen oder sie in eine große oder kleine, jedenfalls faktische Koalition mit den Bürgerlichen zu zwingen. Die CDU rechnet sich für ihre Taktik gute Chancen aus, zumal klar ist, daß sich v. Dohnanyi auf keinen Fall in Verhandlungen mit der GAL begeben wird; einem wie van Hooven verweigert sich v. Dohnanyi nicht.

Gleich nach Bekanntgabe von v. Hoovens Kandidatur hat der Erste Bürgermeister dann auch eine Ergebnissadresse Richtung Finanzkapital abgeschickt. Er hoffe, daß "aus der Doppelfunktion eines wichtigen Großbankenvertreters und des Bewerbers um ein politisches Amt in Hamburg kein Schaden für die wechselseitigen Beziehungen zwischen Hamburg und der Deutschen Bank in Frankfurt entsteht". Ich leg mich nicht mit Euch an, bitte seid auch nett zu mir – devote Haltung wird in der Regel mit einem Tritt in den Arsch vergolten.

Was er denn anderes wolle als der Standort-Politiker von Dohnanyi? Nichts, nur was der wolle, könne er, van Hooven, durchsetzen. "Ich kenne sie alle und sie kennen mich. Da sind keine Vertrauensdefizite abzubauen." Die politische Opposition in Hamburg kann sich auf einen sozialchauvinistischen Wirtschaftswahlkampf seitens der CDU einstellen. Nur van Hooven könne dafür sorgen, daß Unternehmen nicht nach Süddeutschland abwandern, könne bewerkstelligen, daß süddeutsche Unternehmen nach Hamburg kommen. Nur die CDU sei der Garant für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Der "Schulterschuß zwischen Politik und Wirtschaft", den nur ein van Hooven "wieder herstellen" könne, ist Bedingung für ein "Hoch im Norden".

Die Kampagne des Finanzkapitals zielt auf einen Klima-Wechsel in der Hamburger Politik. Gelten dem Senat Arbeiterinteressen auch nichts, so können sie doch thematisiert werden, wird den Gewerkschaften zumindest Gehör geschenkt. Die Kandidatur von Hoovens zielt darauf, Arbeiterinteressen aus der öffentlichen Diskussion überhaupt wegzuradiieren.

Quellenhinweis: Hamburger Tagespresse vom Juni und August. —(wal)



In seinem Buch "Hamburg – Mein Standort" übernimmt v. Dohnanyi Parolen der Rassen: "Wir sind keine Einwandererstadt, wir sind kein Einwandererland."

brachte der "Fall Pinzner" das Aus für den angeschlagenen Lange. Zu wenig law and order sei verantwortlich dafür gewesen, daß der "St.-Pauli-Killer" im Sicherheitstrakt des Polizeipräsidiums an eine Waffe gekommen ist, mit der er den Staatsanwalt, seine Frau und sich selbst umbrachte. Lange mußte gehen und mit ihm die Justizsenatorin Leithäuser, die mit der ganzen Angelegenheit bestenfalls am Rande zu tun hatte: Pinzner wurde in Untersuchungshaft mit Rauschgift versorgt. Frau Leithäuser wurde der veröffentlichten Meinung, die in Hamburg hochprozentig aus Springer-Erzeugnissen besteht, geopfert, die seit Jahren gegen sie ein Kesseltreiben wegen des angeblich zu liberalen Strafvollzuges organisierte. Dabei scherte nicht, daß die "Liberalität", was nicht zurückkehrende Freigänger etc. angeht, statistisch nicht auszu-

der Anwaltschaft führten zu der Groteske, daß auch Richter und Staatsanwälte sich der Durchleuchtung zu stellen hatten. Curilla kündigte zudem an, den Instanzenweg zu strafen, die Freigängerregelung zu überprüfen und den Vollzug in den Knästen stärker zu differenzieren. Pawelczyk verfügte die Neueinstellung von knapp 300 Polizisten, immerhin auf dem Hintergrund von 5 000 Stelleneinsparungen im Öffentlichen Dienst in dieser Legislaturperiode. Der Sicherheit der Bürger wegen soll ab sofort in jedem S- und U-Bahn-Zug nach 22 Uhr ein Polizist mitfahren. Mit O.-W. Müller hievte er den CDU-Wunschkandidaten in die Polizeiführung. Die CDU, von einer Flaute weit entfernt, kartet nach und fordert weit drastischere Maßnahmen unter dem Schlagwort "Hamburg ist Hochburg der Kriminalität". Nichts sieht zur Zeit danach aus,



## Erpressung mit Entlassungsdrohungen

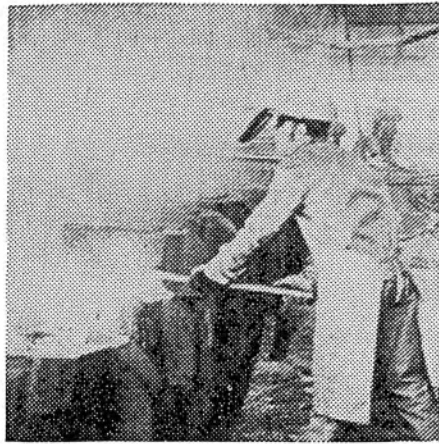
**Duisburg.** Am 13.5.1986 veröffentlichte der Vorstand der Mannesmann Röhrenwerke AG ein Konzept zur "Strukturbereinigung". Rund 6500 der 25000 Beschäftigten sollen "abgebaut" und 500 Mio. DM jährlich "eingespart" werden – durch schärfere Auspressung der verbleibenden Beschäftigten. Anfang August, kurz vor dem Auslaufen der Stahllohnstarife, legte der Mannesmann-Vorstand noch einmal zu: Er kündigte dem Gesamtbetriebsrat an, daß er bis zu 3000 Beschäftigte durch Entlassungen "abbauen" will.

Der Mannesmann-Vorstand setzt dieses Druckmittel gezielt zur Erpressung ein. Wenn 4000 Beschäftigte mit Geldern der Bundesanstalt für Arbeit frühpensioniert werden können, will er "nur" 1000 entlassen. Dies hängt von einem Urteil des Sozialgerichts zu den 1982 geänderten §§ 105 und 128 AFG ab, in denen Unternehmen verpflichtet werden, bei Frühverrentungen das Arbeitslosengeld ein Jahr lang und Rentenanteile zu ersetzen. Mannesmann will durch die Plünderung der Arbeitslosenversicherung runde 165 Mio. DM kassieren.

Gleichzeitig will der Mannesmann-Vorstand mehrere Betriebsvereinbarungen drastisch verschlechtern: Ein neuer Sozialplan sieht die Kürzung der Lohnfortzahlung von 95% des letzten Nettolohns auf 85% vor, bei netto 1800 DM monatlich also 180 DM weniger; bei Umsetzungen soll statt bisher 37 Monate nur noch 20 Monate ein Anspruch auf den alten Lohn bestehen; bei "freiwilligen" Aufhebungsverträgen sollen die Beschäftigten mit fünf Monatslöhnen weniger verabschiedet werden; schließlich soll die Berechnungsgrundlage für Werksrenten und Jubiläumsgelder gekürzt werden.

Im letzten Geschäftsjahr wies der Gesamtkonzern 180 Mio. DM Jahresüberschuß aus (1984: 128 Mio. DM), die Stahlproduktion stieg von 3,2 Mio. t 1984 auf 3,7 Mio. t 1985. Ein Drittel des Konzernumsatzes wird heute mit im Ausland angelegtem Kapital erzielt. Erst im letzten Jahr nahm Mannesmann im Werk Izmit/Türkei weitere Anlagen für die Produktion vor allem von Erdölrohren für den Markt in Nah-Ost in Betrieb.

Die Kapazitäten sollen bei den jetzigen Rationalisierungsmaßnahmen gleichbleiben, im Hauptwerk Huckingen bei 3,5 Mio. t. Wie schon bei der "Rückkehr"-Aktion für mehrere tausend türkische Arbeiter vor zwei Jahren geht es vor allem um die Verringerung der Stammebelegschaft. Die Tatsache, daß die Hochöfen, Konverter und Stranggußanlagen im Werk Duisburg-Huckingen nach hohen Investiti-



Viele Ausländer leisten Schwerstarbeit in der Stahlproduktion.

onen inzwischen rasch und flexibel von kontinuierlicher Produktion auf Normalbetrieb umgestellt werden können, nutzt Mannesmann schon jetzt durch ausgedehnte Anwendung von Leiharbeit.

Dennoch ist der Mannesmann-Betriebsrat offensichtlich bereit, weitgehende Zugeständnisse zu machen, wenn nur Massenentlassungen vermieden werden. Dies läßt Schlimmes befürchten. Nicht zuletzt würde auch ein Lohnabschluß, der erneut schlechter als bei Metall ausfällt, die Durchsetzung der Rationalisierungsmaßnahmen erleichtern.

Quellenhinweis: Geschäftsbericht 1985 der Mannesmann AG; "Revier" Juni 1986; "Roter Morgen" 17/86; "WAZ" v. 12.8.1986 – (wof)

## 15. o. Gewerkschaftstag der IGM

### Wenig Fortschritte in der Lohnfrage

Dem 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom 19. bis 25. Oktober 1986 liegen 674 Anträge aus den Verwaltungsstellen und 27 Entscheidungen aus den Vorstandsausschüssen zur Beratung und Beschlußfassung vor. Über die Hälfte der 78 tarifpolitischen Anträge geht zum Thema Arbeitszeitverkürzung bzw. 35-Std-Woche. Mit dem Thema Lohn/Entgelt befassen sich direkt nur 16 Anträge. Drei Anträge sprechen sich für Vorruhestandstarifverträge aus, zum Glück nur eine Verwaltungsstelle fordert die Ausschöpfung des vierten Vermögensbildungsgesetzes.

Neun Anträge zur Lohn-/Entgeltfrage gehen in Richtung neue Entgelttarifverträge, gemeinsame Eingruppierung von Arbeitern und Angestellten bzw. Eingruppierung, die von der Qualifikation der Beschäftigten ausgehen soll. Dahinter stehen Vorstellungen, die Absicherung der Löhne und Gehälter bzw. auch die mittel- und längerfristige Überwindung der Niedrigeinkommen über das Krite-

rium der Qualifikation bzw. Verbesserung derselben (Umschulung/Fortbildung) erreichen zu können.

Sieben Anträge beharren dagegen darauf, den Kampf gegen die unteren Lohngruppen weiter wie bisher über entsprechende Forderungen (Fest-, Sockel-, Mindestbeträge) zu führen. Die Bewegung hierfür ist immerhin so stark, daß der Vortand sich genötigt sah, diese Art Forderungen ausdrücklich in seinen tarifpolitischen Entschließungsantrag (E 12) aufzunehmen. Noch auf dem letzten Gewerkschaftstag war hierzu ein Initiativantrag nötig.

Insgesamt ist jedoch kaum ein Fortschritt dahingehend festzustellen, daß der Kampf um die Verteidigung des Lohns als grundlegend und existenziell zu betrachten ist. Auch das Problem der ungesicherten Arbeitsverhältnisse wird fast nicht gesehen, zumindest kaum in Anträge gefaßt. Auch nicht, was den Druck von da aus auf den gesamten Lohnstandard betrifft. Angesichts der Tatsache, daß sich unterhalb der "unteren Lohngruppen" bereits eine breite und ständig wachsende Schicht von elenden und schlechtest bezahlten "Jobbern", "Teilzeitlern(innen)" etc. herausbildet, ist es bedauerlich, daß sich nur zwei Anträge z.B. für die tarifvertragliche Absicherung von Beschäftigten in derartigen ungeschützten Flexi-Arbeitsverhältnissen, speziell bei Teilzeit, Zeitverträgen und Teleheimarbeit aussprechen. In zwei Anträgen wird sogar ausdrücklich entgegengesetzt argumentiert, man solle z.B. die Teilzeit nicht tarifvertraglich regeln, sondern stattdessen hier in Richtung zusätzlicher Arbeitszeitverkürzung gehen. Dahinter steckt, diese Erscheinungen möglichst ja nicht tarifvertraglich anzugehen, um sie nicht "salontätig" zu machen. Hier deuten sich auch künftig unterschiedliche Auffassungen an, man kann nur hoffen, daß sich die Debatte hierüber auch entfaltet. – (has)



## Fichtel&Sachs: Flexible Arbeitsorganisation und Arbeitszeiten "Noch schneller, präziser, weniger personalintensiv"

**Schweinfurt.** Unter obigem Motto hat der Schweinfurter KFZ-Zulieferer F&S in den letzten Jahren enorme Investitionen in moderne flexible Produktionsverfahren wie vollautomatische Montagebänder, CNC-Maschinen usw. vorgenommen. Zu den verfolgten Zielen Originalton F&S: "Heute verlassen 45000 Stoßdämpfer die Bänder in Schweinfurt. Die Spezialausführungen an Dämpfern sind inzwischen Legion geworden. Allein in Schweinfurt werden 1400 verschiedene Typen gebaut. Auch die neuentwickelte Telegabel für BMW-Motorräder gehört dazu... Da behält nur die Nase vorn, der ständig an seinen Produkten arbeitet und Fertigungsabläufe rationalisiert. Ein gutes Beispiel dafür ist unser neues vollautomatisches Stoßdämpfer-Montageband im Werk Süd. Es gehört zur modernsten Fertigungstechnologie." "Ziel aller Maßnahmen ist es, die Produktions-Flexibilität im Kupplungs-Bereich noch weiter zu erhöhen. Das erlaubt u.a. unseren Kunden, Bestellungen noch innerhalb kürzester Fristen zu ändern. Der Innovationsschub hat dazu geführt, daß wir künftig sämtliche Umrüstzeiten in der Kupplungsfertigung auf weniger als eine halbe Stunde begrenzen können." (Zitate nach "Sachs-Extra"). Die "Kunden", das sind in erster Linie die großen Automobilkonzerne.

Ihr Ziel z.B. ist die "Just-in-time" Anbindung der Zulieferer direkt an ihre Produktion, kurzfristige Teilezulieferung innerhalb eines Tages. Wie F&S dieser Forderung nachkommt, und welche Auswirkungen das auf die Belegschaft hat, haben wir im Kasten am Beispiel von Lager und Versand im Werk Süd von F&S dargestellt.

Direkt in der Produktion hat F&S in den letzten zwei Jahren in großem Umfang von zwei Schichten auf drei Schichten umgestellt. Nacharbeit wurde für viele Maschinenarbeiter und Einrichter zur Normalität. Etliche Maßnahmen flexibler Arbeitszeiten wurden in Einsatz gebracht: Sonntagsarbeit, Schichtwechsel unter der Woche, Rangieren mit Betriebsurlaub, Urlaubssperre, neuerdings bei nachlassender Produktion in den Sommermonaten das "Angebot" unbezahlten Urlaubs. Auch Freischichten, die durch Betriebsvereinbarung nach dem Tarifvertrag zur 38,5-Stunden-Woche eingeführt wurden, werden zur Produktionssteuerung genutzt. Die Flexibilisierung des Arbeitsrechts wird ausgenutzt. Erstmals will F&S jetzt Teilzeitarbeiterinnen für je vier Stunden in der Montage von Elektronikteilen in Einsatz bringen. 1986 wurde in der Produktion nur noch mit auf ein

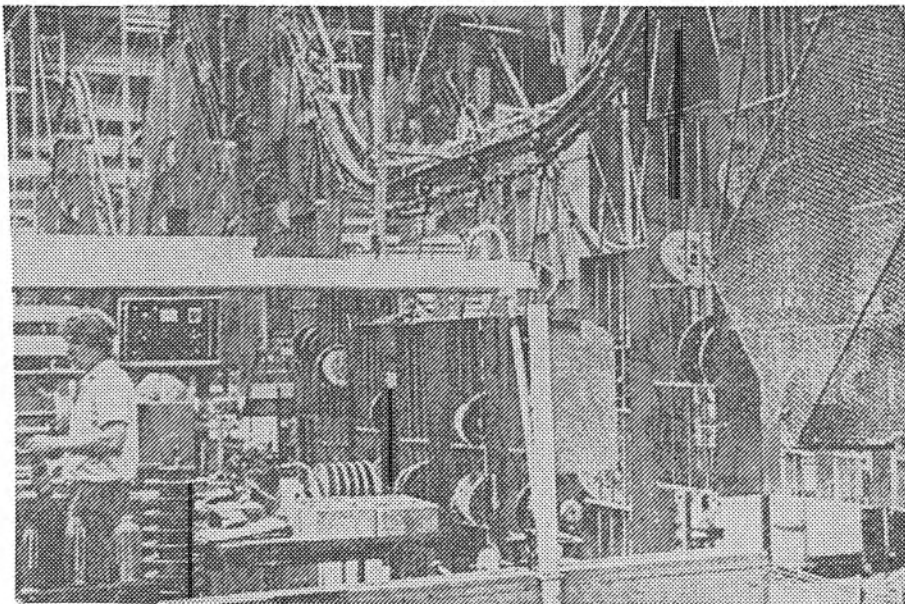
halbes Jahr befristeten Verträgen eingestellt, prompt werden 43 Befristete nach dem halben Jahr jetzt wieder rausgeworfen.

Insbesondere auffällig ist, wie die der Produktion vor- und nachgelagerten Abteilungen mit flexiblen Arbeitszeiten und flexibler Arbeitsorganisation förmlich überrollt werden.

### Funksystem und Vorgabezeiten

Im Maschinenbau im Werk Süd arbeiten ca. 35 Schlosser, die zuständig

reinen Schlossertätigkeiten an den Maschinen zu beschäftigen. Zusätzlich wurden Auftragszettel eingeführt, die in codierter Form detailliert Arbeitsart, Schadensort, Schadensursache, Schadensbild, Reparaturzeiten, Ausfallzeit der Anlage und Personalnummer des Schlossers erfassen. EDV-mäßig über längere Zeit ausgewertet, muß das zu inoffiziellen Vorgabezeiten für die Schlosser führen. Vor ca. zwei Monaten wurde mit einem flexiblen Reparatursystem begonnen. Sämtliche Maschinen wurden



Montagebänder in der KFZ-Teile-Produktion bei F&S

sind für die Instandhaltung der Maschinen im Kupplungs- und Stoßdämpferbau. Um den möglichst pausenlosen Einsatz insbesondere der neuen, großen Stoßdämpferbänder, der CNC-Maschinen usw. zu sichern, um Leerlauf auszuschalten und die Arbeitsintensität zu steigern, wurden erhebliche arbeitsorganisatorische Änderungen vorgenommen. Vor ca. einem Jahr kamen erstmals zwei Meister in den Maschinenbau, die die Koordination, Arbeitsteilung und Überwachung vornehmen, was vorher von Kolonnenführern gemacht wurde. Zusätzlich wurden drei Arbeitsvorbereiter, ausgestattet mit einem neuen EDV-System, ins Büro gesetzt. Sie sind zuständig für Ersatzteilbeschaffung, technische Klärungen, Tätigkeiten, die vorher von den Schlossern selbst erledigt wurden. Den Schlossern wurden dadurch nicht nur wichtige Arbeitsinhalte und eine gewisse Souveränität ihrer Arbeit abgenommen, es steckt natürlich die Absicht dahinter, sie möglichst pausenlos mit

in drei Prioritätsstufen eingeteilt. Maschinen der Priorität 1 (Bänder, automatische Anlagen) müssen sofort repariert werden. Um die Schlosser (und anderes Instandsetzungspersonal, z.B. Elektriker) entsprechend rasch an die jeweilige Maschine zu dirigieren und Ersatzteile zu beschaffen, wurde vor einem halben Jahr eigens ein Funksystem eingeführt, mit dem z.B. vom Büro aus die Kolonnenführer über Empfänger erreicht werden können.

### Open End im Maschinenbau

Früher arbeiteten die Schlosser nur in Normalschicht. Als vor zwei Jahren die modernen, vollautomatischen Stoßdämpferbänder zum Einsatz kamen, wurde für fünf Leute wöchentlich abwechselnd die Arbeit auf Abruf (Rufbereitschaft) eingeführt. Sie müssen außerhalb des Betriebs und ihrer normalen Arbeitszeit in der Nacht, auch am Samstag und Sonntag jederzeit erreichbar sein und zu wichtigen Reparaturen ins Werk fahren (Funksystem). Beahlt werden die Ar-

beitsstunden und 2000 DM brutto/Jahr für die Rufbereitschaft. Rufbereitschaft ist alle vier bis fünf Wochen, und in jeder Woche werden die Kollegen zwei- bis dreimal aus dem Bett geholt.

Wegen der großen Anfälligkeit der Bänder wurden 1/2 Jahr danach für jede Woche zwei Schlosser auf Spätschicht eingeteilt, als die 3. Schicht in der Produktion an den Bändern eingeführt wurde zusätzlich ein Schlosser auf 3. Schicht. Auf der Spätschicht ist insbesondere wegen der Prioritäten-einteilung das Arbeitspensum unheimlich hoch. Da kommt es schon vor, daß die Schlosser acht Stunden unter der Maschine liegen und Pausen durchgearbeitet werden. Falls am Ende der Spätschicht um 23.30 Uhr Reparaturen an wichtigen Maschinen nicht beendet sind und der von zuhause abgerufene Schlosser nicht allein zurechtkommt, besteht die Verpflichtung weiterzuarbeiten. Open End, das schon einmal bis zwei oder drei Uhr oder auch fünf Uhr dauern kann. Daneben gibt es immer wieder Versuche

gegenüber einzelnen, die Arbeitszeit zu flexibilisieren, z.B. einen der morgens kommt, nach Hause zu schicken und abends wieder ins Werk zu holen, oder einen zur Samstagsarbeit zu verpflichten und montags abfeiern zu lassen.

Seit 14 Tagen sind nun bereits drei Schlosser auf Spätschicht und zwei Schlosser auf dritte Schicht eingeteilt worden. Abzusehen ist, daß in ein paar Jahren regelmäßige Schichtarbeit im Maschinenbau eingeführt werden soll.

Neu ist auch ein Arbeitsvorbereiter, der Probleme des Arbeitsablaufs und der Koordination zwischen den verschiedenen Instandsetzungsabteilungen analysiert. Nach größeren Reparaturen, an denen viele Elektriker und Schlosser beteiligt waren, wurden die Facharbeiter von ihm schon einzeln über das Geschehen "verhört". Das verdeutlicht die Absicht der brutalen Arbeitsintensivierung.

Insbesondere gegen die zu diesem Zweck betriebene Umwälzung der Arbeitsorganisation wehren sich die Schlosser hartnäckig und störend, auf-

bauend auf ihren konkreten Kenntnissen. Die Arbeitsmoral ist denkbar schlecht, mancher denkt heute bedeutend mehr als früher an die Erhaltung seiner Arbeitskraft als an die Firma. Überlegungen und Versuche, individuell aus der Abteilung oder der Firma rauszukommen, sind verbreitet.

Zwar ist die Bereitschaft für "Arbeit auf Abruf" gering, aber die Ausdehnung der Schicht- und Nachtarbeit ist F&S bisher leicht durchgegangen. Die schleichende Einführung und der harte Fakt, daß direkt in der Produktion Spätschicht schon immer besteht und Nachtschicht zunehmend eingeführt wurde, macht es den Schlossern äußerst schwierig.

Insbesondere ist bisher aus dem Betriebsrat und der IGM kaum Widerstand z.B. gegen die Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit wirksam geworden. "Durchgesetzt" wurde lediglich, daß für jede Arbeitsstunde auf dritter Schicht 1.- DM zusätzlich bezahlt wird, was mehr auf eine billige Freigabe der Nachtruhe für die F&S-Expansionsziele rausläuft. - (cls, pes)

### Schicht- und Springersystem in Lager/Versand

Früher wurde in der Abteilung Lager/Versand nur Normalschicht gearbeitet, in der Regel mit Überstunden für Verlager und Staplerfahrer. Hier werden sämtliche Stoßdämpfer und Kupplungen ausgeliefert. Die Ladungen gehen in erster Linie an die inländischen und ausländischen Werke der großen Automobilkonzerne und zwar in der Reihenfolge Daimler-Benz, VW, BMW, Ford, Opel, Audi.

1984 wollte F&S vollständig auf zwei Schichten umstellen. Die Gegenwehr der Arbeiter zwang F&S zu einer schwächeren Besetzung der Spätschicht, mit alle drei bis fünf Wochen Nachtschicht für die Arbeiter.

In den letzten zwei Jahren hat sich das Verladevolumen etwa verdoppelt. Hinzu kommt, daß früher Eilaufträge nur einen geringen Teil der Auftragsposten ausmachten, heute hat ein Drittel der Ladung den Vermerk "Muß sofort raus", d.h. Verladung noch am selben Tag. In Spitzenzeiten kommen die Staplerfahrer kaum mehr von ihren Fahrzeugen herunter. Das Verladen wurde deshalb bis auf den späten Abend (Schichtende 23 Uhr) ausgedehnt. Die neuen Telegabeln für BMW-Motorräder (Werk Berlin) z.B. werden jetzt fast täglich auf der Spätschicht verladen, was auch mal bis 2 Uhr oder 3 Uhr dauern kann, weil die Telegabeln meist direkt aus der Produktion angeliefert werden.

Auch im Gefolge dieser "Eilauf-

träge" wurde z.B. 3. Schicht für die Transportabteilung (Produktion/Versand) und für die Endkontrolle (Versand) eingeführt. Zur Abtragung von Auftragsspitzen werden Außenlager direkt in den Speditionen genutzt, bzw. werden neue Lagerhallen bei den Speditionen erstellt, in denen F&S-Arbeiter, Speditionspersonal und notfalls auch Familienangehörige als Tagelöhner arbeiten. Die Speditionen wurden in das neue EDV-System für Lager/Versand integriert.

Die Meldungen "Verpackt" und "Versandfertig", die früher in Form von Auftragszetteln im Büro bearbeitet wurden, werden jetzt über Bildschirm (in der Spätschicht als zusätzliche Aufgabe von den Verladern) erledigt.

Im Juni 1986 wurde die Abteilung



EDV-System in Lager/Versand

erstmal mit einem Meisterposten besetzt und ein ausgeklügeltes Schicht- und Springersystem gegen die Arbeiter durchgedrückt. Von 26 Packern, Verladern und Staplerfahrern arbeiten jetzt 17 regelmäßig in zwei Schichten, neun wurden als Springer eingeteilt. Da nur wenige Springer die Funktionen Verlager oder Staplerfahrer erfüllen können, kommt es zu Engpässen. Inanspruchnahme von Urlaub oder Freischicht durch Staplerfahrer oder Verlager kollidiert immer mit der Aufrechterhaltung des Ladebetriebs. Abteilungsleiter und Meister drohen mit "Teamgeist" und "Kameradschaft", im Krankheitsfall wird sogar im Urlaub hartnäckig telefonisch zu Hause nachgefragt, ob der Kollege nicht rasch wieder kommt. Notfalls werden Packer zu Verladern ernannt, ohne sie über zivil- und strafrechtliche Folgen aufzuklären, geschweige denn sie mit den Verladevorschriften vertraut zu machen, natürlich ohne Lohnangleichung an die Verlager.

Jahrelang bestehende Fahrtgemeinschaften von Kollegen, die bis zu 40 km ins Werk pendeln, wurden auseinandergerissen.

Die Kollegen haben Forderungen dagegen aufgestellt, über die derzeit mit dem Betriebsrat verhandelt wird: Neueinstellungen, vor allem mehr Springer, um deren völlig unregelmäßige Arbeitszeiten zu beseitigen, Ausbildungsmaßnahmen für Springer, um Engpässe auszuschalten, Lohnzuschläge für Übernahme besser bezahlter Arbeiten. Um die Schicht wieder zu beseitigen, sehen die Chancen erstmal trübe aus.



## AUDI: Teilzeit-Betriebsvereinbarung

**Heilbronn.** Seit langem klagt der Audi-Vorstand, das Angebot an Teilzeitplätzen sei höher als die Nachfrage. Nun wurde eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Der Betriebsrat hebt als Erfolg hervor, sich in einem Punkt durchgesetzt zu haben; die Teilzeitbeschäftigten werden nicht von der Betriebsrente abgeschnitten. Weiter ist geregelt, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Sonderzuwendung werden anteilig, Baudarlehen, Fahrzeugrabatt voll gewährt. Die Regelung ist für langfristig Beschäftigte, die wegen Kindern in Teilzeit gehen. – (bes)

## Streik bei Stiftung Warentest

**Westberlin.** Ca. 80% der 135 Beschäftigten bei der Stiftung Warentest führten einen zweistündigen Warnstreik durch. Seit 1981 versucht der Personalrat einen Tarifvertrag für die Beschäftigten durchzusetzen, der die Übernahme des BAT vorsieht und einige betriebsspezifische Besonderheiten berücksichtigt, wie z.B. besonderes Urlaubsgeld für Kollegen mit gefahrgeneigten Tätigkeiten, einem Treuegeld und Unkündbarkeitsregelungen.

**München.** Die IG Metall hat im bayerischen Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärhandwerk zu Streikaktionen aufgerufen. Im Streiklokal in Herrsching am Ammersee z.B. versammelten sich 300 Metaller aus über 20 Betrieben der Verwaltungsstelle München. Die Kapitalisten haben Bayern von den übrigen Tarifbezirken abgehängt und verweigern den Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung. Sie wollen bei Einführung der 38,5-Stunden-Woche Mitte 1987 die Löhne nur um 0,6% anheben! – (poj)

Der Vorstand hat die Tarifverhandlungen ständig hinausgezögert und Anfang August den Forderungen des Personalrats nicht zugestimmt. Der Warnstreik soll dazu dienen, Neuverhandlungen durchzusetzen. Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung nach dem Warnstreik am 28. August lehnte Dr. Hüttenrauch (Vorstandsvorsitzender der Stiftung Warentest) die Übernahme des BAT aus "optischen Gründen" ab, da die Öffentlichkeit zusätzliche Leistungen für die Beschäftigten der "Stiftung Warentest" nicht akzeptieren würde. Für den 1. September wurden weitere Verhandlungen vereinbart. – (gug)



## Betriebsratsgründungen in Baumschulen

**Halstenbek.** Nachdem Baumschule Mohr im März dieses Jahres einen Betriebsrat gewählt hatte, folgten nun andere nach. Baumschule Lüdemann bekam ihren Betriebsrat am 13. August. Nach Kämpfen will die Geschäftsleitung nun die Wahl anfechten. Schon die Bildung des Wahlvorstandes sollte verhindert werden, deshalb wurden Kollegen am Wahltag unter Gewaltanwendung aus dem Betrieb entfernt. Die Gewerkschaft erstattete Anzeige. Die Arbeiter des gegenüberliegenden Baumschulbetriebes Brandt wählten am 13. August einen Wahlvorstand. – (bea)

## Streik gegen 6-Tage-Woche

**Hannover.** In der Abteilung Räderfertigung der "Vereinigten Aluminiumwerke" (VAW) legte am Samstag, den 5.7., die Spätschicht um 18 Uhr die Arbeit nieder. Der Streik richtete sich gegen die beabsichtigte Verlängerung der ursprünglich auf drei Monate befristeten Samstagsarbeit (6-Tage-Woche im Dreischichtbetrieb). Ergebnis: Die Samstagschichten werden jetzt "freiwillig" gemacht. Allerdings wurde der Abteilungsbetriebsrat als "Rädelführer" entlassen; die 25 anderen Beteiligten wurden abgemahnt. Der Betriebsrat stimmte der Entlassung zu. Die IGM-ÖV Hannover beantragte den Ausschluss ohne Verfahren. Begründung: Unterstützung der MLPD. Ein Solidaritätskreis hat sich gegründet mit

dem Ziel: Keine Maßregelungen bei VAW; keine Wochenendschichten; Wiedereinstellung von N. Strattmann. Eine Veranstaltung hatte 70 Teilnehmer, beim ersten Arbeitsgerichtstermin waren 50 anwesend. – (wog/hah)

## Vertreterversammlung der GEW Braunschweig

**Braunschweig.** Neben Forderungen zu den Unterrichtsbedingungen an den Schulen wurden auch allgemeinpolitische Anträge verabschiedet. Die Delegierten wandten sich u.a. gegen eine Verschärfung des Demonstrationsrechts sowie gegen die Aufrüstung der Polizei mit Gummigeschossen. Sie forderten auch, das Asylrecht nicht einzuschränken und verteilten die Hetze seitens Regierung und Presse gegen die Asylbewerber. Gefordert wurde außerdem die Rücknahme der Dienstsuspendierungen gegen vier Kollegen/innen, die zur Landtagswahl für die DKP kandidiert hatten. – (hah)

## Ausweitung der Teilzeitarbeit

**Westberlin.** Wegen Umsatzrückganges und zur Kosteneinsparung wurde die Arbeitszeit bei Schwarzkopf zu Beginn des Jahres von zweier-Wechselschicht wieder auf Normalschicht umgestellt. Eine neue Art von Schichtarbeit soll jetzt eingeführt werden über Teilzeitarbeit. In einer Zeitungsanzeige werden "weibliche Produktionshilfen für zunächst 4 Monate für Teilzeitarbeit von 6.00 – 10.30 Uhr oder 10.30 – 14.30 Uhr gesucht." – (ann)



Über 1000 portugiesische Bergarbeiter demonstrierten am 26. August in Lissabon, um gegen die Stilllegung von mehreren Bergwerken, die geplante Entlassung von 3000 Bergarbeitern und gegen die Nichtauszahlung von Löhnen zu protestieren. Die halbstaatlichen Bergwerke sollen stillgelegt werden, weil die Regierung nach dem EG-Beitritt Portugals die Subventionierung der Zinn- und Wolframbergwerke eingestellt hat. Deshalb haben die Bergwerksgesellschaften seit sechs Wochen keine Löhne mehr ausgezahlt. Da keine ausreichende Arbeitslosenversicherung besteht, erhalten die Bergarbeiter im Falle einer Entlassung kaum Arbeitslosengeld. – (uld)



## Kommunalwahlen in Niedersachsen

### Volksfront kandidiert in Lüneburg – Aus dem Wahlauf Ruf

**Vorbemerkung:** Am 5. Oktober sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. Die Volksfront kandidiert in zwei Wahlbereichen zum Lüneburger Rat. Der Wahlauf Ruf wendet sich gegen die scharfen Angriffe auf Arbeiterinteressen durch die CDU/FDP-Mehrheit im Rat. Die Kandidatur soll dazu beitragen, die Interessen der vielfältigen Bewegungen gegen die reaktionäre Politik im Wahlkampf zur Geltung zu bringen. Im folgenden Auszüge aus dem Aufruf:

**Für Arbeiterinteressen! Gegen Volksgemeinschaft und Ausländerfeindlichkeit! Wählt Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!**

... Als Sachwalter des "Bürgers" geben sich CDU und FDP aus. Etwa wenn Oberstadtdirektor Faulhaber auf "bürger-nahen Spaziergängen" unterwegs ist oder OB Nickel bierfaß-anstehend Lüneburg als "gastfreundliche Gemeinschaft" preist. Landtagsabgeordneter Feldmann (CDU) wurde gar zum Luna-Preisträger für seine dem "Gemeinwohl" verpflichteten Leistungen gekürt. Er habe Lüneburg die Kronen-Brauerei erhalten. Und die Folgen für die Beschäftigten? Von Personalabbau und Rationalisierungen kein Wort! Denn Bürgerinteressen sind Kapitalinteressen und die bestimmen, was Gemeinwohl ist. Ansprüche der Arbeiter und Lohnabhängigen haben da nichts zu suchen.

Jeder auf seinen Platz, soll zum Gestaltungsprinzip solcher Art Lüneburger Gemeinwesen werden. Ganz oben jene "Unternehmerpersönlichkeiten" und Sinnbilder des "Bürgers" wie Lucia Pfohe. Steuerbegünstigt fördert sie mit einem Bruchteil der in knochenharter Akkordarbeit gestrickten "goldenen Lucia-Maschen" Elitestudenten. Oder die von Wirtschaftsreferent Ditzmann (FDP) in rassistischer Manier entdeckten "hochwertigen Kräfte", die von Lüneburg aus "Aufträge vergeben".

Für die Arbeiter hingegen reicht der Spott. So höhnt die IHK Lüneburg-Wolfsburg in einer Broschüre: Arbeitsmoral ausgesprochen positiv, Lohnniveau erheblich unter Ballungsgebieten. Sie verspricht Investitionen, "die gut belohnt werden". Direkt beschimpft werden Bettler oder Bewohner der Herberge zur Heimat. Ihre Lage wird als abschreckendes Beispiel vorgeführt, um öffentlich zu zeigen, wie weit derjenige fallen kann, dem es an Bereitschaft oder Kraft mangelt, sich für jene "Bürger" abzurackern.

#### ... Ausländerfeindlichkeit ...

Die "gastfreundliche Gemeinschaft" beweist ihre ganze Gemeinheit, indem sie ausländischen Arbeitern nur einen Platz als billiges Arbeitsvieh zuweist. Mit der selbst vom Gericht als willkürlich bezeichneten Abschiebung von Hasan Coskun und der nachträglichen Rechtfertigung durch Stadtrechtsrat Webersinn hat die Ausländerbehörde demonstriert, daß sie jegliches Eintreten ausländischer Arbeiter für ihre Interessen im Keim zu ersticken gedenkt. Die Abschiebung ist nur die Spitze des Eisbergs vielfältiger schikanöser Maßnahmen. Dies schafft den Asylantenkiln im Lüneburger OVG-Senat, die – soweit bekannt – noch nie einen Asylantrag positiv entschieden haben, das entsprechende politische Klima. Außerdem deckt die Stadt faschistische Skins, die mehr und mehr zu direkten Angriffen auf Ausländer übergehen, rassistische Flugblätter der NPD offen in der Bäckerstraße verteilen...

#### Für ein Bündnis gegen die Reaktion

Mitglieder der Volksfront waren in Lüneburg daran beteiligt, ein "Demokratisches Personenwahlbündnis gegen Rechts" zu den Kommunalwahlen zu bilden. Dieses Bündnis sollte auf antifaschistischer, antimilitaristischer und anti-imperialistischer Grundlage gebildet werden und Arbeiterinteressen vertreten. Diese Bemühungen sind gescheitert. Zunächst an den Grünen, die trotz Vormarsch der Reaktion ohne Prüfung der Sachpositionen eine Zusammenarbeit mit der DKP generell ablehnten. Dann an der seltsa-

men Eingebung der DKP, ihre Parteikandidatur für umfassender zu halten, als die vorhandenen Ansätze zu einer Bündniskandidatur. Diesen Entschluß untergräbt die DKP jetzt noch selbst, indem sie bei den Landtags- und Bundestagswahlen ohne jede Bedingung "Leihstimmen" an die SPD und die Grünen gab bzw. geben will.

Nach dem vorläufigen Scheitern der Bündnisbemühungen haben wir uns entschlossen, als Volksfront zu kandidieren:

- \* Nicht als Ersatz für die vielfältigen Auseinandersetzungen, sondern um im Rahmen unserer Möglichkeiten die Interessen verschiedener Bewegungen öffentlich zu vertreten. Denn obwohl die Entscheidungen in Kämpfen und nicht im Stadtrat fallen (insbesondere bei dessen eingeschränkter Kompetenz), kann und muß der Wahlkampf als auch der Rat genutzt werden, um Forderungen und Ansprüche anzumelden.

- \* Zudem: Ohne Volksfront-Kandidatur – so steht zu befürchten – würde einigen Interessen, z.B. gegen das revanchistische Jagdmuseum und faschistische Veranstaltungen, gegen Militärspektakel und zwangsarbeitsähnliche Arbeitsverhältnisse, keine Geltung verschafft werden.

- \* Ein Bündnis halten wir nach wie vor für dringend erforderlich und kandidieren deshalb auch für den Gedanken des Zusammenwirkens aller antifaschistischen Kräfte gegen die Reaktion.

Ohne den Anspruch zu erheben, auf allen Gebieten der Kommunalpolitik Antworten geben zu können, treten wir für folgende Forderungen ein:

- \* Keine Anwendung des Beschäftigungsförderungsgesetzes durch die Stadt Lüneburg! Ausscheren der Stadt aus der Front der öffentlichen Arbeitgeber und Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen! Rücknahme der Flexibilisierungsmaßnahmen, Umwandlung der ABM-Stellen in feste Stellen, keine Saisonarbeiten! Keine Zwangsarbeit! Sofortige Beendigung des "Arbeitstrainings" für Sozialhilfeempfänger!

- \* 60 Kinderkrippenplätze noch 1986! Für jeden Stadtteil eine Kinderkrippe! Für jeden Stadtteil einen Schülerhort bis zum Alter von 14 Jahren! Festlegung der Versorgungsquote auf 62 % (Landesdurchschnitt) noch 1986! Kostenlose Kindertagesstättenplätze für alle Kinder – Sofortige Beitragssenkung auf die Hälfte! Ab sofort Beitragsfreiheit für Alleinerziehende!

- \* Kommunalisierung des FINA-Heizkraftwerks und der HASTRA! Aufhebung des Kostendeckungsprinzips bei Gebühren! Beseitigung der Sondertarife für "Großabnehmer"! Keine Verschleuderung öffentlichen Bodens zu Spottpreisen an die Industrie! Erhöhung der Gewerbesteuer für die Industrie!

- \* Keine Atomülltransporte durch Lüneburg!

- \* Gleiche Rechte für Ausländer! Wahlrecht! Als erster Schritt Kommunalwahlrecht! Uneingeschränktes Asylrecht!

- \* Verbot und Auflösung sämtlicher faschistischer Organisationen gemäß Art. 139 GG! Die NPD darf an der Kommunalwahl nicht teilnehmen! Keine Räume an Faschisten! Keine Vermietung des Schützenhauses an das "Norddeutsche Forum"! Keine Neueröffnung des revanchistischen "Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseums"! Keine öffentlichen Räume für den sog. "Bund der Vertriebenen"! Keine Förderung der revanchistischen "Heimattreffen" aus dem Stadthaushalt!

- \* Säuberung der Stadt von revanchistischen und faschistischen Gedenksteinen! Entfernung des "Fliegerehrenmals" in der Lindenstraße und des "17. Juni Gedenksteins" am Munstermannskamp! Kein Verkauf von Nazi-Emblemen auf dem Flohmarkt! Benennung der Schule Kaltenmoor nach Bartholomäus Schink! Bürgermeister Hartwig muß sich entschuldigen!

- \* Keine militaristischen Aufmärsche und Militärparaden in der Stadt! Keine offizielle Beteiligung an Veranstaltungen der Bundeswehr! Kündigung der Patenschaft zum "Versorgungsschiff Lüneburg"! Kündigung der Patenschaft mit der Missionsstation im rassistischen Südafrika!

- \* Schluß mit den Polizei-Schikanen gegen Punks!

## Die Emanzipation der Arbeiterklasse kann nicht über ein größeres Freizeitquantum geschehen

Die GRÜNEN erheben den Anspruch, "eine neue gesellschaftliche Entwicklung einzuleiten". Sie möchten eine Demokratie, die "jedem Menschen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung" ermöglicht. Die Frage ist daher erlaubt, was sich die Arbeiterklasse davon erhoffen kann.

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist nach Auffassung der GRÜNEN eine Folge der Mensch und Natur nicht angepaßten Produktionsweise. Diese Produktionsweise werde – ganz idealistisch betrachtet – vom "herrschenden Denken" und dem "Denken der Herrschenden" bestimmt, das sich nach folgenden Kriterien ausrichte: wirtschaftlicher Gewinn, technische Rationalisierung ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Folgen und Konsum. Die Produktionsweise und das individuelle Verhalten des einzelnen, seine Lebensweise (z.B. "zu starke Hinwendung zum privaten Glück") werden gleichermaßen als Verursacher gebrandmarkt.

Für einen ökologischen Umbau der Gesellschaft sei daher zweierlei nötig: 1. das "Wachstum als möglichst hoher Warenausstoß soll nicht länger als wirtschaftliches Ziel gelten ... Wachstum in anderen Bereichen ist wünschenswert", und 2. "gleichzeitig sind Bewußtseins- und Verhaltensänderungen in den Praktiken unseres Alltagslebens unabdingbar, um ein neues Verhältnis der Menschen untereinander und zur Natur herzustellen". (1) Notfalls wird das erforderliche Bewußtsein auch mit steuerlichem Druck in die richtige Richtung gelenkt.

Die Wirtschaft und Produktion soll unter Kontrolle, nicht der Arbeiterklasse, sondern der "demokratischen Öffentlichkeit" gestellt werden, die darüber entscheidet, "was, wie, wo und für wen produziert wird". Die Betriebs-/Personalräte sollen ein Veto- und Initiativrecht erhalten, das sich auf Investitions- und Personalentscheidungen, Produkte, Produktionsverfahren, Technologien, Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz und Datenschutz bezieht, nicht jedoch auf Leistungsanforderungen, Arbeitsinhalte, die hierarchische Organisation der Arbeit. Die GRÜNEN erheben zwar den Anspruch auf einen der Natur und dem Menschen angepaßten Umbau der Wirtschaft/Gesellschaft, klammern aber dabei weitgehend die Zustände im Betrieb, mit denen der Handarbeiter konfrontiert ist, aus. Daraus folgt, daß das unwürdige, degradierte und entfremdete Verhältnis dieses Teils der Lohnabhängigen zu ihrer Arbeit implizit als angemessen betrachtet wird.

Die GRÜNEN offenbaren hier den Standpunkt einer Klasse, die aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ihre Vorteile zu ziehen weiß oder ziehen kann. Wen wundert es, daß das Privateigentum bejaht und "private Eigentums- und Verfügungsverhältnisse über die Produktionsmittel" nur als "eine der Ursachen für gesellschaftliche Fremdbestimmung" begriffen wird. Vielmehr gilt ihnen das "private Eigentum an Gegenständen, die der eigenen Lebensgestaltung bzw. der persönlichen Existenzsicherung dienen", als "wesentliche Voraussetzung für die individuelle Freiheit". Das Eigentum an Produktionsmitteln dient dem Kapitalisten nun mal zu seiner "Lebensgestaltung"; ergo wird es nicht beseitigt, sondern nur in "neue gesellschaftliche Formen des Eigentums" gegossen, über die man eines sicher erfährt, sie entsprechen nicht denjenigen in den "realsozialistischen Gesellschaftssystemen".

So wird auch der Marktmechanismus als wichtiges wirtschaftliches Steuerungsmittel betrachtet.

Die GRÜNEN erkennen immerhin, "nicht nur die Ausbeutung der Natur, auch die Ausbeutung der abhängig Beschäftigten im Interesse der Kapitalbildung macht krank. Unmenschliche Arbeitsbedingungen, Nachtschichten, Überstunden und verschärftes Arbeitstempo führen dazu, daß jeder zweite Industriearbeiter schon mit 54 Jahren Frühinvalid wird". Bei dieser Feststellung bleiben sie stehen.

Die "Politik auf eine ökologische Grundlag stellen" heiße, "im politischen, wirtschaftlichen und privaten Alltag ... Respekt vor allem Leben zu haben. Daraus folgt" – nicht etwa wie man nun erwarten möchte z.B. ein Verbot von Akkord- und Nachtarbeit, sondern ganz unvermittelt – "ein Verbot der tierquälerischen Intensivhaltung und der Gentechnologie."

Sie entwickeln detaillierte Forderungen zum Schutz von Luft, Boden, Wasser, Wald, für eine Änderung des Verkehrs, der Energiewirtschaft und der Behandlung von Müll. Wohingegen der Schutz der Arbeitskraft und eine entsprechende Änderung der Arbeitsbedingungen programmatisch keinerlei Bedeutung und Gewicht erlangt.

Die "Schritte zu einer demokratischen und sozialen Wirtschaft" liegen in der 35-Stunden-Woche, der Begrenzung der höchstzulässigen Arbeitszeit auf 40 Stunden, was begrüßenswert ist, der "Freistellung von der Erwerbsarbeit, wie z.B. für Kindererziehung, Bildung ... persönliche Bedürfnisse", der sozial- und arbeitsrechtlichen Absicherung von Teilzeitarbeit und dem Freizeitausgleich für besondere Belastungen. All dies soll der Umverteilung der Erwerbsarbeit dienen.

Maßnahmen gegen eine Intensivierung der Arbeit werden auch hier nicht in Ansätzen genannt. Unter dem Stichwort "Zeitsouveränität" lehnen sie eine Arbeitszeitflexibilisierung ab, die der "ausgedehnten Nutzungszeit der Anlagen" dient, nicht aber wenn sie "individuelle Verfügbarkeit der durch Arbeitszeitverkürzung gewonnen Zeit gewährleistet."

Selbst wenn an dieser Stelle Bedingungen genannt werden, die bei künftigen Arbeitszeitverkürzungen einzuhalten sind und die allesamt unterstützenswert sind (z.B. Erhalt des freien Samstags), so kann doch der Lohnarbeiter nicht über die durch Arbeitszeitverkürzung gewonnen Zeit souverän verfügen. Dem Kapitalisten müssen Grenzen bei der Intensivierung, der Taylorisierung der Arbeit etc. gesetzt werden. Schließlich kostet die Reproduktion der Ware Arbeitskraft bei zunehmender Verdichtung des Arbeitstages nicht nur immer mehr Geld, sondern auch immer mehr an der sogenannten "freien" Zeit, um den Verschleiß auszugleichen. Die "Souveränität" des Arbeiters über seine Freizeit besteht nur scheinbar. Sie wird wohl eher bei dem gegeben sein, der höheren Einkommensklassen zuzurechnen ist, der ganzheitliche Arbeitsvollzüge verrichtet.

So ist die Flexibilisierung im doppelten Sinne ein Angriff auf die von den GRÜNEN gewünschte "individuelle Verfügbarkeit" der durch Arbeitszeitverkürzung gewonnen Zeit. Einmal, wie sie richtig feststellen, weil sie den Menschen zum "beliebig verfügbaren Objekt im Arbeitsprozeß macht", zum anderen weil sie dem Kapitalisten die Möglichkeit einer ungeheuren Verdichtung des Arbeitstages bietet.

Die Vorstellung eines sich durch Arbeitszeitverkürzung linear ergebenden, frei verfügbaren Zeitzugewinns, der dem einzelnen gleichermaßen anwachsende Möglichkeiten der freien Entfaltung in der Freizeit bietet, liegt den von "kritischen Sozialwissenschaftlern" verbreiteten Theorien über eine Befreiung der Gesellschaft über Arbeitszeitverkürzung zugrunde.

Stellvertretend sollen hier die Vorstellungen von Negt, der als gewerkschaftlich orientiert und als Marxist gilt, betrachtet werden.

### Über Arbeitszeitverkürzung zur Neuorganisation des Systems der gesellschaftlichen Arbeit

Die 35-Stunden-Woche stellt für Negt einen qualitativen Einschnitt in die Tradition der Arbeitszeitverkürzung dar, denn damit würden "eingespielte Maßverhältnisse und Proportionen im bestehenden Gefüge zerstört", d.h. der Zeitanteil für das "Menschsein" gegenüber der Arbeit wird vergrößert. Statt acht Stunden Arbeit – acht Stunden Schlaf – acht Stunden Menschsein – lautet die neue Formel: sieben Stunden Arbeit – acht Stunden Schlaf – neun Stunden Menschsein. (Negt 1985, S. 33)

Negt faßt den Lohn als Einkommen bzw. Revenue, nicht als Wert der Ware Arbeitskraft, insofern muß er zu einer unmarxistischen Vorstellung der Freizeit kommen als Zeit des "Menschseins", der eigenen Zeit, in der der Mensch nur noch durch die Kultur- und Bewußtseinsindustrie davon abgehalten wird, sich seine "eigenen Gedanken" zu machen, daran gehindert wird, daß sich seine Freizeit in "praktische Freiheit" umsetzt.

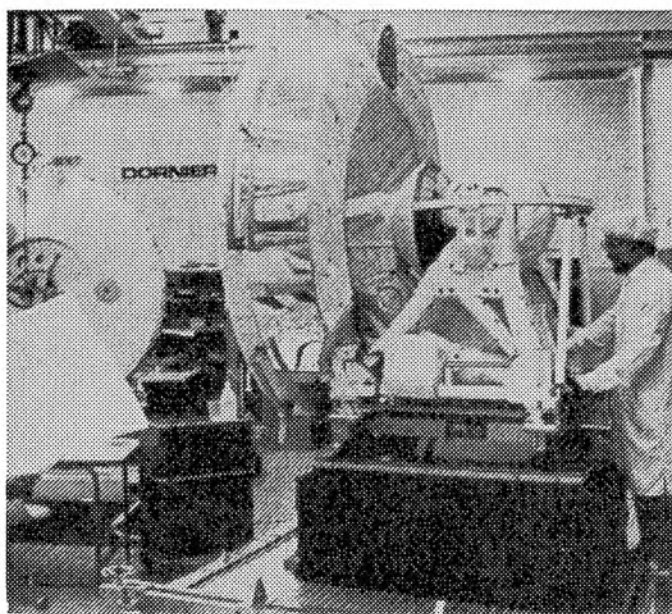
Aber in der "Freizeit" herrscht für den Arbeiter nicht einfach "Menschsein" vor – von den Wegezeiten zur Arbeitsstelle einmal ganz abgesehen –, er hat sich als Arbeiter zu reproduzieren, mehr deckt der Lohn nicht.

"Der Durchschnittslohn der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d.h. die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen." (Marx, 3) Eingeschlossen sind "die Lebensmittel der Ersatzmänner" und die "Erlernungskosten". Dabei "ist der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung selbst ein historisches Produkt." (Marx, 4)

Die Freizeit im Kapitalismus löst sich für den Lohnarbeiter also auf in die Zeit, in der er sich als Lohnarbeiter reproduzieren muß. "Wenn der Eigentümer der Arbeitskraft heute gearbeitet hat, muß er denselben Prozeß morgen unter denselben Bedingungen von Kraft und Gesundheit wiederholen können." (Marx, a.a.O.) Wird der Arbeitstag verkürzt, wird die Intensität der Arbeit erhöht und ein größeres Maß an Herz, Muskel, Nerv, Hirn etc. verausgabt. Der Arbeiter braucht mehr Zeit und Geld (zum Beispiel eine bessere Wohnung) und Kraft zur Reproduktion. Könnte er sich selbst verwirklichen und Mensch sein, was würde er tun? Etwas produzieren, denn "daß der Mensch ein leibliches, naturkräftiges, lebendiges ... gegenständliches Wesen ist, heißt, ... daß er nur an wirklichen, sinnlichen Gegenständen sein Leben äußern kann." (Marx, 5) Und was würde er mit diesen Gegenständen hier und heute machen? Sie verkaufen. Wenn das Geschäft gut läuft, was sollte ihn dann noch in die Fabrik treiben? Vielleicht wird er dann der alternative, selbstausbeutende Selbständige, und wieder wäre es mit der Freiheit vorbei! Wie man es dreht und wendet, die Lohnarbeit müßte abgeschafft werden, um freie Zeit und Menschsein für die Arbeiterklasse wirklich zu ermöglichen.

Sogar Steinkühler weist darauf hin, daß auch in der Freizeit "fremdbestimmte Eigenarbeit" zu leisten ist. Dazu zählt er "alles, was mit Haushalt und Familie zu tun hat". Diese Arbeit müsse getan werden, "entweder aus finanziellen Gründen oder aus Mangel an organisatorischen Alternativen. Die Arbeit im Haushalt könnte beispielsweise auch von bezahlten Professionellen gemacht werden, was aber für die meisten aus finanziellen Gründen nicht in Frage kommt." (6) Wer ein Einkommen bezieht, das über die Reproduktionskosten hinausgeht, für den kommt dies allerdings in Frage. Er leistet sich ein Dienst- oder Kindermädchen. Er hat "freie Zeit".

Negt sieht im Kampf der Unternehmer gegen die Arbeitszeitverkürzung weniger einen Kampf um Zeitatome zwecks Profitmaximierung, sondern vor allem einen "Kampf um ein zentrales Mittel der kulturellen Befestigung von Gehorsam, Anpassungsbereitschaft und Triebverzicht". (S. 177) Mit einer "radikaler werdenden Kritik am Arbeitszwang" gerate die ganze Beziehung zwischen Arbeit, Freizeit und Faulheit durcheinander. Und wenn die Arbeitszeit von der Freizeit – etwa in einer 25- bis 20-



Beispiel Dornier: Diskussion über Rüstung jetzt verboten, später dann erlaubt ... VW-Arbeitsplatz mit Absaugung: jetzt erlaubt, später auch ...



Stunden-Woche vollständig abgekoppelt sei – eröffne letztere die Chancen, "als Emanzipations- und Orientierungszeit wirklich angeeignet zu werden". (S. 178)

### Neue Technologien: Zerstörungskraft und Emanzipationsmöglichkeit

Die Bedingungen für die "Aufhebung der Zwangsarbeit" seien durch den hohen Stand der Verwissenschaftlichung der Produktion erfüllt. Für Negt ist der Punkt erreicht, wo sich Marxens Wertlehre aufhebt, "die unmittelbare Arbeitszeit, die dem Arbeiter abverlangt wird, nicht mehr Grundlage der Erzeugung des gesellschaftlichen Reichtums" sei (S. 197) – und dies, entgegen den Marxschen Vorstellungen, ohne vorher stattgefundene revolutionäre Umwälzung. So hätten die neuen Technologien zugleich eine Zerstörungskraft, die "die Lebensgrundlagen der menschlichen Gattung" bedrohe. Daher: "Lebendige Arbeit muß dem Kapital entzogen werden, um Medium der Krisenbewältigung zu sein." (S. 195) Die Arbeitszeit muß auf das gesellschaftlich notwendige Maß reduziert und das System gesellschaftlicher Arbeit verändert werden. "Die Alternative zum System bürgerlicher Erwerbsarbeit ... ist nicht der illusionäre Idealismus der Aufhebung von Arbeit, sondern der Kampf um die Vervielfältigung und Erweiterung gesellschaftlich anerkannter Formen der Arbeit, die der Eigenproduktion und der Selbstverwirklichung dienen." (S. 175) Wird die töpfernde, aquarellierende Hausfrau zum Boten der Zukunft? Jedenfalls seien die Freisetzung sozialer Phantasie, Entwürfe über vielgestaltige, heute bereits existierende und künftige Formen der Arbeit "unerläßliche Voraussetzung" (S. 198) für dieses neue "System gesellschaftlicher Arbeit", in dem es einerseits das "Reich der Notwendigkeit" gibt, in dem die gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird und andererseits das "Reich der Freiheit" mit autonom verfügbaren Zeitmaßen, das auf ersterem basiert.

#### Das "Reich der Notwendigkeit"

Wie sieht es dort aus? Dort gibt es die "Selbst- und Mitbestimmung über den Produktionsprozeß, dessen Zwecke, nämlich die Erzeugung von Gütern und Leistungen, jedoch vorgegeben sind, die sich der individuell-freien Zwecksetzung entziehen ... Not, Notwendigkeit ergeben sich aus den Regeln der Produktion auf die materielle Bedürfnisbefriedigung, was übrigens nicht einschließt, daß die traditionelle Leistungsmoral intakt bleiben müßte. Nur sind die selbstgesetzten menschlichen Zwecke hier nicht vollständig zu verwirklichen. Es bleibt ein Rest *ent-eig-neter* Zwecke und Zeit in diesem Reich der Notwendigkeit." (S. 211f) Wer setzt hier die Zwecke, und wer verteilt die notwendige "Restarbeit" – das bleibt unklar.

In behaupteter Anlehnung an den "späten Marx" erklärt Negt: "Das Arbeitsleid, d.h. entfremdete Arbeit, läßt sich nicht vollständig aufheben. Ein gewisses Maß an Arbeit ist notwendig für alle. Diese Arbeit wird keine frei gewählte sein, ist vielleicht Dreckarbeit oder langweilig oder geisttötend." (S. 210)

Das Problem dieser Betrachtungsweise liegt darin, daß Negt eine wirkliche Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit für undurchführbar erklärt. Die Idee der konsequenten Aufhebung der kapitalistischen Arbeitsteilung als eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung des universellen Menschen schreibt er den Vorstellungen des "jungen Marx" zu, bevor dieser sich tiefer in die Funktionsmechanismen der kapitalistischen Industrie eingearbeitet habe.

Dreckige und geisttötende Arbeit ist nicht per se entfremdete Arbeit, sondern nur dann, wenn ein Individuum ausschließlich auf solche Arbeit reduziert wird, und

wenn die Produzenten von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen sind.

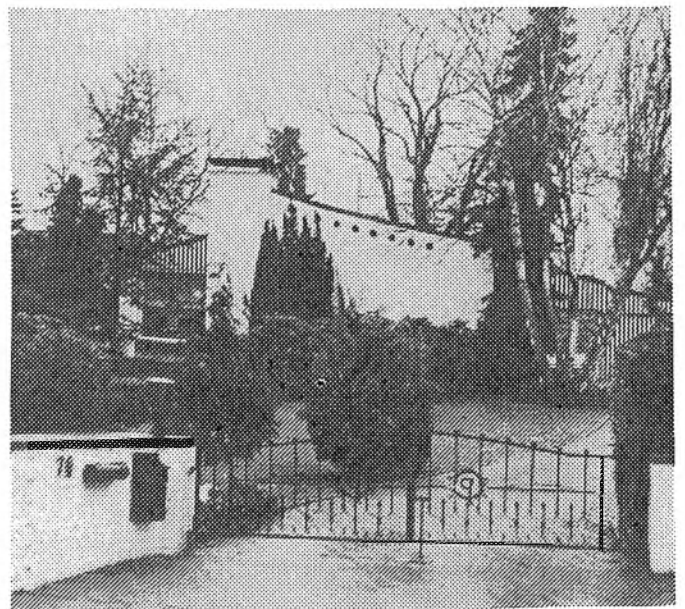
Marx sagt dazu: "Sehn wir nun weiter, wie sich der Begriff der entfremdeten, entäußerten Arbeit in der Wirklichkeit aussprechen und darstellen muß. Wenn das Produkt der Arbeit mir fremd ist, wem gehört es dann? Wenn meine eigene Tätigkeit nicht mir gehört, eine fremde erzwungene Tätigkeit ist, wem gehört sie dann? ... Das fremde Wesen, dem die Arbeit und das Produkt der Arbeit gehört, in dessen Dienst die Arbeit und zu dessen Genuß das Produkt der Arbeit steht, kann nur der Mensch sein ... Das Privateigentum ist also das Produkt, das Resultat, die notwendige Konsequenz der entäußerten Arbeit, des äußerlichen Verhältnisses des Arbeiters zu der Natur und zu sich selbst ... die entfremdete Arbeit ist die unmittelbare Ursache des Privateigentums. Mit der einen muß daher auch die andere Seite fallen." (7)

In Negts "Reich der Notwendigkeit" bleibt also offensichtlich die alte Arbeitsteilung bestehen. In Anlehnung an Kern/Schumann glaubt er allerdings, daß die "Entwicklung der Mikroelektronik mit den Qualifikationsvoraussetzungen der Arbeit gleichzeitig ihre Organisationsformen und das Verhältnis von Kopf- und Handarbeit insgesamt umwälzt." (S. 167) Der Arbeiter werde "Regulator von Produktionsprozessen", habe den "Blick aufs Ganze der Vorgänge und Verhältnisse gerichtet", (S. 192) sei nicht mehr auf ein Detailgeschick reduziert.

#### Wege zum "Reich der Freiheit"

"Um den Blick freizubekommen für politische Gemeinwesenarbeit und für sonstige schöpferische Tätigkeiten, halte ich es für denkbar, daß alle Bürger einer entfalteten Industriegesellschaft eine Art Grundgehalt bekommen." (S. 215f) Die Einkommensansprüche sollen von der Arbeitsleistung abgetrennt werden. Jeder soll wählen können, ob er "Beschäftigung sucht oder auf eine Teilnahme an Erwerbsarbeit verzichtet" (Negt zitiert hier Offe). Das Anrecht auf Essen ohne zu arbeiten ergebe sich aus dem Generationenvertrag, d.h. das Recht auf die von früheren Arbeitergenerationen geschaffenen Reichtümern, deren Erbschaft "wir" antreten, "und die Gewalt brechen, die sie mittlerweile über uns erlangt hat, um sie der bewußten Kontrolle unserer autonomen Zwecke zu unterwerfen." (S. 219)

Diese Gewalt zu brechen kann aber nichts anderes heißen als Abschaffung des kapitalistischen Eigentums. Davon handelt aber Negt nicht, stattdessen spricht er nebulös



Selbstverwirklichung?



von der Bestandserhaltung einer "hochindustrialisierten Gesellschaft". Der bisher am stärksten vernachlässigte politische Aspekt der Arbeitszeitverkürzung liege in der "Umgewichtung der Verhältnisse von Arbeit, die überwiegend auf Güterproduktion gerichtet ist, zu vielfältigen Arbeitsformen, die ihren Sinn in der politischen und kulturellen Regulierung der gesellschaftlichen Angelegenheiten haben". Dies sei "von so zentraler Bedeutung für den demokratischen Bestand einer hochindustrialisierten Gesellschaft, daß es erstaunlich ist, wie wenig öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Seite des Arbeitszeitproblems bisher gewendet worden ist." (S. 222) Man gewichtet die Arbeit von der Güterproduktion auf Dienstleistungsproduktion, in der man selbstverwirklichend, schöpferisch (und weitgehend unentgeltlich) tätig ist, um. An dieser Stelle könnte sich Negt mit dem Subsidiaritätsprinzip der Sozialabbauer treffen.

Während Negt von einer gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums spricht, stellt Marx fest: "Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsform erlaubt, den Arbeitstag auf die notwendige Arbeit zu beschränken ... Intensität und Produktivkraft der Arbeit gegeben, ist der Arbeitstag um so kürzer, der für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen eroberte Zeitteil also umso größer, je gleichmäßiger die Arbeit (Hervorhebung Verf.) unter alle werkfähigen Glieder der Gesellschaft verteilt ist, je weniger eine Gesellschaftsschicht die Notwendigkeit der Arbeit von sich selbst ab und einer anderen Schicht zuwälzen kann. Die absolute Grenze für die Verkürzung des Arbeitstages ist nach dieser Seite hin die Allgemeinheit der Arbeit." (8)

Also, je mehr Gesellschaftsmitglieder sich die Freiheit nehmen, auf Grundlage eines garantierten Sozialeinkommens nicht zu arbeiten, um so länger würde die notwendige Arbeitszeit für die anderen. Auf der Basis der im "Reich der Notwendigkeit" geleisteten Arbeit betätigte sich ein Teil der Gesellschaft in "schöpferischer Gemeinwesenarbeit". Was ist dies anderes als die Fortexistenz des Schmarotzertums!

### Was bedeutet diese Utopie für die Arbeiterklasse?

Negt vertritt klassenmäßig die Interessen der werktätigen Intelligenz. Ihre Stellung im Produktionsprozeß als Planer, Verwalter, Forscher etc. schafft das Bedürfnis, die Verfügungsgewalt der Kapitalisten einzuschränken, bzw. ganz zu beseitigen und selbst die Leitung der Produktion zu übernehmen und so deren ruinösen Ausfluß auf Mensch und Natur zu beseitigen. Eine Aufhebung der kapitalistischen Arbeitsteilung liegt hingegen nicht in ihrem Interesse. Die Weiterexistenz der Trennung von Hand- und Kopfarbeit ist Garant für den Erhalt ihrer privilegierten Stellung. Die Arbeitshierarchie muß bleiben.

Die Hoffnung auf Befreiung von Entfremdung, auf Freiheit und Selbstverwirklichung wird konsequenterweise von der Produktion weg auf die Freizeit, die Nicht-Arbeitsphäre, gerichtet.

Für die Arbeiterklasse ist diese Strategie unmenschlich. Alle Schritte zur Verkürzung des Arbeitstages werden vom Kapitalisten mit einer Intensivierung der Arbeit beantwortet (und von den Gewerkschaften mit Lohnkonzessionen erkaufte). Ja, die hohe Intensität der Arbeit erscheint bei Negt geradezu als notwendig, um das Maß an gesellschaftlich notwendiger Restarbeitszeit möglichst gering zu halten. Damit wird für die Arbeiterbevölkerung die Aussicht auf Entfaltung und Selbstbestimmung in der Freizeit sowieso illusionär.

"Wer mit diesem Minimaleinkommen nicht zufrieden ist und mehr benötigt, könnte sich dann zusätzliche Arbeits-



"Reich der Notwendigkeit": Wem sollen die Früchte gehören?

einkommen verschaffen" (S. 216), schlägt Negt vor. Es wird dann schließlich welche geben, die, um ihre Reproduktion zu gewährleisten, mehr Geld brauchen und ein größeres Maß an notwendiger Arbeit leisten müssen, denen das Schöpferischsein versagt ist; und es wird jene geben, z.B. Wissenschaftler o.ä., bei denen der Anteil notwendiger Arbeit und "Selbstverwirklichung" miteinander verschmelzen, die viel arbeiten, sich damit ein hohes "zusätzliches Einkommen" verschaffen und in die Lage kommen, fremde Arbeitskraft zu kaufen. Wer hindert sie daran? Alles bliebe beim Alten.

Die Befreiung muß in der gesellschaftlich notwendigen Arbeit geschehen. Marx hat Freiheit mit der Aufhebung der Lohnarbeit gleichgesetzt. Der für die Arbeiterklasse akzeptable Weg ist die Orientierung politischer Forderungen auf die Verhältnisse im Betrieb, anstatt auf die Befreiung in der Freizeit zu hoffen. Es sind all jene Ansätze zu stärken, die auf die Gestaltung der Arbeit einwirken, das Arbeitspensum begrenzen, Anforderungen an Arbeitsinhalte und die Arbeitsorganisation stellen, die einen "Wechsel von geistiger und körperlicher Beanspruchung" (9) anstreben, Arbeitsbedingungen verlangen, die z.B. eine "Sicherung und Erweiterung der Qualifikation in der Arbeit ermöglichen", die sämtliche Bedingungen, zu denen gearbeitet wird, unter den Anspruch menschengerechter sowie sozial, sittlich und biologisch zumutbarer Gestaltung" stellen. Der Entwurf für einen Lohnrahmentarifvertrag Südwürttemberg-Hohenzollern hält fest, menschengerecht ist eine Arbeit dann, wenn die freie Entfaltung der Persönlichkeit des Arbeitnehmers gefördert und die körperliche, geistige und seelische Gesundheit nicht beeinträchtigt wird.

Quellenhinweis: (1) Die GRÜNEN: Programm zur Bundestagswahl 1987, Teil VI: Ökologie, Wirtschaft, Soziales, S. 15-23; (2) Oskar Negt, Lebendige Arbeit, enteignete Zeit, Campus, Ffm 1985; (3) Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, Reclam, Stgt. 1969, S.40; (4) K. Marx, Das Kapital I, Dietz, Berlin 1972, S. 178; (5) K. Marx, Die Frühschriften, Stgt. 1953, S. 270; (6) F. Steinkühler, Befreiung der Arbeit, in: Haaren, Klose, Müller, Befreiung der Arbeit, S. 182ff; (7) K. Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, Leipzig 1974, S.160ff; (8) A.a.O. (Anm. 4) S. 552; (9) Entwurf für einen Lohnrahmentarifvertrag Südwürttemberg-Hohenzollern, Stgt. 1982. - (frr)

## Kann der schulpolitischen Reaktion Einhalt geboten werden? – Ein Diskussionsbeitrag

Als Kultusminister Mayer-Vorfelder im Juli 1981 seine Bildungspolitik auf dem Donaueschinger Parteitag der CDU in Baden-Württemberg in einer Grundsatzrede darlegte, sprach die Presse von einer "konservativen Renaissance", der "Rückbesinnung auf christliche Werte", die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) nahm die "antiquierten" Vorstellungen des Ministers nicht ernst. (1)

Nach Mayer-Vorfelder sollten "christliche und humane Werte" aus der Landesverfassung wieder Gültigkeit erlangen. So sollte erzogen werden "in Ehrfurcht vor Gott", "im Geist christlicher Nächstenliebe", "in Liebe zu Volk und Heimat": "Fleiß und Verantwortungsgefühl und Pflichterfüllung und Ordnung und Disziplin und auch, ich sag's bewußt im Blick auf das, was sich in der Hausbesetzerszene abspielt, auch Recht und Unrecht müssen wieder beim Namen genannt werden... Es gilt diese Werte, von denen ich sprach, zu verteidigen und wiederzugewinnen, Werte, die gestern galten und die für die Zukunft unserer Gesellschaft von unschätzbarem Wert sind."

Über diese unschätzbaren Werte wurde im gleichen Jahr auf dem gemeinsamen Ausschuß der Kultusministerkonferenz der Länder und des Verteidigungsministeriums von Oberst Karl Zimmer, Referent der Abteilung I/6 im Führungsstab der Streitkräfte, referiert: "Die Streitkräfte erwarten einen zu Treue und Gehorsam erzogenen jungen Mann... Die Schule könnte den Übergang vom zivilen Leben in die militärische Gemeinschaft erleichtern, wenn sie nachdrücklich ihren Gehorsamsanspruch durchsetzt... Treue muß in der Schulzeit an vorhandenen Bindungen eingeübt werden. Dabei erkennt der junge Mensch, daß es von seiner Entscheidung unabhängige, also vorgegebene Bindungen gibt." Der Oberst wünschte überdies "Aufmerksamkeit und Hingabe" für den Staat, die im Unterricht "erlebbar gemachte Bindung an Geschichte, Heimat und Vaterland" und nicht zuletzt, durch Einübung in den Sportstunden, den "Willen zum Sieg". (2)

Der Reaktion war klar, daß dieses Bildungsprogramm auf Widerstand stoßen würde: "Wir treffen hier und da bei der Jugend auf einen militanten Pazifismus" (Verteidigungsminister Hans Apel auf der 201. Kultusministerkonferenz). Zudem rekrutierte sich der Lehrkörper zu nicht unerheblichen Teilen aus der Studentenbewegung, die sich Wertvor-

stellungen wie Mündigkeit, Kritikfähigkeit und Selbständigkeit zu eigen gemacht hatte. In dieser Situation sollte die gewaltsam angesetzte Umwälzung der Wertorientierung in der Schule eine Bresche schlagen, die Vorreiterrolle des CDU-Herrschaftsgebietes Baden-Württemberg für die "Wende" genutzt werden. Dies war die Stunde Mayer-Vorfelders, Oberleutnant der Reserve und politischer Zögling Filbingers, "Flagge zu zeigen". "Einseitige Politisierung des Unterrichts", bei der "im Blick auf die Verteidigungsbereitschaft... sich ganze Abiturklassen abmelden", werde er nicht mehr zulassen. Stattdessen müßten "diese Werte Eingang in die Arbeit der Lehrplanrevision finden". "Heimatgeschichte" und der Kampf gegen die "Verwissenschaftlichung" des Unterrichts müßte groß geschrieben werden.

Die Lehrplanrevision konnte jedoch nur durch eine Straffung und Ausrichtung des Beamtenapparats durchgesetzt werden. Mayer-Vorfelder sprach daher vom "Freiraum im pädagogischen und Verwaltungsbereich": Der Lehrer sollte mehr "Erziehungsfreiheit" erhalten, wollte er "einen Schüler vorübergehend der Schule verweisen". Die Position des Schulleiters müßte gestärkt werden, z.B. bzgl. des Verbots von Schülerzeitungen, "daß man diese Leute stützt, die hier so denken wie wir und die Erziehung wieder haben wollen".

Sollten also die reaktionären Teile der Lehrerschaft und der Schulleiter gestärkt werden, so mußte auf der anderen Seite der Beamtenapparat von kritischen Lehrern gesäubert werden. Das Gelöbnis der Lehrer auf die Landesverfassung "wird eingefordert werden von mir", drohte Mayer-Vorfelder in seiner Rede. Ein "... B e k e n n t n i s oder zumindest die T o l e r i e r u n g der Erziehungswerte, von denen wir ausgehen", bildete die Demarkationslinie für die den Lehrern angedrohten Berufsverbotsverfahren: "... und deshalb nehme ich die überzogene Kritik an Institutionen dieses Staates in und über die Schule nicht mehr hin." (3)

Eine solch durchgreifende Militarisierung des Schulwesens zielte auf die Zerschlagung jeglicher demokratischer Opposition ab, einschließlich der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Der nachfolgende Artikel versucht einen Eindruck zu vermitteln, wie sich die Schulopposition gegen die Kultuspolitik formiert hat.

### "... eine Tendenzwende, von der man nicht nur spricht, sondern die man auch exekutiert."

Zwei Maßnahmen des Kultusministeriums sollten die reibungslose Durchsetzung der Lehrplanrevision gewährleisten: 1. die Abwehr der öffentlichen Diskussion um die Lehrpläne im Landtag. 2. Die Änderung der Lehrpläne im Rahmen der Vorgabepapiere. Aus diesem Grund wurde die Revision zentral gelenkt durch die Steuerungsgruppe des MKS, die u.a. mit den Fachreferenten der Schularten und den Präsidenten der Oberschulämter besetzt war, d.h. Beamten der B-Besoldungsgruppen, deren wichtigste Berufsvoraussetzung die absolute Unterordnung unter den Regierungskurs ist. Diese Steuerungsgruppe überprüfte die Lehrplanentwürfe von ca. 100 Lehrplankommissionen, die etwa 400 Lehrpläne entlang politischer Vorgaben des MKS zu revidieren hatten.

Die Entwürfe verschiedener Kommissionen wurden des öfteren ohne jegliche Begründung von der Steuerungsgruppe geändert, mehrere Lehrplankommissionen traten zurück, auf den Lehrplantagen gab es heftige Auseinandersetzungen. Seitens der Lehrer gingen Hunderte von Stellungnahmen in der Anhörungsphase ein. "So weit sie in den ductus paßten, wurden sie berücksichtigt" (Ministerialrat Degenhart). (4)

Der Widerstand der oppositionellen Lehrer formierte sich in der Auseinandersetzung um den Lehrplanentwurf "Friedenssicherung und Bundeswehr", konnte sich die Schulopposition doch gerade auf die von der Friedensbewegung geführte öffentliche Diskussion stützen. Außerdem wurde in

diesem Entwurf die geplante Militarisierung der Schule besonders deutlich: Im Vergleich zum alten Lehrplan wurden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Das Kapitel "Friedenserziehung" und der Abschnitt "Kennen von Minderheiten und Randgruppen/Vorurteile gegenüber Minderheiten und Randgruppen in unserer Gesellschaft" wurde gestrichen, ebenso die Begriffe Abrüstung und Entspannung.

2. Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung standen nicht mehr gleichwertig untereinander, sondern letztere wurde als Unterpunkt der "allgemeinen Wehrpflicht" aufgeführt. (5)

Ergänzend dazu wurde in der Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums vom 21.7.83 Vertretern der Organisationen der Kriegsdienstverweigerer der Zutritt zum Unterricht untersagt.

Am 25.6.82 gaben 166 Lehrer in Form einer Zeitungsanzeige eine "Er-

klärung zur Friedenserziehung" ab, in der sie den o.a. Entwurf öffentlich kritisierten: "Wie immer auch der endgültige Text aussehen wird: Wir werden uns allen Versuchen widersetzen, der Schule die Beteiligung an psychologischen Kriegsvorbereitungen aufzuzwingen. Wir verpflichten uns,

- die heranwachsende Generation im Geist der Toleranz, der Völkerverständigung und des Friedens zu erziehen

- der Verharmlosung des Krieges, der Diffamierung des Pazifismus und der wachsenden Militarisation der Gesellschaft pädagogisch entgegenzutreten

- in Schule und Unterricht konkrete Beiträge zur Friedenserziehung zu leisten." (6)

Der Höhepunkt der Auseinandersetzung erfolgte in der Friedenswoche am 20.10.83, dem Widerstandstag der Schulen. In der Freiburger Innenstadt versammelten sich 5000 Schüler gegen das Verbot der Schulbehörden und der Stadtverwaltung zu einem Massen-Die-In. In Bruchsal erarbeiteten Schüler- und Lehrervertreter einen gemeinsamen Aufruf zu Aktionen; bereits in der Nacht wurden Informationen und Leitsätze auf Transparenten an den Schulgebäuden angebracht. In Stuttgart wurde an 30 Schulen mit Mahnwachen und Schulgebäudeumzingelungen gegen die Aufrüstung protestiert. (7)

### "Die Waffen waren bereits geschmiedet"

Auf alle diese Aktionen schienen die Schulaufsicht und der Verwaltungsapparat gut gerüstet zu sein: Das Ober-schulamt (OSA) Karlsruhe forderte von den Schulleitungen für die GEW-Lehrer Dienstpläne für den 5.10. und 20.10. an.

Für den 5.10. ordnete das MKS an, daß sämtliche Telefone in den Schul-ämtern während der Mittagspause zu besetzen seien, um Meldungen der Schulleitungen über Mahnminuten-aktivitäten von Lehrkräften entgegenzunehmen.

Die nach außen hin gut funktionierende Schulaufsicht wurde jedoch bereits am 10./11.10. durch mündlich abgehaltene Schulleiterbe-lehrungen von den Schulämtern auf Vordermann gebracht: Die Schulleiter mußten jede Regung von Lehrkräften in Richtung Friedensaktion melden; man würde hart durchgreifen. Sie selbst würden belangt werden, sollten von dritter Seite Meldungen an das OSA gelangen, daß sie beide Augen zugedrückt hätten (8). Diese "dritte Seite" existierte: So zeigten Eltern an der Realschule in Schorndorf Lehrer beim OSA Stuttgart an, weil diese Mahnminuten abgehalten hatten (9). Das Zusammenspiel der reaktionären Kräfte in- und außerhalb der Schule funktionierte also bereits.

Die Grundlagen für die Aus-richtung der Schulaufsicht hatte das MKS jedoch durch mehrere Erlasse und Vorschriften in den vorangegan-genen zwei Jahren geschaffen: Im "Ablaufplan für das Verfahren zur Be-setzung von Schulleiterstellen" wurde im Februar '82 klargestellt, "daß es allein Aufgabe des Dienstherrn ist, die freie Stelle dem ... am besten qualifi-zierten Bewerber zu übertragen". (10) Verstärkt wurden junge Schulleiter – durch CDU-Mitgliedschaft oder Schü-ler- und Lehrerunterdrückung profi-liert – gegen den Willen der Schulkon-ferenzen eingesetzt. Ihre Machtstel-lung wurde ausgebaut und gesichert, indem den Schulleitungen aller Schul-arten auch die fachliche Beurteilung der Lehrer übertragen wurde und ih-nen ebenfalls weisungsberechtigte

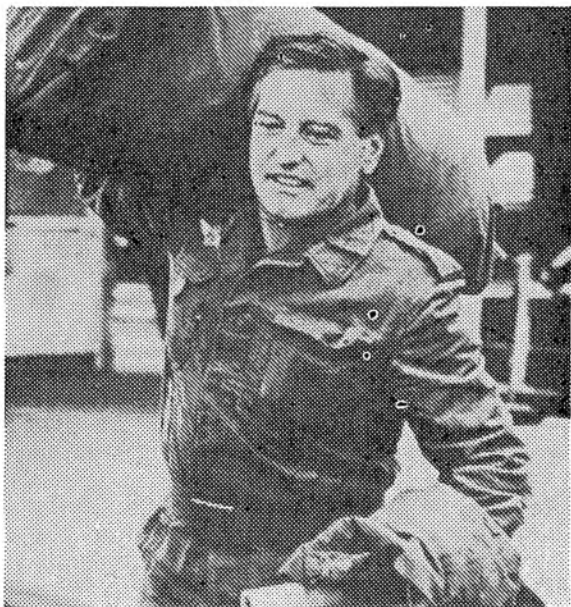
"Fachleiter zur Koordinierung schul-fachlicher Aufgaben" zugeordnet wurden. Die ideologische Ausrichtung der Schulleiter fand in (Pflicht-)Fort-bildungen statt. Diese am 1.1.83 in Kraft getretene "Neuordnung der Aufgaben von Schule und Schulver-waltung" beinhaltete auch die Straf-fung der in Referate und Abteilungen gegliederten (Ober-)Schulämter (11). Erste Auswirkungen davon waren die "Rollkommandos" des OSA-Präsi-den-ten Müller aus Karlsruhe, der mit "Ge-stapomethoden" gegenüber aufmüpfi-gen Lehrern und Schülern sowie allzu liberalen Direktoren die Schulen im Umkreis inspizierte.

Alle diese Maßnahmen der Schulre-aktion erklären jedoch noch nicht, warum große Teile der Schuloppo-sition verfolgt und diszipliniert werden konnten; z.B. erhielten alle 166 Lehr-kräfte aus Böblingen aufgrund ihrer Friedensanzeige Rügen und Personal-akteneinträge, obwohl 4520 Lehrer mit ihrer Unterschrift wenig später die Rücknahme forderten. Folgende Schwierigkeiten wurden sichtbar:

1. Mittels des Beamtenrechts und des Grundsatzurteils des VGH Mann-heim zur Zurückhaltungspflicht des Beamten konnten zahlreiche Berufs-verbotsverfahren ausgesprochen wer-den (12).

2. Damit hängt zusammen, daß der Schulopposition keine öffentlichkeits-wirksamen Mittel zur Verbreitung ih-rer Ziele und zur Verbindung mit au-berschulischen Kräften zur Verfügung standen. Deshalb konnte die Hetz-kampagne des MKS, die GEW miß-brauche die "Schule als Austrags-or-t des politischen Kampfes" Fuß fas-sen (13).

3. Die ideologische Offensive der Kampagne zur "deutschen Frage im Unterricht" sollte die Kritikbewegung



Mayer-Vorfelder, Oberleutnant der Reserve im Stab der 1. Luftlandedivision, nimmt während der Friedenswoche vom 17.–21.10.83 an deutsch-französischen Luftlandemanö-



vern in Nord- und Südfrankreich teil. – 5000 Schüler ver-anstalten trotz des Verbots der Schulbehörden am 20.10.83 in der Freiburger Innenstadt ein Massen-Die-In.

## Disziplinierung oppositioneller Lehrkräfte unter MVs Regie

Die Methode, Lehramtsbewerber abzulehnen bzw. bestellte Lehrkräfte zu entlassen, indem unter Zuhilfenahme der Staatsschutzberichte diesen wegen vermuteter oder tatsächlicher Mitarbeit in einer als "verfassungsfeindlich" stigmatisierten linken Gruppierung, die höchststrichlich für wesentlich erklärte Beamteneigenschaft, die FdGO-Treue abgesprochen wird, ist unter Mayer-Vorfelder intensiviert worden und wurde in dieser Zeitschrift dargestellt. Teilweise werden Lehrkräfte wie Klaus Lipps (Baden-Baden), Gerlinde Fronemann (Karlsruhe) oder Reinhilde Engel (Mühlacker) seit mehr als zehn Jahren wegen Mitgliedschaft in der DKP verfolgt. Allerdings erscheint die Zahl der im Schuldienst tätigen Linken der Reaktion als bewältigbarer, wenn auch störender Faktor.

Ein größeres Problem sind die zahlreich grün wählenden Lehrkräfte, die auch im Unterricht auf vielfältige Weise zur Opposition gegen die CDU-Politik beitragen. Hier wurde die Axt angelegt. Im Vorfeld der Lehrplanrevision veranstaltete das MKS im Verbund mit mobilisierter CDU-Meute im Bereich Schulleiter, Eltern, Ausbilder, Lokalpresse, Junge Union, Schülerunion in den Jahren 1980–83 regelrechte Hetzjagden auf einzelne kritische Lehrkräfte.

Bundesweit bekannt wurde der Fall Erhard Jöst. Jöst unterrichtet seit 1978 am Deutschorden-Gymnasium in Bad Mergentheim als Studienrat. Gleichzeitig ist er örtlicher Juso-Vorsitzender und SPD-Gemeinderat. Bei den Lesern von päd-extra macht sich Jöst einen Namen durch sein Unterrichtsmodell "Agitation durch Kriesslyrik"; als Juso-Vorsitzender organisiert er in den Jahren 1977–80 in Bad Mergentheim Veranstaltungen mit Günter Wallraff, Dieter Hildebrandt, Dietrich Kittner, Lutz Görner und General Bastian. Dabei zieht er sich den Zorn der CDU-Stadtmaffia zu. Die Junge Union behauptet öffentlich, er mobilisiere in seinem Unterricht mit Flugblättern auf Juso-Veranstaltungen, muß diese Behauptung aber nach Protesten der SMV und von 20 Lehrern zurückziehen und in den "Fränkischen Nachrichten" vom 13.3.79 erklären: "Auf nochmaliges Befragen haben unsere Informanten nun ihre einstigen Aussagen dahingehend korrigiert, daß der Juso-Vorsitzende Dr. Jöst nicht persönlich beim Austeilen der Flugblätter gesehen worden sei." Die Jugendorganisation der CDU gibt damit die Exi-

stenz eines Spitzelapparates in der Schule zu. Im November 1980 werden CDU-Eltern bei den Schulbehörden vorstellig, weil Jöst bei seiner Heiratsannonce ein Heine-Zitat verwendet hatte: "Und fehlt der Pfaffen Segen dabei, die Ehe wird gültig nicht minder." Ein Kesseltreiben in der Lokalpresse beginnt, Jöst erhält Drohbriefe. Ein Bürger schreibt: "Wer öffentlich Gott lästert, ist anzunehmen, derselbe dies auch in der Schule tut und somit gehören Sie aus dem Schuldienst entlassen." Das Kultusministerium, das diese Meinung teilt, strafversetzt den Lehrer an das Stuttgarter Königin-Olga-Stift und verlängert seine Probezeit. Nachdem das Verwaltungsgericht Stuttgart im August 1981 die Strafversetzung verwirft, schließt das MKS mit Jöst den Vergleich, daß er fortan in Heilbronn unterrichten könne.

Ein Jahr später wird der Lehrer Klaus Schwarz aus Achern-Önsbach strafversetzt, weil er bei der Schulentlaßfeier der Hauptschule am Ort am 26.6.81 das Thema Frieden zum Leitthema machte und die Schüler der 9. Klasse Gedichte von Tucholsky, B. Wegener, W. Bauer vortrugen, worauf sich ein Lokalzeitungsredakteur beschwerte. Das Oberschulamt Freiburg leitet daraufhin sofort Disziplinarermittlungen ein und verbietet Schwarz, sich an seine Gewerkschaft zu wenden: "Es ist ihrem Mandanten nicht erlaubt, sich gegenüber der GEW zu den erhobenen Beschuldigungen öffentlich oder im Rahmen einer öffentlichen GEW-Veranstaltung zu äußern." (Lübke, Vizepräsident des OSA)

Am 30.9.83 wird Studienassessor Peter Langer an der Steinbeis-Schule in Ulm aus dem Schuldienst entlassen, nachdem seit November 82 gegen ihn seitens des OSA Tübingen Vorermittlungen eingeleitet worden und er im März 83 suspendiert worden war. Langer ist Mitglied der GRÜNEN. Er ist einer der Hauptinitiatoren der Friedensbewegung in Ulm und maßgeblich an der Initiative für die Errichtung eines Mahnmals am KZ Kuhberg beteiligt. Der Schulleiter ist CDU-Mitglied und ehemaliger Stadtrat. Der sog. "unausgewogene" Unterricht Langers, ein wesentlicher Entlassungsgrund, bestand laut Verfügung des OSA Tübingen u.a. in der Behandlung des Romans "Der Untertan" von Heinrich Mann, der Aufklärung der Berufsschüler im Rahmen seiner Verbindungslehrertätigkeit über deren Rechte und Pflichten, der zu genauen und parteiischen Behandlung des Faschismus und Neofaschismus in der BRD. In diesem Fall werden weitreichende Methoden der Verfolgung an-

gewendet:

Es finden laufend unangesagte Unterrichtsbesuche durch Schulleitung und Beamten des Oberschulamts Tübingen statt. Am 23.9.82 weist der Präsident des OSA Tübingen, Mäck, die Schulleitung an, die Unterrichtsunterlagen von Langer sicherzustellen. Schulleiter Schmidt beschlagnahmt tags drauf in Abwesenheit von Langer 14 Aktenordner Unterrichtsunterlagen. Personalrat Teschner informiert tags drauf Langer, der unverzüglich den Schulleiter um eine Begründung dieser Maßnahme ersucht und in ruhiger, gefaßter Art ein Gespräch führt, was ihm später zum Vorwurf gemacht wird, weil ein normaler Mensch in einer solchen Situation nicht gefaßt reagiere und dies darauf hinweise, daß er seit längerem und nicht ohne Grund mit solchen Maßnahmen gerechnet habe. Der Schulleiter verhört zwei Schüler zur Person und zum Unterricht Langers, ob dieser sich in einer Form geäußert habe, daß diese Äußerungen die Existenz des Staates in Frage gestellt hätten, wie sie Langers politische Richtung einschätzten.

Nach der Landtagsdebatte zum Fall Langer am 24.2.83, die im Ergebnis für Mayer-Vorfelder eine Niederlage ist, findet man diesen am nächsten Tage in erregtem Zustande im Ministerium die Suspendierung Langers anweisend. Kurz darauf äußert OSA-Präsident Mäck auf einer Schulleitertagung: "Die rote Kaderschmiede am Kuhberg nehmen wir auseinander."

Die Auseinandersetzung endet mit einem Vergleich zwischen Langer und dem Oberschulamt Tübingen vor dem VG Sigmaringen: Langer scheidet auf eigenen Antrag Ende August 1985 aus dem Schuldienst aus und nimmt seine Klage gegen die Beurteilung des Schulleiters (Note: mangelhaft wegen unkollegialen Verhaltens) zurück. Dafür braucht er die seit seiner Entlassung zum 30. September 1983 erhaltenen Bezüge von DM 55000 nicht zurückzahlen und wird bis zum August 1985 durch das Land bei der Rentenversicherung nachversichert.

Quellenhinweis: Materialien gegen die Schulpolitik der CDU, hrg. AK Schulpolitik der Volksfront Baden-Württemberg, April 1984; Wintermärchen in der Provinz. Ein Heine-Zitat und seine Folgen, hrg. Ruth Broda, Erhard Jöst (Freiburg, i.Br.: Dreisam 1981), 103 S.; Der Schulfriede in Gefahr, hrg. Ruth Broda (Stuttgart: Akademischer Verlag 1982), 334 S.



an der Lehrplanrevision zuerst einmal lahmlegen.

### Der Kampf verlagert sich an die Schulen

Die an etlichen Schulen gegründeten GEW-Schul- und Friedensgruppen sahen sich einer Unzahl von ministeriellen Maßnahmen ausgesetzt: Am 17. Juni 83 mußte fachübergreifend die deutsche Frage (mit Klassenbucheintrag) im Unterricht behandelt werden; auf eintägigen Veranstaltungen des OSA wurden Lehrer aller Schularten bzgl. Klassenfahrten und Studienreisen in die DDR ideologisch von Fachkräften der Bundeswehrhochschulen ausgerichtet; Lehrerfortbildungen zur DDR wurden z.T. von Schulleitern angeordnet (14).

### Vogel friß oder stirb

Gleichzeitig begann jetzt die zunehmende Arbeitsbelastung durch die Umsetzung der neuen Lehrpläne wirksam zu werden: Mit dem Mehrarbeits-Unterrichtsstunden-Erlaß vom 1.2.83 war die Anrechnung der Deputatsermäßigung für Leistungskurse der gymnasialen Oberstufe aufgehoben worden und die Schulleitungen angewiesen worden, nicht mehr als drei (unbezahlte) Überstunden im Monat für den einzelnen Lehrer anzuordnen (15). Die Zunahme von Prüfungen (Hauptschulabschlußprüfung, Oberstufenreform: Mathematik und Deutsch als schriftliche Prüfungsfächer) bescherte den Lehrern vermehrt Korrekturen (16). Die Verwaltungsvorschrift zur "Bewertung von Rechtschreibfehlern" vom 17.7.85 tat ein übriges (17). Damit wurden die Lehrer dazu verpflichtet, in allen Fächern Rechtschreibung und Zeichensetzung zu korrigieren.

Die zunehmende Schülerunterdrückung (z.B. Verhaltensnoten, Fehlzeitenkontrolle) wurde auch in Form von zunehmender Arbeitsbelastung zur Qual des Klassenlehrers. Ein Lehrer beschreibt das so:

"Bis zum 1. Sept. 84 hatte ich als GHS-Lehrer 28 Unterrichtsstunden pro Woche (volles Deputat) zu halten. Das entspricht 25 Vollstunden. . .

Die ersten sechs Wochen (erster Stoffplan muß für 14 Wochen bis Weihnachten gemacht werden), drei Wochen vor dem ersten Zeugnis und fünf Wochen vor dem zweiten Zeugnis ist die außerunterrichtliche Belastung des Lehrers, der seine Arbeit gut machen will, am allergrößten. Für das erste Zeugnis muß ich im Durchschnitt 1600 Schülerarbeiten zensieren, korrigieren und notieren, um die Zeugnisse hieb- und stichfest ausrechnen zu können; für das zweite Zeugnis sind es im Durchschnitt 3100 Schülerarbeiten, weil bis jetzt das erste Halbjahr einfach und das zweite doppelt zählte, und die ersten Schuljahre nur am Ende ein Zeugnis bekommen.

Drei Wochen vor den Zeugnissen ar-

beite ich 53-54 Stunden à 60 Min., ebenso am Anfang des Schuljahres, sonst sind es 46-47 Stunden pro Woche ...

Hier möchte ich noch einige Belastungen anführen, die nicht mehr auf ihr Blatt draufgegangen sind: ... Dienstgespräche mit der Schulleitung (sehr häufig), mit Kollegen u.a. auch weil ein Teil des Unterrichts fachfremd erteilt wird von mir, mit den Hausmeistern, Telefongespräche mit Eltern von Schülern, Telefongespräche mit Ladeninhabern und Handwerkern (Technik) ... (18)

In dieser Situation setzte das Kultusministerium den Spaltungshebel an: Mit dem Reduzierungsmodell (Beschluß des Ministerrats) wurde den Lehrern mit dem Schuljahr 84/85 die Möglichkeit offeriert, "freiwillig" bei entsprechendem Gehaltsverzicht das Deputat um ein oder zwei Wochenstunden zu reduzieren (19). "Die Ausweitung der Teilzeitarbeit und Beurlaubung" wurde dann durch das Bundesgesetz vom 25. Juli 84 abgesichert und ausgebaut (20). Untenstehendes Schaubild läßt erahnen, welche (zusätzlichen) Spaltungslinien in der Lehrerschaft damit möglich wurden.

### "Der Erziehungsauftrag"

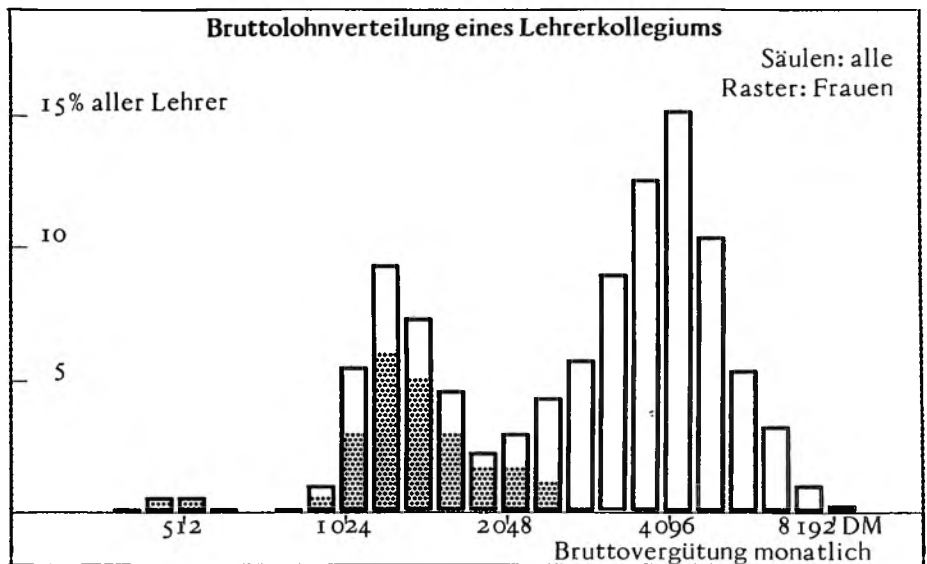
Nicht nur innerhalb der Lehrerschaft, sondern auch zwischen Lehrern und Schülern verstärkte sich die Spaltung. Der Widerstand kritischer Schüler formierte sich jetzt im Unterricht gegen bestimmte Lernziele der alten und neuen Lehrpläne, wie z.B. Geschichte auswendig lernen,

Grammatikregeln pauken, die Unerklärlichkeit Kafkas zu "begreifen". Gleichzeitig propagierte das MKS die Handhabung der Verhaltens- und Mitarbeitnoten und der im neuen Schulgesetz erweiterten Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen (21). "Unsolidarische" Kollegen, die durch einen für Schüler interessanten Unterricht und durch die Nichtanwendung der Disziplinarmaßnahmen auffielen, sollten durch unangekündigte Unterrichtsbesuche, dienstliche Beurteilungen und Kontrolle der Stoffverteilungspläne auf Unterdrückungskurs getrimmt werden. (22)

Die Schulopposition mußte neue Formen des Kampfes finden: Zum Beispiel wurde "Der Pädagogische Tag" von Kollegien zur Zusammenarbeit mit Fachreferenten genutzt und Untersuchungen zur Arbeitszeit anhand von Umfragen gemacht. Antifaschistische Unterrichtseinheiten zum 8. Mai 85 dokumentierte der GEW-Kreis Karlsruhe (23).

Das MKS hat bereits durch letztere Erlasse die Kasernierung der Schule vorangetrieben: Der pädagogische Tag steht jetzt unter Kontrolle des OSA, schulfremde Personen dürfen nicht mehr beigezogen werden (24). Erhebungen an der Schule sind genehmigungspflichtig, das Koalitionsrecht der Gewerkschaften und Verbände wird auf "spezifisch koalitions-gemäße Informationen" beschränkt (25).

Wie kann die Zersplitterung der Schulopposition aufgehoben und der Zusammenschluß möglich werden?



Obige Schaubilder zeigen die Bruttolohnverteilung eines 80köpfigen Lehrerkollegiums an einem Zentrum für berufliche Schulen. Berücksichtigt sind die Familienverhältnisse und Dienstaltersstufen, nicht aber die Nebenverdienste wie Meisterkurse, Volkshochschule. An Berufsgruppen sind umfaßt: diverse Lehrergruppen (A10-A15), Referendare, schulische Dienstaufsicht, Sekretärsangestellte, Ärzte. Es zeigt sich: Die volldeputierten Lehrkräfte bilden einen geschlossenen Block, was durch die Überschneidungen von Dienstalter, Familienstand zwischen den diversen A-Gruppen bewirkt wird. Ein großes Problem ist, daß die GEW eine davon getrennte, vom Dienstherrn zunehmend vergrößerte Armutszone duldet, in welche Nebenlehrer, Referendare, Teilzeitlehrkräfte mit wenigen Stunden fallen.

Dazu einige Gesichtspunkte aus unserer Diskussion:

– Wesentliche Voraussetzung für die Isolierung der GEW in der öffentlichen Meinung war, daß sie die von mehreren Hundert oppositionellen Lehrkräften formulierte Kritik an der Lehrplanrevision nicht in die öffentliche Diskussion, d.h. auch die parlamentarische, einbrachte und nicht gezielt die Zusammenarbeit mit der antifaschistischen Opposition gesucht hat.

– Die GEW griff über weite Strecken die brutale Unterdrückungspolitik des Kultusministers nicht in ihrem Mittel-Zweck-Verhältnis an, sondern als Gefährdung einer obskuren "pädagogischen Freiheit", was den Normenbezug der unterrichtlichen Tätigkeit völlig offen läßt und keinen Bezug zu Arbeiter-/Werkstätigeninteressen erkennen läßt.

– Als Irrtum stellt sich die Ansicht heraus, die Schule könne von innen heraus gegen die Gesellschaft wirken und zum Ausgangspunkt von deren Umwälzung werden. Entsprechende Unterrichtskonzepte, oft auf individueller, nicht wissenschaftlich abgesicherter und erörterter Grundlage oppositionell zu wirken, können von der Reak-

tion mehrheitsfähig zur Isolierung und Vernichtung der einzelnen Lehrkraft benutzt werden.

– Die Arbeit antifaschistischer Kräfte im Schulbereich muß sich konzentrieren auf die Kritik der dogmatischen, reaktionären Lerninhalte und -methoden im gesellschaftswissenschaftlichen und naturwissenschaftlich/technischen Bereich. Hier liegt der Schlüssel für die Verbindung zu den Schülern und werktätigen Eltern.

– Die antifaschistischen Lehrkräfte müssen neuerlich die Debatte um die Standards eines "kritischen Unterrichts" aufnehmen, d.h. seine wissenschaftliche Fundierung, seinen Normenbezug, seine rationale Lernzielbestimmung. Dabei muß die Zusammenarbeit mit antifaschistischen Wissenschaftlern und der antifaschistischen Opposition, gerade auch in den Gewerkschaften, gesucht werden.

– Dies muß Eingang finden in das Konzept einer Einheitsfrontpolitik gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. (b., f., z., Bildungspolitische Korrespondenzgesellschaft)

Quellenhinweise: (1) Rede des Ministers für Kultus und Sport, Gerhard Mayer-Vorfelder, MdL, anläßlich des 16. Parteitages der CDU Baden-Württemberg am 04.07.81 in Donaueschingen, in: Pressedienst der CDU in Ba-Wü; (2) "Stern" vom 12.11.1981; (3) Rede Mayer-Vorfelders, a.a.O.; (4) Materialien gegen die Schulpolitik der CDU, Volksfront, S. 12; (5) Lehrerzeitung Ba-Wü 7/8, 26.03.83, S. 169; (6)

Schulintern 11/82, S. 2; (7) Materialien gegen die Schulpolitik, a.a.O., S. 8; (8) ebenda, S. 5; (9) ebenda; (10) Schulintern 2/82, S. 4; (11) Schulintern 11/82, S. 10; (12) Schulintern 3/83, S. 10; (13) Schulintern 11/83, S. 8 ff.; (14) Schulintern 5/83, 12/83, 1/84, 6/85; (15) Schulintern 2/83, S. 10; (16) Schulintern 6/83, S. 3; (17) Schulintern 8-9/85, S. 9; (18) H. Häbler / A. Kunz, Qualität der Arbeit, München 1985, S.

1 ff.; (19) Schulintern 3/84, S. 1 ff.; (20) Schulintern 10/84, S. 7; (21) Schulintern 7/83, S. 1 ff. und Schulintern 6/83, S. 1 ff.; (22) Schulintern 8-9/84, S. 10, Brief Mayer-Vorfelders an die Schulleiter vom 12.08.86; (23) Deutschland 1945, GEW-Extra der GEW Nordbaden zum 8. Mai 1985; (24) Schulintern 8-9/84, S. 1; (25) Schulintern 10/85, S. 7.

## Mit "Einigkeit und Recht und Freiheit" gegen Nationalismus und Kriegsvorbereitung?

An den Schulen Baden-Württembergs sollen wieder alle drei Strophen des Deutschlandliedes gelernt und gesungen werden. Kultusminister Mayer-Vorfelder und die CDU begründen dies damit, daß es darauf ankomme, bei den jungen Menschen möglichst früh die Liebe zu Volk und Heimat zu verwurzeln. Außerdem könne man den Deutschen nicht das Recht auf nationale Symbole absprechen, nur weil mit ihnen zwölf Jahre Mißbrauch getrieben worden sei. Die deutsche Geschichte habe über Jahrhunderte eine "sehr große und sehr positive Bedeutung für Europa" gehabt. (1)

Die SPD, unterstützt von den Grünen und der GEW, hat in einem Antrag verlangt, in der Grundschule nur die dritte Strophe des Deutschlandliedes lernen zu lassen, die beiden anderen Strophen in den weiterführenden Schulen aber so zu behandeln, daß ihr historischer Entstehungszusammenhang aufgezeigt und der Mißbrauch durch die Nazis und die dadurch bedingten Gefühle der Nazi-Opfer und Nachbarvölker erklärt werde. (2)

Es fällt auf, daß sowohl SPD und GEW als auch die Grünen bei ihrem Versuch, dem nationalistischen Vorstoß Mayer-Vorfelders entgegenzutreten, sich positiv auf die dritte Strophe des Deutschlandliedes beziehen. Die SPD beschwor die Landesregierung und CDU direkt, "im Interesse

von Einigkeit und Recht und Freiheit in unserer Demokratie" von ihrem Vorhaben abzulassen. Die Grünen erklärten, die ersten beiden Strophen dieses Liedes kämen ihnen nicht über die Lippen und ließen damit durchblicken, die dritte schon. (3)

Die Gründe, warum dieser Teil der politischen Opposition in dem Rückgriff auf "Einigkeit, Recht und Freiheit" den Bezugsrahmen einer Kritik des aggressiven Nationalismus sieht, werden am ehesten in einer Stellungnahme der GEW deutlich: "Für uns (ist) diese dritte Strophe die gedankliche Brücke zwischen der Revolution von 1848 und der Weimarer Republik zu unserem neuen Staat." (4) In der dritten Strophe des Deutschlandliedes wird also eine Anbindung der BRD an die Werte der 48er Revolution gesehen. Indem der CDU diese Werte als "demokratischer Konsens" angeboten werden, will man sie auf diese "fortschrittlichen, bürgerlichen Ziele" verpflichten, ihre aggressiv-nationalistischen Ziele in die Schranken weisen.

### Die Werte der bürgerlichen Revolution

Hoffmann von Fallersleben greift 1841 mit seinem Verlangen nach "Einigkeit, Recht, Freiheit" Forderungen der französischen Revolution auf, die "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

Mit der Erklärung der Freiheit zum Naturrecht des Menschen und zu der Eigenschaft, die den Menschen erst zum Menschen mache, hatte die französische Aufklärung einen Maßstab der Beurteilung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse gesetzt, der es erlaubte, diese auszuhebeln. Rousseau beginnt das erste Kapitel seines "Gesellschaftsvertrages" mit der Feststellung: "Der Mensch ist frei geboren und dennoch liegt er in Ketten." Die ganze feudale Ordnung läßt sich, ausgehend von dieser Grundannahme der Freiheit, als im Widerspruch zum natürlichen Zustand des Menschen stehend kritisieren. Wenn alle Menschen als frei geboren werden, dann sind sie auch gleich, dann sind aber sowohl Leibeigenschaft als auch Ständesystem gesellschaftliche Einrichtungen, die das Wesen des Menschen, nämlich seine Freiheit, negieren und ihm damit die Eigenschaft des Menschseins rauben.

Wenn der Mensch seinem Wesen nach frei ist, dann kann er auch nur aus freien Stücken in die Gesellschaft eingetreten sein, um seine Freiheit und seinen Besitz dem Schutz der Gesellschaft zu unterstellen. Erfüllt die Gesellschaft diese Bedingungen nicht mehr, so verliert sie jede Berechtigung und jedes Recht gegenüber dem Individuum. (5)

Mit dem Ruf nach Brüderlichkeit wird ein Bündnis der durch den Feudalismus unterdrückten Klassen propagiert. Das Schmieden dieses Bündnisses wird von einem Theoretiker der französischen Revolution, Sie-

yes, als Konstituierung der Nation beschrieben. Er erklärt, daß alle Arbeiten, die nötig sind, die Nation zu erhalten, vom dritten Stand (Bauern, Handwerkern, Kaufleuten) verrichtet werden. Er folgert daraus: "Wer wagte es also zu sagen, daß der dritte Stand nicht alles in sich besitzt, was nötig ist, um eine vollständige Nation zu bilden? ... Der dritte Stand umfaßt also alles, was zur Nation gehört; und alles, was nicht der dritte Stand ist, kann sich nicht als Bestandteil der Nation ansehen." (6)

Die beiden ersten Stände, Adel und Geistlichkeit, die die herrschende Klasse repräsentierten, werden damit ausdrücklich als Parasiten von der Nation ausgeschlossen. Der Begriff der Nation beschreibt in seinem Entstehungszusammenhang alles andere als ein "völkisches" Bündnis. Das Klassenbündnis Nation schließt vielmehr einen Teil des eigenen "Volkes", die feudalen Blutsauger, aus der Gesellschaft aus.

### Mit den gleichen Werten heute gegen die Reaktion?

Die Forderungen der bürgerlichen Revolution begründen das Recht zum Sturz der herrschenden Feudalklasse. Als allgemeine Werte formuliert ermöglichen sie die Einheit verschiedener Klassen. Unter Freiheit kann der Arbeiter seine persönliche Freiheit, die Freiheit, seine Arbeitskraft frei verkaufen zu können, verstehen, der Bourgeois die Freiheit der Ausbeutung. Die abstrakte Formulierung der Ziele der Revolution vertuscht aber auch die Widersprüche innerhalb des Bündnisses. Indem die Bourgeoisie vorgibt, die Ziele der verschiedenen Klassen seien die gleichen, kann sie die Führung beanspruchen und Forderungen, die z.B. materielle Gleichheit ins Auge fassen, als Sonderinteressen denunzieren.

Bei Hoffmann wird dieser Führungsanspruch der Bourgeoisie ganz bestimmend, indem er Einigkeit, Recht und Freiheit nicht für die Individuen, sondern für das deutsche Vaterland fordert. Indem er das Vaterland zum Subjekt erhebt, ordnet er die Rechte der Bürger diesem unter und beginnt gleichzeitig mit der Umwertung der Nation zu einem völkischen Gebilde. Der revolutionäre Gehalt der Nation, ihre Abgrenzung gegen die Ausbeuterklassen, ist dahin, als Deutsche gehören auch sie zum Vaterland. Da Hoffmann zudem Einigkeit für das, nicht etwa des Vaterlandes propagiert, stellt er nicht das Bündnis gegen den Adel, sondern territoriale Einigung in den Vordergrund. Einigkeit wird so zum Expansionsziel, das Polen, Böhmen etc. einkassiert.

Kann man GEW, SPD und Grünen zustimmen, wenn sie sich heute auf die Werte der 48er Revolution berufen? – Damals richtete sich die Forderung nach Einheit und Freiheit der

Nation gegen die feudale Unterdrückung. Wogegen richtet sie sich heute?

Der Berufsschullehrplan für das Fach Gemeinschaftskunde macht es deutlich: "Der Schüler soll die Bereitschaft erwerben, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten und zu der Überzeugung gelangen, daß das Streben nach der Einheit Deutschlands im internationalen Rahmen zu sehen und als ein in die Zukunft gerichtetes Friedensziel zu verstehen ist." Die Einheit und Freiheit der Nation richten sich als Expansionsanspruch gegen Nachbarvölker, sie richten sich als Verpflichtung, an der Expansion mitzuwirken, an den Staatsbürger. Der Schüler muß dieses Ziel als Friedensziel verstehen, auch wenn alle Tatsachen dafür sprechen, daß es nur mit Krieg zu erreichen ist. Das beabsichtigte Ergebnis des Unterrichts ist nur erreichbar, wenn wissenschaftliche Methoden ausgeschaltet werden, das Erkenntnisziel gegen die Tatsachen als Dogma verkündet wird. Auch das Recht des Schülers, sich eine eigene Meinung zu bilden, muß dem geopfert werden.

Mit dem "Wiedervereinigungsgebot" der Präambel des Grundgesetzes wird die Durchsetzung von Einigkeit und Freiheit der Nation zur nationalen Aufgabe. Alle Bestrebungen, die der Verwirklichung dieser Aufgabe im Wege stehen, werden als verfassungsfeindlich bekämpft und können sich als vaterlandsverräterisch auf keinerlei bürgerliche Rechte berufen.

Von all dem müssen SPD, GEW und Grüne abstrahieren, wenn sie sich durch die dritte Strophe auf die Werte der demokratischen Revolution beziehen wollen. Dies zu tun, hat das Lied noch nie einfach gemacht, es ist aber vollends unmöglich geworden, seit sich das Lied zum Kurzprogramm des

deutschen Imperialismus entwickelt hat. Die bereits mit Hoffmann einsetzende Umwertung bürgerlicher Werte ermöglicht es den Reaktionären anzuknüpfen. Sie geben den Bezug zu demokratischen Zielen auf, was bleibt, ist die Propagierung völkischer Durchsetzung.

Auch dies negiert die SPD, kommt aber nicht darum herum, mit ihrem Bekenntnis zum Vaterland genau darauf festgenagelt zu werden. Den Vorwurf Mayer-Vorfelders, ihr Antrag zum Deutschlandlied stehe in einer Linie mit dem Versuch, das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz zu streichen, beantwortet sie mit einem Kotau: "Die Sozialdemokraten haben in der Regel gerade dann ihren Kopf für dieses Vaterland hingehalten, wenn es ihm dreckig gegangen ist." (7)

Mayer-Vorfelder hat aber durchaus recht. Wiedervereinigungsgebot und Deutschlandlied stehen in enger Beziehung. Man kommt nicht darum herum, sich für die Streichung des Wiedervereinigungsgebots einzusetzen, will man dem mit der Nationalhymne propagierten aggressiven, expansionistischen Nationalismus entgegentreten. Auch muß man gegen einen Geschichtsunterricht sein, der den Inhalt früherer Klassenkämpfe vertuscht und damit den Boden bereitet für die Propaganda des Volksinteresses als oberstem Wert.

Quellenhinweis: (1) Landtagsprotokoll 9/52, 02.07.86, S. 4197, 4201; (2) Landtagsdrucksache 9/2751, 26.03.86; (3) Landtagsprotokoll, a.a.O., S.4196, 4198; (4) Lehrerzeitung B-W, 5/86, S. 109; (5) Rousseau, Contrat Social, München 1968, S. 10 ff.; (6) Lautemann, Schlenke, Amerikanische und französische Revolution, München 1981, S. 164 ff.; (7) Landtagsprotokoll 9/52, S. 4204



Mayer-Vorfelder fackelzugt am 17. Juni 1985 in Stuttgart mit der Paneuropa-Union als "Speerspitze des europäischen Freiheitskampfes".



### Haushalt 1987

Bundesgarantien für die Kapitalisten von über 154 Mrd. DM, zumeist zwecks Stärkung westdeutscher Kapitalisten im Handelskrieg gegen ausländische Kapitalisten, Anstieg der direkten "Wirtschaftsförderung" um 10% auf 8,8 Mrd. DM, der Bundeszuschuß an die Rentenversicherungen bald niedriger als die jährliche Zins-

zahlung an die vermögenden Besitzer von staatlichen Schuldpapieren – der Haushalt 1987, über den der Bundestag in den nächsten Wochen seine Beratung aufnimmt, folgt in allen Teilen den Wünschen der Kapitalisten, speziell der großen Monopole. Mit welchen Maßnahmen im einzelnen will die Bundesregierung die westdeutschen Kapitalisten für den Wirtschaftskrieg gegen die Konkurrenten rüsten?

### Südafrika/Azania: Frauen organisieren sich im Befreiungskampf

Im April gründete sich die Afrikanische Frauenorganisation (African Womans Organization) neu. Sie knüpft an die Tradition der 1960 verbotenen gleichnamigen Organisation an, die 1956 eine große Frauendemonstration gegen die Paßgesetze organisierte. Zu ihrer Vorsitzenden wählte die Organisation Urbania Motopheng, der Frau des inhaftierten PAC-Führers Motopheng. Die Frauenorganisation sieht ihre Hauptaufgaben darin, die Einheit unter den schwarzen Frauen zu stärken, sie politisch auszubilden, so daß sie eine aktivere Rolle im Kampf gegen Rassismus und ökonomische Ausbeutung übernehmen können, und Selbsthilfe-Projekte aufzubauen.



### Terror gegen Ausländer

Am 13.7.86 wird ein Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in Dortmund verübt. Der Täter wird verletzt festgenommen. Eine Woche später werden der Ladeninhaber und einer seiner Söhne festgenommen: Sie sollen den Brandstifter beauftragt haben, es gehe wohl um die Versicherungssumme. Einziges "In-

diz": Der Täter hatte eine dement-sprechende Aussage gemacht. Die Kripo schließt die Ermittlungen und erwirkt Haftbefehle. Am 24.8. müssen diese aufgehoben werden: Es bestehe kein Tatverdacht mehr. Die bürgerliche Presse, die über die Verhaftungen berichtet hatte, schweigt nun. – Eine Aktionseinheit u.a. aus GRÜNEN, BWK, KPD und Volksfront befaßt sich mit dem Fall.

### IG Metall Gewerkschaftstag

In über 600 Anträgen bezieht die IG Metall Position zu sehr vielen wichtigen Fragen. Aus unserer Sicht besonders interessant ist, daß die Fortsetzung der Arbeitszeitkampagne nicht wie vor Jahren unter weitestgehender Absehung von der Intensivierung der Arbeit und den Kapitalistenplänen zur Flexibilisierung angegangen wird. Der arbeitsfreie Samstag und Sonntag wird wahrscheinlich als Ziel beschlossen werden, dem Kampf gegen die Arbeit bei Nacht und in Schichten mißt man allerdings nicht solch einen Rang zu. Die Erfolge der Kapitalisten in den letzten Jahren haben die Diskussion in der IG Metall angespornt und das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Gegenwehr geschärft.



#### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

#### Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit fünf verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM

#### Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7  
Tel.: 0221/21 64 42  
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7  
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM  
Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

**Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:  
GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen  
Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Lerchenauer Str. 18 a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42  
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eliehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.